

## **UNTERRICHTUNG**

durch die Landesregierung

**Jahresbericht der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern zur Zusammen-  
arbeit im Ostseeraum für den Zeitraum 2012/2013**

<b>Einleitung .....</b>	<b>4</b>
<b>A. Aktuelle Entwicklung der multilateralen Zusammenarbeit .....</b>	<b>7</b>
1. Die EU-Strategie für den Ostseeraum und Mecklenburg-Vorpommern .....	7
1.1 Weiterentwicklung der EU-Strategie für den Ostseeraum .....	7
1.2 Die EU-Strategie für den Ostseeraum in Mecklenburg-Vorpommern .....	9
2. Meerespolitik .....	12
2.1 Aktueller Stand der Integrierten Meerespolitik .....	12
2.2 Maritime Raumordnung und Integriertes Küstenzonenmanagement .....	14
2.3 Maritime Sicherheit .....	16
3. Aktuelle Entwicklungen in den Gremien der multilateralen Zusammenarbeit .....	17
3.1 Ostseerat.....	17
3.2 Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee (HELCOM) .....	18
3.3 Ostsee-Kommission der Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR) .....	19
3.4 Kooperation der Subregionen im Ostseeraum (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC) .....	20
4. Europäische Territoriale Zusammenarbeit im Ostseeraum .....	20
4.1 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (INTERREG A) .....	20
4.2 Transnationale Zusammenarbeit (INTERREG B).....	22
4.3 Ausblick zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit in der Förderperiode 2014 bis 2020 im Ostseeraum.....	23
<b>B. Ostseepolitische Schwerpunkte der Landes Mecklenburg-Vorpommern.....</b>	<b>24</b>
1. Schutz der Ostsee.....	24
1.1 Rechtliche Grundlagen und aktuelle Aufgaben zum Schutz der Ostsee .....	24
1.2 Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplan im Bereich Eutrophierung und Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern .....	25
1.3 Weitere HELCOM-bezogene Aktivitäten mit Landesbezug .....	28
1.4 Minderung der Schadstoffemissionen im Schiffsverkehr.....	29
1.5 Minderung des Einschleppens fremder Arten durch Ballastwasser .....	30
1.6 Schadstoffunfallvorsorge im Schiffsverkehr .....	31
2. Verkehr .....	33
2.1 TEN-Netze .....	33
2.2 Projekte im Bereich Verkehrskorridore .....	34
2.3 Seeverkehr .....	34

3.	Zusammenarbeit im Bereich Erneuerbare Energien .....	35
3.1	Offshore-Windenergie und Netzentwicklungsplanung in der Ostsee.....	35
3.2	Zusammenarbeit von (Bio-)Energiedörfern.....	36
3.3	Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum im Bereich Erneuerbare Energien .....	37
3.4	Kritische Begleitung des Baus von Kernkraftwerken in Polen .....	38
4.	Tourismus .....	38
4.1	Stand der Umsetzung im Schwerpunktbereich Tourismus der EU-Ostseestrategie.....	39
4.2	Entwicklung des Ostsee-Tourismusforums .....	42
4.3	Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusdestination im Ostseeraum .....	43
5.	Arbeitsmarkt .....	44
5.1	Herausforderungen im Bereich des demografischen Wandels .....	45
5.2	Abbau von Mobilitätshemmnissen .....	45
5.3	Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit .....	46
6.	Jugend, Bildung, Wissenskoooperation und kulturelle Zusammenarbeit.....	47
6.1	Zusammenarbeit im Bereich Jugend und Bildung.....	47
6.2	Wissenskoooperation .....	50
6.3	Kulturelle Zusammenarbeit .....	53
7.	Kooperation im Bereich Sicherheit und Justiz .....	53
7.1	Projekte im Bereich Sicherheit und Justiz .....	53
7.2	Deutsch-dänische Steuerungsgruppe .....	55
7.3	„Danziger Gespräche“ .....	55
7.4	Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität .	56
7.5	Aus- und Fortbildung.....	56
7.6	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Justizbehörden .....	56

## **Anhang**

1.	Geförderte Projekte im Bereich der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit sowie Forschung und Entwicklung .....	58
2.	Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans im Bereich Eutrophierung und Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern .....	63
3.	Statistischer Anhang .....	75

## Einleitung

Mit dem vorliegenden Jahresbericht zur Ostseezusammenarbeit unterstreicht die Landesregierung erneut die außerordentliche Bedeutung, die sie der Vernetzung und dem Austausch mit den Partnern in dieser Region beimisst. Und dies aus gutem Grund: Die feste Verankerung im Ostseeraum wird angesichts des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs für Mecklenburg-Vorpommern immer wichtiger zur Erschließung von neuen Wachstumspotentialen, für Innovationen und für eine hohe Lebensqualität. Das belegt allein ein Blick auf die aktuellen Zahlen: Nach wie vor liegen die Auslandsmärkte für die Wirtschaft aus Mecklenburg-Vorpommern insbesondere im Ostseeraum. Im Jahr 2012 gingen 31 Prozent der Gesamtexporte des Landes in die Ostseeanrainerstaaten, was einem Wert von 1,8 Milliarden Euro entspricht.

Durch die geografische Lage ist das Land wichtiger Knotenpunkt in der Güterverkehrswirtschaft im Ostseeraum, der Seegüter- wie auch der Passagierverkehr mit den Ostseeanrainerstaaten sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Im Bereich der Gesundheitswirtschaft und Biotechnologie gehört der Ostseeraum zu den weltweit führenden Regionen. Und angesichts der herausragenden Bedeutung des Tourismus spielt für das Land der Ostseeraum im Hinblick auf den Meeres-, Küsten- und Kreuzfahrttourismus eine wichtige Rolle. Dies spiegelt sich in der Funktion des Koordinators für Tourismus, die Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Ostseestrategie einnimmt, wieder.

Wesentlich ist jedoch, die Ostsee als wirtschaftliche Kraftquelle nicht nur zu nutzen, sondern sie auch zu erhalten. Die Landesregierung setzt sich deshalb in besonderem Maße für den Schutz der Ostseegewässer auf nationaler und internationaler Ebene ein.

Mit der Energiewende in Deutschland steht auch der Ostseeraum vor neuen Entwicklungen. Mecklenburg-Vorpommern wird aufgrund seiner Küstenlage zukünftig eine stärkere Rolle bei der Versorgung Deutschlands mit Strom aus erneuerbaren Quellen spielen. Die Landesregierung strebt an, hier durch eine verstärkte Ostseezusammenarbeit zusätzlich neue Impulse zu setzen. Hierzu sollen die Zusammenarbeit im Offshore-Bereich mit Partnern im Ostseeraum verstärkt und ein aktiver Beitrag bei der anstehenden Aufstellung eines Offshore-Netzentwicklungsplans geleistet werden. Ferner soll die Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien gestärkt werden. Die Landesregierung unterstützt auch aktiv die internationale Verflechtung des im Lande begonnenen Ausbaus von (Bio-)Energiedörfern.

Die Landesregierung hat mit diesen Schwerpunkten im Berichtszeitraum auch Akzente im Rahmen der europäischen multilateralen Strategien und Strukturen der Ostseezusammenarbeit gesetzt, die im Zeichen der Krise verstärkt auf intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum im Sinne der Europa 2020-Strategie ausgerichtet sind.

- Dies spiegelt sich etwa in der Überarbeitung des Aktionsplans der EU-Strategie für den Ostseeraum wieder, bei der Mecklenburg-Vorpommern aktiv mitgewirkt hat. Dabei ist auch der Forderung Rechnung getragen worden, die Ostseestrategie für die Akteure und die Bevölkerung fassbarer und sichtbarer zu machen. Entsprechend setzt sich die Landesregierung dafür ein, die Ziele und Inhalte der Strategie verstärkt in Mecklenburg-Vorpommern zu vermitteln. Die Umsetzung wird getragen durch eine Vielzahl von Akteuren, Netzwerken, Projekten und Initiativen, Institutionen, Behörden, Verbände, Vereine, die die multilateralen Kooperationsstrategien auf politischer und Fachebene mit Leben erfüllen.

- Die Landesregierung wird zudem die weitere Entwicklung der EU-Strategie zum „Blauen Wachstum“ begleiten, welche im September 2012 veröffentlicht wurde, um die entsprechenden Potenziale des Landes in Wirtschaft, Forschung und Innovation in diesen Prozess einzubringen. Dabei geht es neben dem Meeres-, Küsten- und Kreuzfahrttourismus um die Nutzung von Meeresenergien, etwa der Offshore-Windenergie, der Aquakultur oder der Blauen Biotechnologie. Die natürlichen Kooperationspartner des Landes in diesen Bereichen kommen aus dem Ostseeraum. Die Landesregierung begrüßt in diesem Zusammenhang das Engagement des Landtages im Bereich der Meerespolitik, das auch in der Wahrnehmung der Rolle des „Maritimen Berichterstatters“ im Rahmen der Ostseeparlamentarierkonferenz durch ein Mitglied des Landtags und die in diesem Zusammenhang am 12. April 2013 in Schwerin ausgerichtete Konferenz zur Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der Ostseeregion zum Ausdruck kommt.
- Mecklenburg-Vorpommern nimmt auch in Zukunft seine Verantwortung bei der Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans wahr, dessen Ziel das Erreichen eines guten Gesundheitszustandes der Ostsee bis 2021 ist. In den Prozess der Überprüfung der Zielvorgaben für den Schutz der Ostsee, der mit dem HELCOM-Ministertreffen am 3. Oktober 2013 in Kopenhagen abgeschlossen werden soll, hat sich Mecklenburg-Vorpommern aktiv eingebracht. Der hohe Stellenwert, der dem Schutz der Ostsee im Land beigemessen wird, kommt auch in der Wahrnehmung der Beobachterrolle für die Ostseeparlamentarierkonferenz bei HELCOM durch die Landtagspräsidentin zum Ausdruck.

Zur Stärkung des Hafen- und Logistikstandorts Mecklenburg-Vorpommern im Ostseeraum hat sich die Landesregierung im Verbund mit Partnern erfolgreich und intensiv für die Aufwertung des Verkehrsknotenpunktes Rostock eingesetzt. Mit der Revision der EU-Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze ist Rostock zu einem wichtigen Knotenpunkt im Norden geworden. Die Hansestadt ist nunmehr sowohl Teil des Kernnetzkorridors Hamburg/Rostock-Lefkosia als auch des Helsinki-Valletta-Korridors. Die damit einhergehende verbesserte Möglichkeit der Förderung durch TEN-Mittel, aber auch die erhöhte Sichtbarkeit Rostocks als Hafen- und Logistikstandort sind positiv für das ganze Land zu bewerten.

Mit der Wirtschaftsdelegationsreise unter Leitung des Ministerpräsidenten vom 15. bis 19. Oktober 2012 nach Turku/Helsinki (Finnland) und St. Petersburg/Leningrader Gebiet (Russische Föderation) wurde die hohe Bedeutung der Kooperation mit unseren Partnern im Ostseeraum politisch unterstrichen. Neben der Förderung der Wirtschaftsinteressen des Landes zeigte sich, dass Mecklenburg-Vorpommern durch seine Partnerschaften eine wesentliche Rolle in der Zusammenarbeit im Dreieck Finnland-Russland-Deutschland einnimmt. Dies wurde unter anderem vom finnischen Staatspräsidenten in seinem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten betont. Begleitet wurde der Ministerpräsident durch den Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus sowie den Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz, an der Reise nahmen 44 Unternehmer aus den Branchen Hafen/Logistik, Gesundheitswirtschaft, Tourismus und Ernährungswirtschaft sowie Vertreterinnen und Vertreter von Kammern und Verbänden teil.

In dem vorliegenden Jahresbericht zur Ostseezusammenarbeit werden die Aktivitäten des Landes zur Ostseezusammenarbeit umfassend dargestellt. Damit kommt die Landesregierung der Aufforderung des Landtages nach, über die Entwicklungen in den Bereichen der Zusammenarbeit unter besonderer Berücksichtigung der Beschlüsse der Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee zu berichten. Berücksichtigt werden hierbei insbesondere die Resolutionen des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 11. bis 13. März 2012 in Kiel<sup>1</sup> und die der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 in St. Petersburg<sup>2</sup>. Des Weiteren trägt die Landesregierung der Aufforderung des Landtages vom 31. Januar 2013 Rechnung, über die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans hinsichtlich der Nährstoff-Reduktionsziele zu berichten<sup>3</sup>.

Vorgelegt wird ein Zwischenbericht zu dem im Zweijahresrhythmus zu erstellenden kombinierten Europa- und Ostseebericht. Entsprechend liegt der Fokus der Berichterstattung auf den neuen Entwicklungen im Berichtszeitraum von Mitte April 2012 bis Mitte April 2013. Er knüpft an die Vorgängerberichte an, im Einzelnen den Europa- und Ostseebericht 2011/2012<sup>4</sup> sowie den Jahresbericht zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit 2010/2011<sup>5</sup>. Die integrierte Darstellung von EU- und Ostseethemen hat sich aufgrund zunehmender Wechselbezüge von regionalen mit europäischen und internationalen Politiken bewährt, sodass auch in diesem Bericht immer entsprechende Bezüge hergestellt werden. Dies gilt insbesondere für die politikfeldübergreifenden EU-Strategien für den Ostseeraum und in der Meerespolitik, aber auch für die Bereiche Erneuerbare Energien, Verkehr und Wissenschaftskooperation und ihre Folgen etwa für die Hafenwirtschaft und den Seeverkehr, die Entwicklung der Offshore-Windenergie oder die maritime Raumordnung in Mecklenburg-Vorpommern.

Wie der Jahresbericht 2010/2011 gliedert sich der aktuelle Bericht in zwei Teile. In Teil A werden die Entwicklungen auf der Ebene der multilateralen Zusammenarbeit und der politikfeldübergreifenden Strategien skizziert. Neben der EU-Strategie für den Ostseeraum findet sich hier unter anderem auch ein Kapitel über die Entwicklungen im Bereich der Integrierten Meerespolitik, die sich als weiteres EU- und ostseerelevantes Querschnittsthema etabliert hat. Beide Strategien werden auch aktiv durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen des Parlamentsforums Südliche Ostsee und der Ostseeparlamentarierkonferenz begleitet.

In Teil B werden ausgewählte ostseepolitische Schwerpunkte der Zusammenarbeit des Landes dargestellt, wobei jeweils einleitend auf ihre politische Bedeutung und Zielvorstellungen für das Land eingegangen wird. Es wird darauf hingewiesen, dass sich die Auswahl der im Bericht aufgeführten Schwerpunkte aus den Entwicklungen im Berichtszeitraum ableitet und es darüber hinaus weitere Themen mit Relevanz für die Ostseezusammenarbeit des Landes gibt. Die Landesregierung misst hierbei insbesondere dem Schutz der Ostsee große Bedeutung bei. Aufgrund des oben genannten Landtagsbeschlusses vom 31. Januar 2013 nehmen die Ausführungen zu diesem Thema in Abschnitt B.1 und insbesondere im Anhang 2 einen relativ großen Raum ein.

---

<sup>1</sup> Landtag Mecklenburg-Vorpommern, [Drs. 6/575](#) vom 11.04.2012.

<sup>2</sup> Landtag Mecklenburg-Vorpommern, [Drs. 6/1214](#) vom 10.10.2012.

<sup>3</sup> Landtag Mecklenburg-Vorpommern, [Drs. 6/1485](#) vom 16.01.2013 und Drs. [6/1536](#) vom 30.01.2013.

<sup>4</sup> [Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Drs. 5/3472](#) vom 21.05.2010.

<sup>5</sup> Landtag Mecklenburg-Vorpommern, [Drs. 5/4364](#) vom 18.05.2011.

Der Bericht umfasst sowohl die Darstellung von Aktivitäten der Landesregierung als auch die einer Vielzahl weiterer Akteure aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich in die Zusammenarbeit einbringen. Im Sinne einer verbesserten Lesbarkeit dieses Berichtes werden tabellarische Informationen über EU-geförderte Projekte mit Beteiligung von Partnern aus Mecklenburg-Vorpommern in den Bereichen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit sowie der Forschung und Entwicklung im Anhang 1 zusammengefasst. Weiteres Datenmaterial zur Unterlegung von in diesem Bericht getroffenen Aussagen wird in einem Statistischen Anhang (Anhang 3) gebündelt.

## **A. Aktuelle Entwicklung der multilateralen Zusammenarbeit**

### **1. Die EU-Strategie für den Ostseeraum und Mecklenburg-Vorpommern**

Das Engagement Mecklenburg-Vorpommerns bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie (EUSBSR) konzentriert sich auf ausgewählte Schwerpunktbereiche, insbesondere jedoch auf den Tourismus, für den die Staatskanzlei die Koordinatorenrolle wahrnimmt und über den in Abschnitt B.4.1 berichtet wird, sowie das Vorzeigeprojekt „Gesundheitsregion Ostsee“.

#### **1.1 Weiterentwicklung der EU-Strategie für den Ostseeraum**

Im Berichtszeitraum lag der Schwerpunkt der Weiterentwicklung der EU-Strategie auf der Aktualisierung des entsprechenden Aktionsplans. Die Grundlage hierfür bildete die Mitteilung der Europäischen Kommission vom 23. März 2012 zur Überprüfung der EUSBSR<sup>6</sup>, mit der ein neuer Strategierahmen mit drei sich gegenseitig verstärkenden Gesamtzielen vorgeschlagen wurde, im Einzelnen:

- Rettung der Ostsee („To save the sea“);
- Verbindung der Region („To connect the region“) und
- Steigerung des Wohlstands („To increase prosperity“).

Der Rat für Allgemeine Angelegenheiten billigte den Vorschlag der Kommission auf seiner Sitzung am 25. und 26. Juni 2012 in Luxemburg.<sup>7</sup> Der Beschluss beinhaltete auch ein System von Zielen und Indikatoren auf Strategieebene sowie die Definition der Aufgaben und Verantwortlichkeiten der wichtigsten, an der Durchführung beteiligten Akteure, um die Ergebnisorientierung und die Effizienz des Umsetzungsprozesses zu erhöhen. Der Rat forderte die Europäische Kommission sowie die Mitgliedstaaten auf, die EU-Strategie in den einschlägigen sektoralen Politiken soweit wie möglich mit zu berücksichtigen. Des Weiteren unterstützt der Rat die intensive Einbeziehung von Drittstaaten, auch unter Einbeziehung des Ostseerats und von HELCOM. Für die sich anschließende Überprüfung des Aktionsplans betonte der Rat die Notwendigkeit, alle staatlichen Ebenen und die Zivilgesellschaft einzubeziehen.

<sup>6</sup> Europäische Kommission, [KOM\(2012\) 128 endg.](#) vom 23.03.2012.

<sup>7</sup> Rat der Europäischen Union, 3180. Tagung des Rates (Allgemeine Angelegenheiten), 26. Juni 2012, Luxemburg, [Mitteilung an die Presse](#), S. 16.

Wie schon bei der Erarbeitung der EUSBSR stützte sich die Europäische Kommission auf ein umfangreiches Beteiligungsverfahren, zu dem neben einem öffentlichen Konsultationsverfahren auch die 3. Stakeholderkonferenz zur EUSBSR vom 17. bis 19. Juni 2012 in Kopenhagen gehörte, an der zirka 850 Personen teilnahmen.<sup>8</sup> Die Landesregierung brachte sich in diesen Prozess im Rahmen der vom Auswärtigen Amt als Nationale Kontaktstelle geführten innerdeutschen Abstimmung ein. Ein Schwerpunkt lag hierbei auf den Querschnittsmaßnahmen „Raumordnung“ und „Nachhaltige Entwicklung“, auf die das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, auch im Zusammenwirken mit der Konferenz der Raumordnungsminister der Ostseestaaten (VASAB), im Sinne einer ausgewogenen Ausrichtung eingewirkt hat. Zudem stand die Staatskanzlei bei der Weiterentwicklung des Schwerpunktbereichs Tourismus auch in direktem Austausch mit der Europäischen Kommission.

Am 22. Februar 2013 wurde der überarbeitete Aktionsplan schließlich durch die Hochrangige Gruppe für makroregionale Strategien beschlossen. Die wesentlichen Änderungen beinhalten:

- eine aktualisierte Struktur mit Ergänzungen zu Fragen der Förderung und der Governance, insbesondere im Hinblick auf die Stellung der Vorzeigeprojekte (Flagship Projects) und die klare Aufgaben- und Rollenbeschreibung für die wichtigsten Akteure bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie, im Einzelnen der Nationalen Kontaktstellen, der Koordinatoren der Schwerpunkte (Priority Areas) und der federführenden Partner der Querschnittsmaßnahmen (Horizontal Actions) und Vorzeigeprojekte;
- die Unterlegung der drei Gesamtziele durch jeweils vier Unterziele;
- die Zuordnung der 17 Schwerpunktbereiche und fünf Querschnittsmaßnahmen - je nach Ausrichtung - zu den Unterzielen;
- die Benennung von Zielen und Indikatoren auf der Ebene der Schwerpunktbereiche und Querschnittsmaßnahmen, wobei hier im Einzelfall noch im laufenden Jahr ergänzt werden soll;
- die Etablierung eines neuen Schwerpunktbereichs „Kultur und regionale Identität“ mit der Benennung von Polen und Schleswig-Holstein als Koordinatoren;
- die Umwandlung des Schwerpunktbereichs „Klimawandel“ in die Querschnittsmaßnahme „Nachhaltige Entwicklung“;
- die Etablierung der Querschnittsmaßnahme „Nachbarn“ für die Einbeziehung von Drittstaaten unter der Federführung der Freien und Hansestadt Hamburg, der Stadt Turku sowie des Ostseerates.

Der Forderung nach einer größeren Sichtbarkeit der EU-Strategie wird seit dem Frühjahr 2012 mit einem eigenen Internetauftritt mit Logo sowie Handreichungen zur Kommunikation und einer visuellen Identität der EU-Strategie Rechnung getragen.<sup>9</sup>

---

<sup>8</sup> Bericht zum BDF-Gipfel und der 3. EUSBSR Stakeholderkonferenz: <http://www.bsr2012.eu/2012/09/12/bdf-summit-eusbsr-annual-forum-2012-conference-report>

<sup>9</sup> Homepage der EUSBSR: <http://www.balticsea-region-strategy.eu> .

Seit dem 18. Februar 2013 stellt die Europäische Kommission Mittel für die Anschubfinanzierung von Maßnahmen zur Umsetzung der EU-Strategie, vor allem von bestehenden und neuen Vorzeigeprojekten, zur Verfügung. Je Projekt ist eine Förderung von maximal 50.000 Euro für die Dauer von bis zu einem Jahr möglich.<sup>10</sup> Im Hinblick auf die weitere Finanzierung und damit auch den Erfolg der weiteren Umsetzung der EU-Strategie ist vor allem ihre Berücksichtigung im Rahmen der laufenden Vorbereitungen der Operationellen Programme für die Periode 2014 bis 2020 von essentieller Bedeutung. Verbindliche Vorgaben seitens der Europäischen Kommission sind hierbei nicht gegeben, sodass die Hauptverantwortung in diesem Zusammenhang bei den mit der Programmierung befassten Stellen in den Mitgliedstaaten liegt.

Die Landesregierung begrüßt die Bereitstellung von Mitteln zur Anschubfinanzierung zur Vorbereitung von neuen Vorzeigeprojekten im Rahmen der Seed-Money Facility seitens der Europäischen Kommission. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass dieses Instrument zu einer stärkeren Dynamik bei der Umsetzung der EU-Ostseestrategie beitragen und den Übergang in die EU-Förderperiode 2014-2020 erleichtern kann. Die Landesregierung setzt sich daher für die bessere finanzielle Ausstattung der Seed-Money Facility und eine adäquate Berücksichtigung der EU-Ostseestrategie in den EU-Kooperationsprogrammen im Ostseeraum ab 2014 ein.

Weitere Meilensteine in der Umsetzung in 2013 sind die Vorlage des kommenden Fortschrittsberichts für die EUSBSR sowie die Gesamtbeurteilung des zusätzlichen Nutzens von makroregionalen Strategien während der Ratspräsidentschaft Litauens im zweiten Halbjahr 2013.<sup>11</sup> Die 4. EUSBSR-Stakeholderkonferenz wird voraussichtlich am 12. und 13. November 2013 in Wilna stattfinden.

## 1.2 Die EU-Strategie für den Ostseeraum in Mecklenburg-Vorpommern

Neben der Wahrnehmung der Koordinatorenrolle im Bereich Tourismus erfolgt die direkte Beteiligung an der Umsetzung der EUSBSR in der Regel durch EU-geförderte Projekte, die als Vorzeigeprojekte Bestandteil des Aktionsplans sind und eine mehrjährige Laufzeit aufweisen. An ihrer Umsetzung sind neben der Landesverwaltung auch Kommunen, Universitäten und Hochschulen, Verbände, Netzwerke und weitere Akteure aus Mecklenburg-Vorpommern beteiligt. Im Einzelnen handelt es sich um die folgenden Schwerpunktbereiche:

- Saubere Schifffahrt (PA SHIP): Projekte Baltic Sea cooperation for reducing ship and port emissions through knowledge- & innovation-based competitiveness (BSR InnoShip)<sup>12</sup> und Clean Baltic Sea Shipping;<sup>13</sup>
- Verkehr (PA TRANSPORT): Projekte Scandria<sup>14</sup> und East-West Transport Corridor II<sup>15</sup> (beide endeten 2012);
- Innovation und Forschung (PA INNOVATION): Projekte StarDust,<sup>16</sup> und BSHR Health Port;<sup>17</sup>

<sup>10</sup> Weitere Informationen zur Seed-Money Facility: <http://seed.eusbsr.eu> .

<sup>11</sup> Rat der Europäischen Union, [Schlussfolgerungen des Rates](#) (Allgemeine Angelegenheiten) zur Strategie der Europäischen Union für den Donaauraum vom 13. April 2011, Ziff. 20.

<sup>12</sup> Weitere Informationen zu BSR InnoShip: [http://www.baltic.org/bsr\\_innochip](http://www.baltic.org/bsr_innochip) .

<sup>13</sup> Weitere Informationen zu Clean Ship: <http://www.clean-baltic-sea-shipping.eu> .

<sup>14</sup> Weitere Informationen zu Scandria: <http://www.scandriaproject.eu> .

<sup>15</sup> Weitere Informationen zu East West Transport Corridor II: <http://www.eastwesttc.org> .

<sup>16</sup> Weitere Informationen zu Star Dust: <http://www.bsrstars.se/stardust> .

- Unternehmertum (PA SME) mit dem Projekt Baltic Sea Labour Network (endete 2012);<sup>18</sup>
- Landwirtschaft, Forst und Fischerei (PA AGRI): Projekte Baltic Manure<sup>19</sup> und Hardwoods are good (endete 2012);<sup>20</sup>
- Klimawandel (HA SUSTAINABLE DEVELOPMENT) mit dem Projekt Baltic Climate (endete 2012);<sup>21</sup>
- Tourismus (PA Tourism);<sup>22</sup>
- Meeresraumplanung (HA SPATIAL PLANNING): Projekt PartiSEApate.<sup>23</sup>

Mit Ausnahme von PartiSEApate, welches im Berichtszeitraum bewilligt wurde, ist über die Ziele der Projekte und die Beteiligung aus Mecklenburg-Vorpommern im Ostseebericht 2010/2011 und dem Europa- und Ostseebericht 2011/2012 der Landesregierung berichtet worden.<sup>24</sup>

Hervorgehoben werden sollen an dieser Stelle die Bereiche Gesundheit und Gesundheitswirtschaft, die nicht nur für die regionale wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg - Vorpommerns, sondern auch mit Blick auf die internationale Verflechtung des Landes, insbesondere im Ostseeraum von großer Bedeutung sind. Durch die Unterschiede zwischen den Ostseeanrainern und die zunehmende Patientenmobilität können sich Potentiale für die Gesundheitswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ergeben. Die ostseeraumweite Zusammenarbeit in puncto Spezialisierung und gemeinsame Qualitätsstandards können helfen, diese Potentiale zu erschließen und das Vorzeigeprojekt „Gesundheitsregion Ostsee“ („Baltic Sea Health Region“ - BSHR)<sup>25</sup> im Schwerpunktbereich INNOVATION bietet hierzu einen Rahmen. Über die BioCon Valley GmbH, die neben der ScanBalt-Initiative und der Universität Wilna als Leitender Partner dieses Vorzeigeprojekts agiert, ist die Gesundheitswirtschaft des Landes an diesem Prozess aktiv beteiligt. Ein Beispiel hierfür ist die Durchführung des zweiten BSHR-Projekttreffens am Rande der 8. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft am 4. und 5. Juli 2012 in Rostock. Experten aus dem Ostseeraum und arabischen Ländern tauschten Erfahrungen zum Thema Diabetes-Management aus und diskutierten gemeinsame Strategien der Zusammenarbeit. Schwerpunkte der Arbeit in 2012 lagen unter anderem in der Erstellung einer Innovationsagenda für den Ostseeraum, die im Mai 2013 veröffentlicht wird.

---

<sup>17</sup> Weitere Informationen zu BSHR HealthPort: <http://www.scanbalt.org/projects/scanbalt+health+region/bshr+healthport>.

<sup>18</sup> Die Aktivitäten des Projektes Baltic Sea Labour Network wurden nach dessen Ende in das Baltic Sea Labour Forum als dauerhaftem Gremium überführt. Weitere Informationen: <http://www.bslf.eu>.

<sup>19</sup> Weitere Informationen zu Baltic Manure: <http://www.balticmanure.eu>.

<sup>20</sup> Weitere Informationen zu Hardwoods are good: <http://www.skogsstyrelsen.se/en/AUTHORITY/Projects/International-projects/Hardwoods-are-good>.

<sup>21</sup> Weitere Informationen zu Baltic Climate: <http://www.balticclimate.org/de>.

<sup>22</sup> Siehe Abschnitt B.4.1.

<sup>23</sup> Weitere Informationen zu PartiSEApate, an dem das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern als assoziierter Partner beteiligt ist: <http://www.partiseapate.eu>; Zur Maritimen Raumordnung s.a. Abschnitt A.2.2.

<sup>24</sup> Jahresbericht der Landesregierung zur Zusammenarbeit im Ostseeraum und zur maritimen Sicherheit für den Zeitraum 2010/2011 verwiesen; Landtag Mecklenburg-Vorpommern, [Drs. 5/4364](#) und Europa- und Ostseebericht Mecklenburg-Vorpommern 2011/2012, Landtag Mecklenburg-Vorpommern, [Drs. 6/755](#).

<sup>25</sup> Weitere Informationen zum Vorzeigeprojekt „Gesundheitsregion Ostsee“: <http://www.scanbalt.org/projects/scanbalt+health+region>.

Darüber hinaus wurden im Rahmen des Flaggschiff-Projektes zahlreiche Teilaktivitäten koordiniert (zum Beispiel der Aufbau eines Netzwerks im Bereich Multiresistente Erreger, Diabetes-Management, Green Baltic Health Care), in die jeweils Akteure aus dem Forschungs- und Entwicklungsbereich sowie Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern eingebunden waren.

Auch am Rande der 9. Nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft, die vom 10. bis 11. Juli 2013 stattfindet, wird voraussichtlich ein weiteres BSHR-Projekttreffen durchgeführt.

BioCon Valley realisierte über das oben genannte Flaggschiffvorhaben hinaus diverse gemeinsame Projekte mit ScanBalt - Partnern beziehungsweise wirkte an diesen mit. Zu nennen ist dabei insbesondere das Vorhaben „Submariner“, das unter anderem im Jahr 2012 ein Kompendium zur Nutzung der Ostseeressourcen erstellt hat (wurde im Februar 2013 veröffentlicht). Mittelfristiges Ziel ist es, ein europäisches ERA-NET Marine Biotechnologie zu etablieren.

Im Schwerpunktbereich Gesundheit in der EUSBSR wird die Bundesrepublik Deutschland für zwei Jahre die Präsidentschaft in der Nördliche Dimension - Partnerschaft für Öffentliche Gesundheit und Soziales Wohlergehen (NDPHS)<sup>26</sup> übernehmen, die in diesem Bereich als Koordinator fungiert. Ziel des deutschen Vorsitzes soll die stärkere Nutzbarkeit der Ergebnisse der Zusammenarbeit sein, beispielsweise durch die intensivere Einbeziehung von Kooperationen zwischen Städten, Universitäten, Krankenhäusern, Laboratorien, aber auch staatlichen Gesundheitsbehörden. Das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern stimmt sich diesbezüglich mit dem federführenden Bundesministerium für Gesundheit ab.

Derzeit arbeitet BioCon Valley mit mehreren Partnern sehr aktiv in den Projekten "BSHR HealthPort" und "Eco4Life" zusammen. Das Vorhaben "BSHR HealthPort" soll KMU beim Transfer von Innovationen in den Gesundheitsmarkt unterstützen und die Gesundheitswirtschaft im Ostseeraum stärken. Durch gezielte Partnering-Veranstaltungen und Trainingsmaßnahmen soll der Markteintritt von KMU erleichtert werden. Hierzu wurden mehrere Veranstaltungen und Treffen mit Unternehmen organisiert. Das Vorhaben "Eco4Life" fokussiert sich mit ähnlicher Zielsetzung auf die Regionen Stettin und West-Litauen. Ziel ist das Zusammenführen von Akteuren aus dem Bereich der Life Sciences mit der Umweltbranche. Aus dem Vorhaben sind im Jahr 2012 mehrere Verbände hervorgegangen, die derzeit weiterentwickelt werden (Baltic Green Healthcare, Baltic Diabetes Initiative). Ein neuer Ansatz zielt auf die Bündelung von Ressourcen bei der Durchführung von klinischen Studien ab.

Anlässlich des 11. ScanBalt Forums in Tampere/Finnland vom 21. bis 23. November 2012 wurde der Geschäftsführer der BioCon Valley GmbH erneut als Präsident der ScanBalt Initiative wiedergewählt.

---

<sup>26</sup> Informationen zu NDPHS: <http://www.ndphs.org>.

Über die vorgenannte kooperationsbezogene Umsetzung in einzelnen Schwerpunktbereichen hinaus leisten auch die Programme der Strukturfonds oder zur Entwicklung des ländlichen Raums in Mecklenburg-Vorpommern einen Beitrag zur Umsetzung der EUSBSR. So setzt beispielsweise das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern 2007 bis 2013 (EPLR MV) an den Schwerpunktbereichen „Verringerung des Nährstoffeintrags in die Ostsee (PA NUTRI), „Landwirtschaft, Forst und Fischerei“ (PA AGRI), „Tourismus“ (PA Tourism) oder der Querschnittsmaßnahme „Nachhaltige Entwicklung (HA SUSTAINABLE DEVELOPMENT) an. Bei der Verknüpfung von regionalen Maßnahmen mit entsprechenden Kooperationsprojekten im Ostseeraum erweisen sich jedoch häufig fehlende Sprachkenntnisse als Hindernis.

Für die bessere Information über die EUSBSR und den überarbeiteten Aktionsplan plant die Staatskanzlei, im Laufe des ersten Halbjahrs 2013 auf der Internetplattform Europa-MV.de einen entsprechenden Bereich einzurichten. Gebündelt mit Informationen zu ostseebezogenen Programmen und Projekten mit Beteiligung aus Mecklenburg-Vorpommern und Ansprechpartnern sollen potentielle Interessenten über Aktivitäten und Möglichkeiten der Beteiligung unterrichtet werden.

## **2. Meerespolitik**

### **2.1 Aktueller Stand der Integrierten Meerespolitik**

Im Mai 2012 fand der jährlich veranstaltete Tag der Meere in Göteborg unter dem Motto „Von den Ozeanen, Meeren und Küsten ausgehendes nachhaltiges Wachstum: Blaues Wachstum“ statt.

Im August 2012 nahm die Kommission das Grünbuch „Meereskenntnisse 2020 - Von der Meeresbodenkartierung zur Ozeanvorhersage“ an. Auf Grundlage vorbereitender Maßnahmen im Rahmen der Integrierten Meerespolitik (IMP) ist das Europäische Meeresbeobachtungs- und Datennetzwerk (EMODnet) in seine zweite Phase gegangen, die aus Haushaltsmitteln für die IMP finanziert wird. Ende 2014 soll eine digitale Karte aller europäischen Gewässer zur Verfügung stehen, die ein gezieltes und effizientes „Blaues Wachstum“ begünstigen kann.

Im September 2012 nahm die Europäische Kommission die Mitteilung „Blaues Wachstum - eine nachhaltige Entwicklung für Ozeane, Meere und Küsten“ an. Ziel ist eine Initiative, an der sich die Mitgliedstaaten, Regionen und alle wichtigen Akteure beteiligen, um das Potential der „blauen Wirtschaft“ zu erschließen.

Grundlage der Mitteilung ist eine von der EUKOM im Jahr 2010 in Auftrag gegebene Studie, die unter anderem feststellte, dass diverse Engpässe bestehen, es an Fachkenntnissen mangelt, Risikokapital nicht zur Verfügung steht oder Meeresdaten weit verstreut sind. Im Ergebnis wurden fünf Bereiche mit Wachstumspotential herausgestellt und genauer analysiert:

- Blaue Energie;
- Aquakultur;
- Meeres-, Küsten- und Kreuzfahrttourismus;
- Meeresbodenschätze;
- Blaue Biotechnologie.

Hinsichtlich des Bereiches Meeres-, Küsten- und Kreuzfahrttourismus fand vom 14. Mai bis 6. August 2012 eine öffentliche Konsultation statt. Ziel der Konsultation war es unter anderem weitere touristische Potentiale aber auch zu bekämpfende Hindernisse aufzuzeigen. Eine Mitteilung seitens der Europäischen Kommission dazu wird im Jahr 2013 erwartet.

Im September 2012 wurde ebenfalls nach 2009 ein weiterer „Fortschrittsbericht zur Integrierten Meerespolitik“ veröffentlicht. Er beschreibt die zwischen 2010 und 2012 erreichten Fortschritte in der IMP und den Maßnahmen der maritimen Sektoren der EU. Der Bericht macht deutlich, dass sich das wirtschaftliche Klima seit der Einführung der IMP 2007 drastisch verändert hat. Mit der Strategie „Europa 2020“ beabsichtigt die EU, der europäischen Wirtschaft wieder zu mehr Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Zusammenhalt zu verhelfen. Das Wachstumspotential der maritimen Wirtschaft spielt dabei eine tragende Rolle. Seit 2009 hat die EU im maritimen Bereich richtungsweisende Initiativen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit eingeleitet. Demnach zeigt der Fortschrittsbericht den Beitrag des maritimen Sektors zur europäischen Wirtschaft und zur Zielumsetzung der Strategie „Europa 2020“ durch koordinierte kostensenkende, ressourcenschonende und innovative Maßnahmen auf.

Am 8. Oktober 2012 verabschiedeten die europäischen Minister für Meerespolitik und die Europäische Kommission in Limassol eine neue europäische Agenda zur Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen im Bereich der Meereswirtschaft und bekräftigten dergestalt, dass der dynamische und koordinierte Ansatz der IMP sowohl der Entwicklung der blauen Wirtschaft innerhalb der EU als auch dem Schutz der Meere zugutekommt.

Am 20. Juli 2011 wurde vom Bundeskabinett der „Entwicklungsplan Meer - Strategie für eine integrierte deutsche Meerespolitik“ verabschiedet. Es findet sich in diesem Entwicklungsplan ein Vorschlag, eine „Woche des Meeres“ auszurichten. Ziel dieser Woche soll es gemäß „Entwicklungsplan Meer“ sein, einen Beitrag zur Erhöhung der öffentlichen Aufmerksamkeit für das Thema Meer und seine vielfältigen Zusammenhänge zu leisten und die Meere und Ozeane als Lebensraum erlebbar zu machen. Es ist aber auch mit diesem Vorschlag beabsichtigt, Deutschland als Vorreiter für Klima- und Meeresschutz, für Meeresforschung und eine nachhaltige Nutzung der Meeresressourcen weltweit bekannt zu machen und die neuen Berufe im Lebensraum Meer attraktiv darzustellen sowie das Beschäftigungspotential in seiner ganzen Breite aufzuzeigen. Unter Federführung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wird die Durchführung einer „Woche des Meeres“ erstmals für das Jahr 2014 angestrebt. Die Vorbereitungen begannen im Februar 2013.

In Bezug auf die EU-Strategie für den Ostseeraum hat die Europäische Kommission, Generaldirektion Maritime Angelegenheiten und Fischerei (GD MARE), eine Studie zum Blauen Wachstum vergeben, die die entsprechenden Wachstumspotentiale aufzeigen und bis August 2013 vorliegen soll.

#### Bonus Programm

Das Bonus-Programm soll die Forschungskapazität der Ostseeregion stärken, um eine nachhaltigere Entwicklung der Region zu gewährleisten. BONUS 185 ist vollständig auf die Ziele der Europäischen Strategie für Meeresforschung, maritime Forschung und der EU-Strategie für den Ostseeraum ausgerichtet. Unter dem Dach des BONUS-Programms reichen zurzeit internationale Konsortien ihre Projektanträge ein. Das Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde beteiligt sich an zahlreichen gemeinsamen Anträgen und koordiniert selbst mehrere Vorschläge.

Durch das Programm sollen konkrete wissenschaftliche Ergebnisse geliefert werden, die die Einführung einer Meereswirtschaft mit Rücksicht auf ökosystematische Zusammenhänge im Ostseeraum erleichtern. Das Programm trägt dazu bei, Europa bei einer effizienteren Bewältigung zentraler gesellschaftlicher Herausforderungen für Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung, Fremdenverkehr, Aquakultur, Lebensmittelsicherheit und Seeverkehr in der Region zu unterstützen.

BONUS 185 wird in zwei Phasen durchgeführt: Einer ersten, strategischen Phase von 2010 bis 2011 folgt die Implementierungsphase von 2012 bis 2016. Während der ersten beiden Jahre wurde eine strategische Forschungsagenda entwickelt, eine Plattform der Stakeholder aufgebaut sowie die Durchführungsmodalitäten vorbereitet. Während der zweiten Phase sind mindestens drei gemeinsame Ausschreibungen geplant. Die Aufrufe werden gezielt auf große transnationale Partnerschaften/Konsortien ausgerichtet sein und beinhalten sowohl Forschungsthemen als auch die Entwicklung neuer Technologien, Schulungen und die Informationsverbreitung. Das Ergebnis der ersten Ausschreibungsrunde soll im Herbst 2013 veröffentlicht werden.

Die ersten Ausschreibungen erfolgten am 12. November 2012. Es gab zwei Aufrufe.<sup>27</sup>

- Viable ecosystem (Vollantrag bis 14. Februar 2013);
- Innovation (Vollantrag bis 12. März 2013).

Für die Laufzeit des Programms ist ein Gesamtbudget von 100 Millionen Euro vorgesehen, das zu jeweils 50 Prozent aus öffentlicher und privater Hand bereitgestellt werden soll. Finanziert wird das Förderprogramm durch die für Forschung zuständigen Ministerien der Ostseestaaten sowie durch die Europäische Kommission.

## **2.2 Maritime Raumordnung und Integriertes Küstenzonenmanagement**

Nach Ankündigung der EU-Kommission, im Bereich Maritimer Raumordnung (MRO) legislativ tätig werden zu wollen, wurde seitens der norddeutschen Küstenländer gemeinsam mit dem zuständigen Bundesraumordnungsministerium ein informeller Austausch mit der zuständigen Generaldirektion Maritime Angelegenheit (kurz DG MARE) initiiert. Ein erstes Treffen fand im September 2010 in Berlin statt. Von diesem Zeitpunkt an wurde der Austausch kontinuierlich fortgesetzt. Ein Folgetreffen fand am 23. Mai 2012 in Hamburg statt. Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern hat sich kontinuierlich aktiv in diesen informellen Austausch eingebracht.

Am 24. April 2012 fand in Brüssel bei der DG MARE erstmalig ein Treffen des Arbeitskreises „Maritime Raumordnung“ statt. Dieser Arbeitskreis ist als Unterarbeitsgruppe der „Member State Expert Group on Integrated Maritime Policy“ eingerichtet worden. Deutschland ist über das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (kurz: BSH, zuständig für Maritime Raumordnung in der Ausschließlichen Wirtschaftszone) vertreten. Die norddeutschen Küstenländer sind eng eingebunden. Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern wirkt kontinuierlich aktiv im Rahmen von Vorabstimmungen mit.

---

<sup>27</sup> Nationale Kontaktstelle für Deutschland ist der Projektträger Jülich in Rostock, weitere Informationen: [www.bonusportal.org](http://www.bonusportal.org).

Die Arbeitsgruppe aus VASAB (Visions and Strategies around the Baltic Sea) und HELCOM (Helsinki-Kommission) zur Maritimen Raumordnung besteht seit 2010. Erste Arbeitsergebnisse liegen vor. So zum Beispiel hat man sich auf zehn Prinzipien verständigt, die zu einer besseren Kohärenz der Maritimen Raumordnung im Ostseeraum beitragen sollen. Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern bringt sich aktiv in die Arbeit ein. Diesbezüglich konnte in Beschlussfassungen erreicht werden, dass die MRO den Gedanken einer nachhaltigen Entwicklung folgt.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) hat auf ihrer 21. Konferenz vom 26. bis 28. August 2012 in St. Petersburg beschlossen, ebenfalls im Bereich Maritime Raumordnung aktiv zu werden und dabei die Prinzipien von VASAB zu berücksichtigen.

Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern sieht auch weiterhin vor, sich aktiv in die Diskussionen im Rahmen der europäischen und Ostseeraumzusammenarbeit einzubringen, um die Vorstellungen Mecklenburg-Vorpommerns zur MRO gestaltend verankern zu können. Unter anderem ist das Ministerium 2012 einer Einladung der Konferenz der peripheren Küstenregionen gefolgt und wirkt aktiv in einer Arbeitsgruppe zur MRO.

Aufgrund des großen Erfolges des INTERREG IV B-Projektes BaltSeaPlan<sup>28</sup> ist an das BMVBS und den Lead Partner, das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) der Wunsch russischer Kollegen zur Fortbildung im Bereich Maritimer Raumordnung (MRO) herangetragen worden. Im Zeitraum vom 2. bis 9. Juni 2012 fand ein Training statt, an dem acht russische Kolleginnen und Kollegen teilgenommen haben. In diesem Rahmen hat sich die russische Kollegenschaft auch im Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung über die Erfahrungen Mecklenburg-Vorpommerns im Bereich Maritime Raumordnung informiert.

Im INTERREG IV B-Ostseeraumprogramm wird seit Juni 2012 (bis September 2014) das Projekt PartiSEApate<sup>29</sup> durchgeführt. Projektpartner aus Mecklenburg-Vorpommern sind die Hansestadt Rostock und der Regionale Planungsverband Region Rostock. Es ist Ziel dieses Projektes, panbaltische Lösungsansätze im Bereich Maritime Raumordnung zu entwickeln. Insbesondere Themen, die die Nationalgrenzen überschreiten, zum Beispiel Naturschutzgebiete, Netzverbindungen, Schifffahrtswege, stehen dabei im Fokus.<sup>30</sup>

Die Europäische Kommission hat am 13. März 2013 den lang angekündigten Legislativvorschlag in Form einer Rahmenrichtlinie zur Maritimen Raumordnung und zum integrierten Küstenzonenmanagement (kurz IKZM) veröffentlicht. Der Richtlinienentwurf zielt auf die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Rahmens für die MRO und das IKZM ab, um die Nachhaltigkeit des Wachstums von Meeres- und Küstentätigkeiten sowie der Nutzung der Meeres- und Küstenressourcen zu gewährleisten. Mit der vorgeschlagenen Maßnahme werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, MRO und IKZM unter Einhaltung des nationalen und internationalen Rechts vorzunehmen. Die kohärente Umsetzung der MRO und des IKZM soll die Koordinierung zwischen landgestützten und seegestützten Tätigkeiten verbessern.

<sup>28</sup> Weitere Informationen zu BaltSeaPlan: <http://www.baltseaplan.eu>.

<sup>29</sup> Weitere Informationen zu PartiSEApate: <http://www.partiseapate.eu>.

<sup>30</sup> Weitere Informationen können dem Anhang 1 entnommen werden.

Der Legislativvorschlag der EU Kommission im Zusammenhang Maritimer Raumordnung hat nicht nur für die Küstenländer Auswirkungen. Vielmehr ist hiermit seitens der EU-Kommission erstmals ein konkretes Aktivwerden im Bereich Raumordnung zu verzeichnen, welches von gesamtdeutschem Interesse ist. Zum einen beansprucht die EU Kommission erstmals raumplanerische Kompetenzen. Zum anderen soll auf EU Ebene die Kohärenz zwischen terrestrischer und maritimer Raumordnung sichergestellt werden.

### 2.3 Maritime Sicherheit

Das länderübergreifende Forschungsprojekt „F&E für die Maritime Sicherheit und entsprechende Echtzeitdienste“ des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR), welches 2012 gestartet wurde und einen zeitlichen Horizont von zehn Jahren umfasst, soll die Bündelung sowie den fachübergreifenden Ausbau maritimer Forschungsaktivitäten verschiedener DLR-Institute und Fachbereiche in Bayern, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen in Abstimmung und Kooperation mit industriellen, insbesondere dem Kompetenzcluster MARISSA<sup>31</sup>, und wissenschaftlichen Partnern leisten. Innerhalb des DLR sind acht wissenschaftliche Institute an vier Forschungsstellen in Neustrelitz, Oberpfaffenhofen, Bremen und Braunschweig mit Arbeiten zur maritimen Verkehrstechnik und Sicherheit betraut. Der DLR-Standort Neustrelitz entwickelt hierbei satellitenbasierte Echtzeitdienste, beispielsweise für den Bereich Umweltmonitoring oder den Seegang, für die Schifffahrt und die einschlägigen Behörden. Die im Rahmen des Projekts zu bearbeitenden Themen folgen der im Nationalen Masterplan Maritime Technologien (NMMT) von der Bundesregierung aufgestellten strategischen Zielsetzung, Deutschland auch im Rahmen maritimer Technologien als Hochtechnologie-Standort weiter zu stärken und auszubauen. Das Projekt hat ein Budget von 70 Millionen Euro und wird auch durch die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern unterstützt.

Im Rahmen eines Workshops zum Thema „Maritime Sicherheit“, der am 11. März 2013 in Rostock stattfand und gemeinsam von DLR (Forschungsstelle Maritime Sicherheit), der IHK Rostock und der Gesellschaft für Wirtschafts- und Technologieförderung Rostock mbH ausgerichtet wurde, konnten sich Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern über das oben genannte Forschungsprojekt und Möglichkeiten der Einbeziehung informieren. Hier waren insbesondere das sichere und wirtschaftlich effiziente Agieren in sicherheitskritischen nautischen Situationen auf See, bei der Hafenansteuerung sowie in Häfen selbst und die hierfür notwendige Forschungsexpertise von Interesse.

Abschließend wird an dieser Stelle auch auf die Ausführungen in B.1.6 (Schadstoffunfallvorsorge im Schiffsverkehr) verwiesen.

---

<sup>31</sup> Bei MARISSA handelt es sich nach eigenen Angaben um ein „branchenübergreifendes Netzwerk führender Industrieunternehmen im Bereich der maritimen Verkehrsleit- und Sicherheitstechnik“ mit Sitz in Bremen; Weitere Informationen: <http://www.wfb-bremen.de/de/maritime-wirtschaft-logistik-startseite>.

### 3. Aktuelle Entwicklungen in den Gremien der multilateralen Zusammenarbeit

#### 3.1 Ostseerat

Das 9. Treffen der Regierungschefinnen und -chefs der Mitgliedsstaaten des Ostseerates sowie des Präsidenten der Europäischen Kommission am 30. und 31. Mai 2012 in der Hansestadt Stralsund setzte den politischen Schlusspunkt des deutschen Vorsitzes in dieser Organisation, der am 30. Juni 2012 auf die Russische Föderation übergang. Schwerpunkte des Treffens waren die Themen "Moderne Energieinfrastruktur und internationale Zusammenarbeit - Schlüssel zu einer größeren Energiesicherheit im Ostseeraum" und „Demografischer Wandel - Folgen einer alternden Gesellschaft, Erfahrungen und Perspektiven in den Ländern des Ostseeraums“.

Betont wurde hierbei die hohe Bedeutung der Energiesicherheit und der Energieversorgung für das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit für den Ostseeraum. Hierbei bleibe eine sichere und bezahlbare Energieversorgung unter Einhaltung der Klimaziele eine Herausforderung. In die Beratungen flossen auch die Ergebnisse des 6. Ministertreffens des Forums zur Energiepolitischen Zusammenarbeit im Ostseeraum („Baltic Sea Region Energy Cooperation“ - BASREC), das am 14. und 15. Mai 2012 in Berlin stattfand, sowie die Erklärung zur Energiesicherheit des 17. außerordentlichen Ministertreffens am 5. Februar 2012 auf Schloss Plön ein.

In puncto Konsequenzen des demografischen Wandels bestand Einigkeit, dass die Überalterung der Gesellschaft eine der zentralen Herausforderung für Gesellschaft und Politik darstelle. Die Teilnehmenden regten an, im Ostseerat und anderen regionalen Kooperationsforen im Ostseeraum, die Auswirkungen des demografischen Wandels bei ihrer Arbeit künftig besonders zu berücksichtigen.

Weitere Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft waren gerichtet auf die Modernisierung des südöstlichen Ostseeraumes, insbesondere Kaliningrad (SEBA-Initiative), deren Umsetzung aus einer neu geschaffenen Projektfazilität mit einem Budget von insgesamt einer Million Euro unterstützt werden soll, sowie die verbesserte Einbindung der Russischen Föderation in die Zusammenarbeit im Ostseeraum, vor allem durch eine Verschränkung von Ostseerat und EU-Ostseestrategie. Entsprechend wird der Ostseerat neben der Stadt Turku Koordinator der neu geschaffenen Querschnittsmaßnahme Neighbours, deren Ziel die Einbeziehung von Nicht-EU Partnern in den Umsetzungsprozess ist. Fortgesetzt wurde auch der Austausch mit der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC). So berichtete der Staatsminister im Auswärtigen Amt bei der 21. BSPC, die vom 26. bis 28. August 2012 in St. Petersburg stattfand, über die Arbeit des Ostseerates.

Die weitere Entwicklung der Schwerpunkte zur Zusammenarbeit ist auch Gegenstand der Abstimmung im Rahmen einer „Präsidentschaftstroika“, bestehend aus dem vergangenen, dem aktuellen und dem folgenden Vorsitzland.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich intensiv in die Arbeit der deutschen Präsidentschaft eingebracht. So wurde ein enger Austausch mit der SEBA-Projektkoordinatorin für den Bereich der Tourismuszusammenarbeit aufgebaut, was unter anderem durch die Durchführung eines SEBA-Workshops im Rahmen der von Mecklenburg-Vorpommern mit dem Ostseerat organisierten Tourismuskonferenz am 3. und 4. Mai 2012 in Rostock-Warnemünde zum Ausdruck kommt.<sup>32</sup>

<sup>32</sup> Siehe hierzu auch die Ausführungen in Abschnitt B.4.1.

Während der Ostseetage in Berlin organisierte die Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit dem Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. und BioCon Valley die Fachtagung „Mecklenburg-Vorpommern in der Ostseeregion“, die am 25. April 2012 in den Räumlichkeiten der Nordischen Botschaften stattfand. Neben der Vorstellung des ersten Pedelec-Radweges Berlin-Kopenhagen wurden Aktivitäten des Vorzeigeprojektes „Gesundheitsregion Ostsee“ im Rahmen der EU-Strategie für den Ostseeraum präsentiert. Während der abendlichen Podiumsdiskussion diskutierte der Ministerpräsident mit den Botschaftern des Königreichs Dänemark, Finnlands, dem deutschen Botschafter für die deutsche Präsidentschaft im Ostseerat und dem Vorsitzenden der Delegation des Deutschen Bundestages in der Ostseeparlamentarierkonferenz die Perspektiven der Ostseezusammenarbeit.

Ferner fanden Veranstaltungen unter Beteiligung von Partnern aus Mecklenburg-Vorpommern in den Bereichen Kultur, Verkehr, Bio- und Windenergie sowie Raumordnung statt.

Mit der Übernahme der Ostseeratspräsidentschaft durch Russland ist auch der Vorsitz im Rahmen von VASAB auf Russland übergegangen. Der Schwerpunkt der Aktivitäten in den Jahren 2012 und 2013 wird auf der Vorbereitung der nächsten VASAB Ministerkonferenz, die für Herbst 2014 vorgesehen ist, liegen. Inhaltlich wird unter anderem das Thema „Maritime Raumordnung“, das für das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern von besonderem Interesse ist, im Mittelpunkt der Ministerkonferenz stehen.

Im Rahmen des laufenden russischen Vorsitzes im Ostseerat fand am 5. und 6. April 2013 ein Treffen der Regierungschefinnen und -chefs der Mitgliedsstaaten des Ostseerates zum Schutz der Ostsee statt. Das 18. Ministertreffen ist für Anfang Juni 2013 in Kaliningrad geplant. Zum 1. Juli wird dann der Vorsitz an Finnland übergehen.

### **3.2 Helsinki-Kommission zum Schutz der Ostsee (HELCOM)**

Oberstes Gremium der HELCOM ist die Kommission, die sich aus hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Vertragspartner zusammensetzt. Das HELCOM-Sekretariat unterstützt die Kommission und koordiniert und begleitet die Arbeiten der verschiedenen Arbeitsgruppen und Projekte. An der Spitze der Arbeitsebene stehen die „Heads of Delegation“ (HODs), die über die Arbeiten und Beschlussvorschläge der Arbeitsgruppen entscheiden. Zu den fünf permanenten Arbeitsgruppen (MARITIME, RESPONSE, LAND, MONAS und HABITAT, siehe Vorjahresberichte) ist im Jahre 2012 eine weitere Arbeitsgruppe mit Namen GEAR (Group for the Implementation of the Ecosystem Approach) hinzugekommen, die sich mit der Steuerung der Umsetzung des Ostseeaktionsplans (Baltic Sea Action Plan, BSAP) und der Meeresstrategierahmenrichtlinie (MSRL) in der Ostseeregion befasst.<sup>33</sup> Bei Bedarf werden ad hoc Arbeitsgruppen und Projekte für die Bearbeitung spezieller Fragestellungen eingesetzt. Für die MSRL besonders relevante Projekte sind zum Beispiel CORESET (Erarbeitung eines Sets von Kernindikatoren) und TARGREV (wissenschaftliche Überprüfung der BSAP-Nährstoffreduktionsziele von 2007). Am letztgenannten Projekt ist auch das Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde (IOW) beteiligt. In unregelmäßigen Abständen werden Ministertreffen abgehalten, das nächste am 3. Oktober 2013 in Kopenhagen. Auf ihnen werden wichtige Meilensteine gesetzt, beziehungsweise politische Entscheidungen getroffen.

<sup>33</sup> Ausführliche Informationen zur Umsetzung des BSAP finden sich in Abschnitt B.1 und dem Anhang 2.

Für das kommende Treffen ist vorgesehen, eine aktualisierte Eutrophierungsbewertung der Ostsee, einen ersten Satz von Kernindikatoren für die Zustandsbewertung und die überarbeiteten für Mecklenburg-Vorpommern überaus wichtigen BSAP-Nährstoffreduktionsziele zu verabschieden.

Als fachübergreifende Austauschplattformen zur Diskussion spezifischer Themen sind das Fisheries and Environment Forum (HELCOM FISH/ENV FORUM), in dem Fischerei- und Umweltbehörden in puncto Marine Biodiversität und Nachhaltige Fischerei im Dialog stehen, und das Agriculture and Environment Forum (HELCOM AGRI/ENV FORUM) zur Förderung des Dialogs zwischen Landwirtschafts- und Umweltbehörden über die Weiterentwicklung und Anwendung der Grundlagen der guten landwirtschaftlichen Praxis zur Minimierung von Umweltauswirkungen auf die Ostsee aktiviert worden. Eine dritte Diskussionsplattform befasst sich in Zusammenarbeit mit VASAB mit der Entwicklung kohärenter Prinzipien für die Marine Raumordnung.

Aktuelle Produkte der HELCOM-Arbeit sind unter anderem umfassende Bewertungen des Zustands der Meeresumwelt (Holistisches Assessment von 2010), thematische Berichte zum Beispiel zur Eutrophierung der Ostsee und zu Schadstoffeinträgen in die Ostsee sowie indikatorbasierte Berichtsblätter, zum Beispiel zu Algenblüten und Sauerstoffkonzentrationen in den tiefen Ostseebecken.

### **3.3 Ostsee-Kommission der Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR)**

Die Jahresversammlung der Ostsee-Kommission (Baltic Sea Commission - BSC) der Konferenz der peripheren Küstenregionen (KPKR) fand am 24. und 25. Mai 2012 in Umeå/Schweden statt, wobei der Schwerpunkt auf dem Thema Erneuerbare Energien lag. In diesem Bereich ist die Einrichtung einer BSC-Arbeitsgruppe geplant, für die das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung sein Interesse an einer Mitarbeit bekundet hat. Im Bereich Verkehr wurde bei der Jahresversammlung formal die Übergabe des Vorsitzes der Arbeitsgruppe Verkehr beschlossen, die bis dahin ebenfalls vom Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern geleitet worden war.

Die weiteren inhaltlichen Schwerpunkte der BSC lagen im Berichtszeitraum in den Bereichen Meerespolitik, Fischerei, Kohäsionspolitik sowie auf der Einbeziehung russischer Partner in die Aktivitäten der BSC. Im Bereich Mehrebenen-Governance haben die schwedischen BSC-Mitgliedsregionen Västerbotten und Kalmar die Leitung der entsprechenden Querschnittsmaßnahme in der EU-Ostseestrategie übernommen. Sie werden hierbei durch die BSC unterstützt.

Auf der Ebene der KPKR hat sich das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern aktiv an einer Arbeitsgruppe zur Maritimen Raumordnung beteiligt, die die Erarbeitung der EU-Rahmenrichtlinie zu diesem Thema begleitete (siehe A.2.2).

Die nächste Generalversammlung der BSC wird voraussichtlich am 30. und 31. Mai 2013 in Bodö/Norwegen stattfinden.

### **3.4 Kooperation der Subregionen im Ostseeraum (Baltic Sea States Subregional Cooperation - BSSSC)**

Die 20. BSSSC-Jahreskonferenz 2012 fand in Verbindung mit der Konferenz des EU-Ostseeraumprogramms in Lilleström/Norwegen statt (17. bis 21. September 2012). Schwerpunkte beider Veranstaltungen waren die Themen Erneuerbare Energien und Gewässerschutz, wobei die projektübergreifenden thematischen Cluster Energie, Innovation, Verkehr und Wasser des Ostseeraumprogramms vorgestellt wurden. Des Weiteren wurde über die Vorbereitung der EU-Programmperiode 2014 bis 2020 und die Einbeziehung der EU-Ostseestrategie diskutiert.

Die BSSSC-Arbeitsgruppe Jugendangelegenheiten, in der auch Vertreterinnen und Vertreter des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern mitarbeiten, organisierte vom 10. bis 12. Mai 2012 in Tallinn das Jugendforum „GREEN“. Die Veranstaltung, an der 30 Jugendliche aus Estland, Polen, Lettland, Litauen, Norwegen und Deutschland teilnahmen, vereinbarte die Einrichtung einer Jugendwerkstatt, die fester Bestandteil der jährlichen BSSSC Konferenz werden soll. Die Jugendwerkstatt soll Ideen, Vorschläge und Initiativen von Jugenddelegierten aus dem Ostseeraum bündeln und für deren Unterstützung durch die politischen Entscheidungsträger werben.

Während der Jahreskonferenz wurde ein Jugendnetz-co-Management vorgestellt, das übergreifende Grundsätze bezüglich Entwicklung und Wirkung von kommunalen Jugendräten umfasst. Die kontroverse Diskussion mit politisch Verantwortlichen der Ostseerainerregionen führte zur Initiierung einer online-Konsultation zur Zukunft der Ostseeregion.

Ferner wurde unter dem Dach der BSSSC am 12. November 2012 das Internetportal DOMUS BALTICA gestartet.<sup>34</sup> In einer Datenbank werden Informationen zu Expertennetzwerken, Nachrichten, Publikationen und Veranstaltungen aus dem gesamten Ostseeraum gebündelt.

## **4. Europäische Territoriale Zusammenarbeit im Ostseeraum**

In der Förderperiode 2007 bis 2013 bieten die Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit Projektpartnern aus Mecklenburg-Vorpommern eine Vielzahl von Möglichkeiten, mit Partnern aus dem Ostseeraum zusammenzuarbeiten:

- grenzüberschreitend in den INTERREG IV A Großprogramm „Region Südliche Ostsee“ und im INTERREG IV A Programm der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und der Republik Polen (Wojewodschaft Zachodniopomorskie) und
- transnational im INTERREG IV B Ostseeraumprogramm.

### **4.1 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit (INTERREG A)**

Operationelles Programm des Ziels 3 „Europäische Territoriale Zusammenarbeit - Grenzübergreifende Zusammenarbeit“ der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und der Republik Polen (Wojewodschaft Westpommern)<sup>35</sup>

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sowie der Wojewodschaft Westpommern wird in der Förderperiode 2007 bis 2013 im Rahmen des Ziels 3 „Europäische Territoriale Zusammen-

<sup>34</sup> Weitere Informationen zu DOMUS BALTICA: [www.centrumbalticum.org](http://www.centrumbalticum.org).

<sup>35</sup> [www.interreg4a.info](http://www.interreg4a.info)

arbeit“ weitergeführt. Die Verwaltungsbehörde ist in Mecklenburg-Vorpommern im Wirtschaftsministerium angesiedelt. Das Gemeinsame Technische Sekretariat hat seinen Sitz in Löcknitz. Für das gesamte Programm stehen 132,8 Millionen Euro an EFRE-Mitteln zur Verfügung.

Mit den Projektentscheidungen in ihren letzten Sitzungen vom 22. Februar 2011 sowie vom 29. Januar 2013 haben die Begleitausschussmitglieder knapp 100 Prozent der EFRE-Mittel für Projektinterventionen belegt. Seit dem offiziellen Programmstart am 21. November 2008 in Stettin sind insgesamt 67 Projekte befürwortet worden, davon sind bis heute 63 Projekte bewilligt worden und haben einen Förderbescheid beziehungsweise -vertrag erhalten.

Auf der Abschlusskonferenz des Projekts Telemedizin am 14. Juni 2012 in der Euroregion Pomerania in Stettin würdigte der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit dem Marschall der Wojewodschaft Westpommern und dem brandenburgischen Staatssekretär für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz die Zusammenarbeit der Projektpartnerschaft und die erzielten Projektergebnisse. Das Projekt ist in seiner Art beispielhaft für die deutsch-polnische Zusammenarbeit und leistet einen bedeutenden Beitrag zur Sicherung der Daseinsvorsorge, insbesondere der medizinischen Versorgung im strukturschwachen Raum des deutsch-polnischen Grenzgebiets. Die Projektpartner bekräftigten im Rahmen der Abschlusskonferenz die erfolgreiche Zusammenarbeit auch in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 fortsetzen zu wollen.

Am ETC-Day (Tag der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit, 21. September 2012) kamen Programmpartner und Projektpartner aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Polen zu der jährlichen Programmveranstaltung in Kolberg zusammen, um gemeinsam die Zusammenarbeit in der Förderperiode 2007 bis 2013 auf Programm- und Projektebene auszuwerten. Im Ergebnis bestätigten alle Beteiligten die nutzbringende Bedeutung des Operationellen Programms für die europäische Integration und für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort im gemeinsamen Grenzgebiet.

Der ETC-Day fand im Jahr 2012 erstmalig europaweit auf Initiative des INTERACT-Programms und mit Unterstützung der Europäischen Kommission statt und soll dazu beitragen, das Wirken der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit stärker für die Bevölkerung sichtbar zu machen.

Im Rahmen der Konferenz zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit stellte am 25. Oktober 2012 das polnische Ministerium für Regionale Entwicklung in Breslau die Ergebnisse einer umfangreichen Expertise zu den „Herausforderungen und Zielen für Programme der grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Beteiligung Polens nach 2013“ vor. Der Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern nahm an einer Podiumsdiskussion teil und tauschte sich mit politischen und regionalen Vertreterinnen und Vertretern über die Bedeutung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit für den europäischen Zusammenhalt und ihre Zukunft in der Förderperiode 2014 bis 2020 aus mit besonderem Fokus auf die Zusammenarbeit entlang der gesamten deutsch-polnischen Grenze und im südlichen Ostseeraum.

Im September 2013 soll die Programmjahresveranstaltung in Brandenburg, voraussichtlich in Verbindung mit dem Tag der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETC-Day) stattfinden.

### Großprogramm „Region Südliche Ostsee“<sup>36</sup> (South Baltic Cross-border Co-operation Programme 2007-2013)

Mecklenburg-Vorpommern ist in dieser Förderperiode auch Programmpartner in dem erstmalig aufgelegten INTERREG IV A Großprogramm „Region Südliche Ostsee“.

Die Verwaltungsbehörde ist in der Republik Polen im Regionalministerium in Warschau angesiedelt. Das Gemeinsame Technische Sekretariat hat seinen Sitz in Danzig. Nationale Koordinierungsbehörde in Mecklenburg-Vorpommern ist das Wirtschaftsministerium.

Das Programm hat ein Gesamtvolumen von 60,7 Millionen Euro EFRE-Mitteln.

Im Jahr 2012 übernahm Dänemark vom Programmpartner Mecklenburg-Vorpommern den Programmvorsitz. Die Mitglieder des Lenkungs- und Begleitausschusses tagten in Rønne (18. und 19. April 2012) und Ringsted (12. bis 13. Dezember 2012). Dabei wurde unter anderem über die in der achten und neunten Antragsrunde eingereichten Projektanträge entschieden. So wählten die Ausschussmitglieder im vergangenen Jahr weitere 25 Projekte (18,2 Millionen Euro EFRE-Mittel) für eine Förderung aus dem Programm aus. An 16 Projekten sind Partner aus Mecklenburg-Vorpommern beteiligt. Sieben Projekte werden unter der Federführung eines Partners aus Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt.

Im Großprogramm sind insgesamt 69 Projekte befürwortet worden und damit die im Programm vorhandenen EFRE-Mittel komplett gebunden. Aus den noch zu erwartenden Rückflüssen der Projekte werden in 2013 noch Erweiterungen von laufenden Projekten finanziert werden können. Bereits 15 Projekte haben bis Ende 2012 ihre Projektaktivitäten erfolgreich abschließen können.

Partner aus Mecklenburg-Vorpommern sind an 48 Projekten beteiligt - davon an 21 als Lead Partner. Sie profitieren mit einer Förderung aus dem Programm in Höhe von rund 16 Millionen Euro EFRE-Mittel.

Im schwedischen Rönneby trafen sich am 23. und 24. Oktober 2012 Programmverantwortliche und Projektpartner aus dem südlichen Ostseeraum zur jährlichen Programmveranstaltung. Am ersten Tag wurden erste Ergebnisse des Programms präsentiert<sup>37</sup> und es stellten sich einige Projekte in einem interaktiven Zusammenspiel mit den Anwesenden vor. Am nachfolgenden Tag tauschten sich die Teilnehmenden aus allen fünf Programmländern in drei Workshops über ihre Vorstellungen zur zukünftigen thematischen Ausrichtung des Nachfolgeprogramms aus. Die Ergebnisse dieses Austausches werden bei der Gestaltung des zukünftigen Programms einfließen, an der Mecklenburg-Vorpommern zusammen mit den Programmpartnern seit September 2012 konkret arbeitet.

Im Jahr 2013 hat Polen den Programmvorsitz inne.

Im Anhang 1 befindet sich eine Übersicht der in 2012 befürworteten Projekte mit Beteiligung aus Mecklenburg-Vorpommern.

#### **4.2 Transnationale Zusammenarbeit (INTERREG B)**

Die transnationale Zusammenarbeit (INTERREG IV B) erfolgt in dreizehn verschiedenen Kooperationsräumen, die jeweils mehrere EU-Mitgliedsstaaten und gegebenenfalls EU-Nachbarstaaten umfassen. Mecklenburg-Vorpommern ist an den Kooperationsräumen „Ostsee“ und „Mitteleuropa“ beteiligt. Aufgrund der geographischen Lage von Mecklenburg-Vorpommern liegt der Schwerpunkt für das Land im Rahmen der transnationalen Kooperation weiterhin im Ostseeraum<sup>38</sup>.

<sup>36</sup> Großprogramm „Region Südliche Ostsee“: [www.southbaltic.eu](http://www.southbaltic.eu).

<sup>37</sup> Präsentation der Programmsergebnisse: [http://www.youtube.com/watch?v=TK\\_ejAVgJww](http://www.youtube.com/watch?v=TK_ejAVgJww).

<sup>38</sup> <http://eu.baltic.net/>.

Das Gemeinsame Technische Sekretariat (JTS, Joint Technical Secretariat) für das Ostseeprogramm befindet sich in Rostock mit einer Außenstelle in Riga. Die gemeinsame Verwaltungs-, die Prüf- und die Bescheinigungsbehörde sind bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein in Kiel angesiedelt. Für das Programm stehen insgesamt rund 222 Millionen Euro zur Verfügung.

Im Jahr 2012 hat lediglich noch ein regulärer fünfter Projektaufruf im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum stattgefunden. Im Ergebnis wurde unter anderem ein Projekt (BSR TransGovernance) mit zwei Partnern aus Mecklenburg-Vorpommern genehmigt. Insgesamt konnten damit rund 112.000 Euro EU-Mittel nach Mecklenburg-Vorpommern geholt werden. Im Baltic Sea Region Programme 2007 bis 2013 (INTERREG IV B) wurden bisher 88 Projekte gefördert.

Im Anhang 1 befindet sich eine Übersicht der in 2012 befürworteten Projekte mit Beteiligung aus Mecklenburg-Vorpommern.

Weiterhin können im Ostseeraumprogramm Projektpartner verschiedener Projekte in thematischen Clustern (Energie, Wasser, Innovation und Verkehr) ihr Wissen und ihre Erfahrungen teilen. Dadurch machen die Projektpartner auf ihre Projektergebnisse aufmerksam und haben Einfluss auf die politische Agenda. Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern ist im Verkehrs-Cluster (Sustainable, multimodal and green transport corridors) über seine Beteiligung an den Projekten Scandria, EWTC II, ACL (Amber Coast Logistics) und BGLC (Bothnian Green Logistic Corridor) involviert. Die Universität Rostock ist im Cluster Energie über die Teilnahme am Projekt „Bioenergy Promotion“ eingebunden.<sup>39</sup>

Neue Projektaufrufe im Rahmen der transnationalen Zusammenarbeit im Ostseeraum werden erst ab 2014 und bei Vorlage des genehmigten Operationellen Programms 2014 bis 2020 stattfinden. Die Fördermittel für die Programmperiode 2007 bis 2013 sind vollständig gebunden.

#### **4.3 Ausblick zur Europäischen Territorialen Zusammenarbeit in der Förderperiode 2014 bis 2020 im Ostseeraum**

Mit Blick auf die Förderperiode 2014 bis 2020 haben die Programmpartner aller INTERREG-Programme trotz noch nicht endgültig vorliegender Verordnungsentwürfe mit der gemeinsamen Vorbereitung an den Nachfolgeprogrammen begonnen. Es wurden zum Beispiel Arbeitsgruppen zur Programmierung in den Programmen eingerichtet.

Im Vordergrund der Diskussionen steht die thematische Ausrichtung in Form der zukünftigen Prioritäten. Die sich abzeichnende Flexibilisierung hinsichtlich der thematischen Konzentration ermöglicht eine bessere Anpassung des Programms an die Herausforderungen des Kooperationsraumes.

Im INTERREG B-Ostseeraumprogramm zeichnen sich als Schwerpunkte Umwelt, Verkehr sowie Forschung und Entwicklung ab. Dazu fanden am 17. April 2013 in Berlin und am 24. und 25. April 2013 in Riga thematische Workshops statt. Ein vierter Schwerpunkt für das Programm ist derzeit noch offen. Vorbehaltlich weiterer programminterner Diskussionen könnte sich ein vierter Schwerpunkt entsprechend der durch die Europäische Kommission vorgeschlagenen thematischen Zielen hinsichtlich der Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Förderung einer effizienten Verwaltung herausbilden.

<sup>39</sup> [www.bioenergypromotion.net](http://www.bioenergypromotion.net), siehe weiterführende Informationen dazu im Abschnitt B.6.2.

Konkrete Angaben zur finanziellen Ausstattung, zum geographischen Umfang sowie zur letztlich inhaltlichen Ausgestaltung und zu den Förderbedingungen der Nachfolgeprogramme können jedoch je nach Programm frühestens ab dem zweiten Halbjahr 2013, spätestens jedoch mit Fertigstellung der Operationellen Programme, im besten Fall Ende 2013, gemacht werden. Danach hat die Europäische Kommission sechs Monate Zeit zur Prüfung und Genehmigung der Programme.

## **B. Ostseepolitische Schwerpunkte der Landes Mecklenburg-Vorpommern**

### **1. Schutz der Ostsee**

Die Ostsee ist eine wichtige natürliche und wirtschaftliche Lebensader des Gesundheits- und Tourismuslandes Mecklenburg-Vorpommern, gleichzeitig aber auch ein überaus empfindliches Ökosystem, dessen Balance gestört ist. Die Landesregierung setzt sich deshalb in besonderem Maße für den Schutz sowie die Restaurierung der Ostseegewässer auf nationaler und internationaler Ebene ein. Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung der Ostsee, die die Nutzungs- und Schutzaspekte im Sinne des Ökosystemansatzes ins Gleichgewicht bringt, um so auch die Ansprüche zukünftiger Generationen sicher zu stellen.

Die Landesregierung unterstützt die Aktivitäten zur Verbesserung des maritimen Umweltschutzes, wie die der Europäischen Union und der Helsinki-Kommission (HELCOM) oder des Meeresumweltausschusses MEPC der internationalen Seeschifffahrtsorganisation IMO (International Maritime Organization). Dessen ungeachtet ist sie auch gehalten, wirtschaftliche Aspekte und die finanzielle Machbarkeit mit zu berücksichtigen.

Mit Beschluss vom 31. Januar 2013 hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, über die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans hinsichtlich der Nährstoff-Reduktionsziele im Rahmen des vorliegenden Ostseeberichts 2012/2013 zu berichten.<sup>40</sup> Gefordert wird zudem, dass die mögliche Neufestsetzung der Reduktionsziele nach der Evaluierung des Ostseeaktionsplans auch weiterhin das Erreichen eines guten ökologischen Zustands der Ostsee zum Ziel haben müsse. Diese Forderung war auch Gegenstand der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 in St. Petersburg.

Dieser Anforderung kommt die Landesregierung in Abschnitt B.1.2 nach. Eine vertiefende Darstellung findet sich zudem im Anhang 2 zu diesem Bericht.

#### **1.1 Rechtliche Grundlagen und aktuelle Aufgaben zum Schutz der Ostsee**

Die EU hat sich dem rechtlich verbindlichen Schutz der Meere verpflichtet und dazu zwei Richtlinien erlassen - die alle Gewässerarten umfassende Wasser-Rahmenrichtlinie (EG WRRL) von 2000 und die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (EG MSRL) von 2008. Beide gelten für alle europäischen Meere und damit auch für die Ostsee. Sie sind in nationales beziehungsweise Landesrecht umgesetzt worden. Diese Richtlinien erfordern von Bund und Ländern im Rahmen ihrer Zuständigkeiten<sup>41</sup> erhebliche Anstrengungen, um bis 2015 beziehungsweise allerspätestens bis 2027 den guten Zustand nach WRRL und bis 2021 den guten Umweltzustand nach MSRL zu erreichen. Hinzu kommen naturschutzrechtliche Regelungen wie zum Beispiel die FFH (Fauna-Flora-Habitat)-Richtlinie der EU, die auch

<sup>40</sup> Landtag Mecklenburg-Vorpommern, [Drs. 6/1485](#) vom 16.01.2013 und Drs. [6/1536](#) vom 30.01.2013.

<sup>41</sup> Zuständigkeiten im Bereich der Ostsee: Länder für die inneren Küstengewässer und das Küstenmeer bis zur 12 Seemeilen-Zone, Bund für die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ).

Meeresgewässer umfasst und deren Ziel das Erreichen des guten Erhaltungszustands der für die Ostsee relevanten Lebensraumtypen und Arten ist.

Die Umsetzung von EU-Vorgaben im Bereich des Meeres- und Gewässerschutzes im Ostseeraum ist eng verwoben mit der Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans (BSAP – Baltic Sea Action Plan) von 2007, der bis 2021 zu einer gesunden Ostsee führen soll. Mecklenburg-Vorpommern ist aktiver Teilnehmer an diesem Prozess. Da mit Ausnahme von Russland alle HELCOM-Vertragspartner auch gleichzeitig Mitglieder der Europäischen Union sind und sich die Geltungsbereiche von Helsinki-Konvention und EU-Meeresschutz-Rahmenrichtlinie (MSRL) und damit auch die Meeresschutzinteressen überlagern, liegt es nahe, dass sich HELCOM verstärkt auch mit den Vorgaben und der praktischen Umsetzung der MSRL befasst, zumal die MSRL auch ausdrücklich verlangt, dass die Expertise der regionalen Meeresschutzkonventionen wie HELCOM für die Ostsee in die Umsetzung mit einbezogen wird.

Das Helsinki-Übereinkommen umfasst die gesamte deutsche Ostsee einschließlich der inneren Küstengewässer und der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ). Federführend für die Umsetzung des Übereinkommens und die Koordinierung der Arbeiten in Deutschland ist das Bundesumweltministerium, wobei aufgrund der Länderzuständigkeit für das Küstenmeer eine enge Abstimmung mit dem in Mecklenburg-Vorpommern federführenden Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz im Rahmen des Bund/Länder-Ausschusses Nord- und Ostsee (BLANO, Verwaltungsabkommen 2012) sowie auf der Ebene der Fachbehörden (insbesondere Umweltbundesamt und Bundesamt für Naturschutz mit dem Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, LUNG) erfolgt. Mecklenburg-Vorpommern entsendet im Rahmen der deutschen Delegation Fachvertreterinnen und Fachvertreter in verschiedene für das Land wichtige HELCOM-Arbeitsgruppen.

## **1.2 Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplan im Bereich Eutrophierung und Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern**

Im HELCOM-Ostseeaktionsplan (2007) werden für die vier Segmente „Eutrophierung“, „Schadstoffe“, „Biodiversität/Naturschutz“ und „Maritime Aktivitäten“ ökologische Qualitätsziele, Reduktionsziele und maßnahmenrelevante Empfehlungen festgelegt. Ziel ist die Erreichung eines guten Zustands der Ostsee bis 2021, wobei die Umsetzung anhand von Indikatoren und Bewertungsverfahren überprüft wird.

Für das Segment „Eutrophierung“ wurde 2007 festgelegt, dass die Vertragsstaaten bis spätestens 2016 geeignete Maßnahmen treffen sollen, um das Reduktionsziel durch Verringerung der Nährstoffeinträge über den Wasserpfad und die Atmosphäre zu erreichen. Für Deutschland bedeutet dies auf Grundlage der vorläufigen Zahlen, dass bis 2021 eine Reduktion der Einträge gegenüber denen des Zeitraums 1997 bis 2003 um insgesamt 240 Tonnen Phosphor (etwa 80 Prozent) und 5.620 Tonnen (etwa 10 Prozent) Stickstoff zu erreichen ist. Der wasserbürtige Reduktionsanteil ist vor allem von den Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in ihren Ostsee-einzugsgebieten zu leisten. Bei der Minderung von atmosphärischen Einträgen liegt die Pflicht bei Deutschland insgesamt.

Aufgrund der unrealistisch hohen Reduktionsanforderungen für Phosphor und der fehlenden Harmonisierung mit den Zielen der Wasser-Rahmenrichtlinie konnte Deutschland nach Intervention Mecklenburg-Vorpommerns bereits mit der Verabschiedung des Ostseeaktionsplans erreichen, dass die BSAP-Reduktionsziele auf wissenschaftlicher Grundlage und mit aktuellen Daten überprüft werden. Diese Überprüfung wird derzeit durchgeführt. Auf der Basis der neuen Erkenntnisse sollen dann neue Reduktionsziele für den Nährstoffeintrag erarbeitet und beim HELCOM-Ministertreffen am 3. Oktober 2013 in Kopenhagen beschlossen werden.

Für Mecklenburg-Vorpommern sind als an die Ostsee angrenzendes und für das Küstenmeer zuständiges Bundesland sowohl die Ziele des HELCOM-Ostseeaktionsplans als auch die gesetzlichen Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) der EU, die alle den guten ökologischen Zustand der Ostseegewässer zum Ziel haben, von großer Bedeutung und erfordern erhebliche Anstrengungen, die in kohärenter Art und Weise erfolgen müssen.

Die Hauptbelastungen der Ostsee gehen von Land aus. Dabei ist zwischen Einträgen aus Punktquellen (Kläranlagen, Industriebetriebe und andere) und diffusen Quellen (Einträge aus der Fläche über den Wasser- oder Luftpfad) zu unterscheiden.

In Mecklenburg-Vorpommern konnten bereits wesentliche Minderungen der Einträge aus Punktquellen erreicht werden. Dies ist vor allem auf die Sanierung und den Ausbau von Kläranlagen seit 1990 zurückzuführen. In etwa 2.200 Einzelmaßnahmen wurden rund 2,2 Milliarden Euro in die zentrale Abwasserbeseitigung investiert. Im Ergebnis wurde unter anderem der Phosphoreintrag aus den sieben großen Kläranlagen in Mecklenburg-Vorpommern mit Direkteinleitung in die Ostsee (beispielsweise Rostock, Stralsund, Greifswald, Wismar) zwischen 1990 und 2008 um 98 Prozent verringert. Der Stickstoffeintrag ging im gleichen Zeitraum um 89 Prozent zurück. Weitere Anstrengungen müssen erfolgen, um auch kleinere Kläranlagen besser auszurüsten und den Anschlussgrad weiter zu verbessern (zum Beispiel von Kleingärten).

Eine große Rolle für die erfolgreiche Bewältigung der Reduktionsanforderungen spielen nach erfolgter Ertüchtigung der Kläranlagen die diffusen Stickstoffeinträge aus der Fläche in die Gewässer. Als Emissionsquelle für die Einträge von Stickstoff und Phosphor sind neben der Siedlungswasserwirtschaft auch Einträge über den Luftpfad (atmosphärische Deposition) und der natürliche geogene Hintergrund verantwortlich. Den Hauptanteil bildet jedoch die Landwirtschaft.

Am 19. Dezember 2011 veröffentlichte das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern als Herausgeber das „Konzept zur Minderung der diffusen Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft in die Oberflächengewässer und in das Grundwasser“.<sup>42</sup>

---

<sup>42</sup> Das Konzept wurde unter der Federführung des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG), entwickelt. Es ist abrufbar auf der Homepage des Ministeriums: [http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal\\_prod/Regierungsportal/de/lm/\\_Service/Publikationen/index.jsp?&publikid=4358](http://www.regierung-mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/lm/_Service/Publikationen/index.jsp?&publikid=4358).

Mit diesem Konzept legen die Landwirtschafts- und Wasserwirtschaftsverwaltungen Mecklenburg-Vorpommerns eine gemeinsame Strategie zur Umsetzung der Anforderungen an die Minderung der Nährstoffbelastung in den Gewässern vor, die auch in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit dem Naturschutz und der Forstwirtschaft erarbeitet wurde. Sie beinhaltet im Wesentlichen zwei Punkte:

1. Reduzierung der diffusen Quellen hat erste Priorität: Dies betrifft zum einen die ordnungsgemäße Umsetzung der rechtlichen Vorgaben beispielsweise in den Bereichen Düngung, Bodenschutz, Klärschlamm und zum anderen freiwillige ergänzende Maßnahmen wie die Landwirtschaftsberatung (LFB), Landwirtschaftsforschung (LFA) oder die Agrarumweltmaßnahmen.
2. Prüfung von Reduzierungsmöglichkeiten durch landwirtschaftliches Wassermanagement: Hierzu gehören unter anderem die Anlage von Retentionsflächen, kontrollierte Dränung, standortgerechte Gewässergestaltung und Gewässerunterhaltung, Gewässerrandstreifen, Maßnahmen zum Moorschutz, Maßnahmen der Wald- und Forstwirtschaft wie Renaturierungen von Mooren und Nassstandorten oder die Neuaufforstung/Waldumbau mit Hilfe der forstlichen Förderung.

Daneben wird im Konzept aber auch festgehalten, dass Nährstoffausträge in der Landwirtschaft nicht völlig vermeidbar sind. Im Rahmen der Konzeptumsetzung wurden bislang fünf Demonstrationsvorhaben zum Wassermanagement und zum Rückhalt von Nährstoffen in der Fläche konzipiert und teilweise umgesetzt. Das Vorhaben Dränmanagement/Controlled drainage wurde in 2012 abgeschlossen. Die bisherigen Ergebnisse können als Hinweis auf ein Nitratreduktionspotential ohne nachteilige Beeinflussung des Pflanzenbestandes am Standort gewertet werden, sodass eine Weiterentwicklung des Verfahrens geplant wird. Die Finanzierung der Einzelthemen ist zunächst bis Ende 2014 gesichert. Insgesamt sind für die Arbeiten im Fünfjahreszeitraum 2010 bis 2014 rund 1,6 Millionen Euro vorgesehen. Erklärtes Ziel des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern ist die Sicherung der Konzeptumsetzung auch über 2015 hinaus.

Die Ziele des Gewässer- und Meeresumweltschutzes lassen sich nicht allein durch die Umsetzung der grundlegenden Maßnahmen erreichen. Dies belegen die bisherigen, im Konzept dargestellten Kenntnisse zur Belastungssituation der Gewässer. Ziel ist die Ableitung kosteneffizienter ergänzender Maßnahmen. Das Vorgehen bis zum Jahr 2015 basiert auf dem Freiwilligkeitsprinzip. Es gilt, das Verständnis und die Bereitschaft der Landwirtschaftsbetriebe und der Interessenvertreter zu verstärken, ihren Beitrag zur Minderung der Nährstoffeinträge zu leisten. Zu beachten ist auch, dass die Nährstoffverlagerungsprozesse sehr langsam ablaufen, entsprechend lange dauert es, bis sich Ergebnisse der eingeleiteten Maßnahmen in den Gewässern zeigen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass trotz der teilweise deutlich verminderten Schad- und Nährstoffeinträge weiterhin Handlungsbedarf besteht. Größter Reduzierungsbedarf besteht bei diffusen Nährstoffeinträgen aus der Landwirtschaft.

Wichtige Themen der nächsten Jahre im Zusammenhang mit dem Erreichen der Ziele des Meeresschutzes liegen auch in der Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik 2014. Darunter fallen die Ausgestaltung des Greening, die Festlegung ökologischer Vorrangflächen, das Auflegen von Agrarumweltprogrammen, die Förderung und Durchführung von Landwirtschaftsforschung einschließlich Praxisüberleitung der Ergebnisse und Landwirtschaftsberatung sowie landwirtschaftliches Wassermanagement.

### **1.3 Weitere HELCOM-bezogene Aktivitäten mit Landesbezug**

#### HELCOM-Besuch des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

Der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz besuchte während seiner Reise nach Finnland und der Russischen Föderation vom 15. bis 19. Oktober 2012 auch das Sekretariat der Helsinki-Kommission in Helsinki. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit der Leitung von HELCOM stand der ökologische Zustand der Ostsee. Hierbei erhielt der Minister einen sehr guten und dezidierten Eindruck vom Wissensstand und von den gemeinsamen Arbeiten der Ostseeanrainer im Ostseeschutz. Besondere thematische Schwerpunkte waren die Darstellungen der HELCOM-Aktivitäten auf den umweltkritischen Themenfeldern Eutrophierung, Biodiversität, gefährliche Stoffe und Schifffahrt. Bei dieser Gelegenheit wurden der Ansatz des Landes zur Sanierung von Boddengewässern sowie Maßnahmen zur Reduzierung der Nährstoffeinträge in die Ostsee (Konzept zur Minderung der diffusen Nährstoffbelastungen von Oberflächengewässern und Grundwasser) vorgestellt. Der Minister versicherte der HELCOM das fortlaufende Engagement der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern bei der Umsetzung des Ostseeaktionsplans.

#### HELCOM Jugend Forum 2012

Vom 10. bis 12. Dezember 2012 fand in der Hansestadt Rostock das HELCOM Jugend Forum 2012 (HELCOM Youth Forum - HYF) statt. Das HYF verfolgt das Ziel, zukünftige Entscheidungsträger mit universitärem Bildungshintergrund bereits früh in die Abläufe der HELCOM einzubinden und auf ein internationales und stark interdisziplinär geprägtes Arbeitsfeld vorzubereiten. Die in einem Bewerbungsverfahren ausgewählten 33 jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kamen aus dem gesamten Ostseeraum und repräsentierten unterschiedliche Fachrichtungen, darunter vor allem Meeresbiologie, Ökologie, Agrar-, Rechts-, Ingenieurs-, Wirtschafts- und Politikwissenschaft. Die thematischen Schwerpunkte waren die nachhaltige Nutzung des Ostsee-Ökosystems, maritime Technologien und Innovation sowie die grenzübergreifende Zusammenarbeit und Steuerung maritimer Systeme. Im Austausch mit hohen Vertreterinnen und Vertretern der HELCOM, des Ostseerates, des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie, sowie Professorinnen und Professoren der Universität Rostock und des Leibniz-Instituts für Ostseeforschung (IOW) erarbeiteten die Teilnehmenden in Fach- und Plenarsitzungen aus den einzelnen thematischen Positionen die Resolution „The Baltic Sea between Blue Growth and Green Limits“, die am 12. Dezember 2012 verabschiedet wurde.

Die Resolution soll voraussichtlich während des HELCOM-Ministertreffens am 3. Oktober 2013 in Kopenhagen vorgestellt werden. Das HYF2012 wurde durch den Verein Baltic Sea Forum e. V. und das Department Maritime Systeme (MTS) der Interdisziplinären Fakultät an der Universität Rostock organisiert und aus Erlösen der 10. Sonderbriefmarke "Für den Umweltschutz" zum Thema „Meeresschutz“ durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und dem Umweltbundesamt gefördert. Unterstützt wurde das HYF2012 zudem durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern und die Hansestadt Rostock. Zuletzt tagte 2005 ein HELCOM Jugend Forum in Mecklenburg-Vorpommern. Geplant ist die Durchführung von Folgeveranstaltungen in anderen Ostseeanrainerstaaten in den kommenden Jahren, wobei das Veranstaltungskonzept des HYF2012 zugrunde gelegt werden soll.

#### **1.4 Minderung der Schadstoffemissionen im Schiffsverkehr**

##### Verringerung von Schwefeloxidemissionen

Gemäß dem Internationalen Übereinkommen zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe (MARPOL) der IMO sind Nord- und Ostsee Schwefelemissionskontrollgebiete (SECA), für die ab 2015 ein Grenzwert von 0,1 Prozent Schwefelgehalt in Schiffstreibstoffen gilt. In konkurrierenden Fahrtgebieten der EU greift eine Begrenzung des Schwefelgehalts von 0,5 Prozent in Schiffstreibstoffen erst ab dem Jahr 2020.

Aufgrund der unterschiedlichen Regelungen zur Reduzierung von Schwefeloxidemissionen innerhalb der EU ist zu befürchten, dass die Häfen in Nord- und Ostsee Marktanteile aufgrund von Verlagerungseffekten zugunsten anderer Verkehrsträger und Fahrtgebiete verlieren dürften.

Die auf der 7. Nationalen Maritimen Konferenz am 27. und 28. Mai 2011 in Wilhelmshaven von der Bundesregierung zugesagte Durchführung von Pilotprojekten zur Entwicklung und Erprobung von Abgasentschwefelungsanlagen ist bislang nicht umgesetzt worden. Der Nachweis für praxistaugliche Anlagen steht nach wie vor aus. Sollten nicht rechtzeitig zufriedenstellende Ergebnisse vorliegen, sollte nach Auffassung des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern ein zeitlicher Aufschub der Anwendung des 0,1 Prozent Grenzwertes für Bestandsschiffe in den Schwefelüberwachungsgebieten eingeführt werden.

Bei Vorliegen der entsprechenden technologischen Voraussetzungen sollte noch vor Einführung der SECA-Grenzwerte eine möglichst umfassende Förderung für die Nachrüstung mit Abgasentschwefelungsanlagen von in Nord- und Ostsee fahrenden Schiffen durch die Bundesregierung bereitgestellt werden. Den negativen Auswirkungen auf die weitere Entwicklung des Schiffsverkehrs in Nord- und Ostsee könnte somit entgegenwirkt werden.

##### Ansatz zur Begrenzung von Stickoxidemissionen

Neben dem bekannten Stand zur Minderung der Schwefeloxidemissionen durch Reduzierung des Schwefelanteils in Schiffstreibstoffen in Emissionskontrollgebieten, gibt es entsprechende Bestrebungen, ebenso den Ausstoß von Stickoxiden zu senken. Nach einem HELCOM Untersuchungsbericht unter der Leitung Finnlands resultieren etwa 25 Prozent der Stickstoffeinträge in die Ostsee aus atmosphärischen Depositionen und somit auch in gewichtiger Größenordnung aus den Emissionen von Schiffsantrieben; sie betragen derzeit zirka 330.000 Tonnen pro Jahr NO<sub>x</sub>.

Im Rahmen der HELCOM Maritime-Beratungen wurde von den Ostseeanrainern am 13. Dezember 2012 vorgeschlagen, den Antrag an die International Maritime Organization (IMO) zu richten, die Ostsee nunmehr auch als NOx Emission Control Area (NECA) festzulegen.

Mit der Festlegung als NECA würden für die Ostsee dann die IMO-Vorgaben zur Senkung der NOx-Emission gelten (siehe Anhang 3).

Die Tier III Standards würden die NOx-Emissionen um 80 Prozent bezogen auf Tier I senken. Sie gelten dann für ab 2016 neu gebaute Schiffe sowie ausschließlich in NECAs.

Bei der Annahme einer jährlich zweiprozentigen Steigerung des Schiffsverkehrs, würden für 2040 zirka 500.000 Tonnen pro Jahr NOx zu prognostizieren sein. Der Beschluss der IMO für eine NECA Festsetzung würde für die Ostsee eine wesentliche Entlastung bezüglich der Stickstoffeinträge und damit einen wichtigen Beitrag zur Nährstoffentlastung bedeuten.

#### LNG als alternativer Schiffstreibstoff

Es ist davon auszugehen, dass durch die strengeren Schwefelgrenzwerte in Schiffstreibstoffen die Nutzung alternativer Schiffsantriebe forciert wird. Insbesondere in der Verwendung von Liquefied Natural Gas (LNG) wird eine wirtschaftlich und ökologisch zukunftsfähige Lösung für einen emissionsarmen Schiffsverkehr gesehen. Allerdings sind in Mecklenburg-Vorpommern bislang noch keine Möglichkeiten für die Versorgung von Schiffen mit LNG vorhanden.

Um den Aufbau einer LNG-Infrastruktur im Land zu befördern, lässt das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern derzeit eine Studie zum Thema „Handlungsansätze zum Aufbau einer LNG-Infrastruktur für die Seeschifffahrt in Mecklenburg Vorpommern“ erstellen. Ziel der Untersuchung ist es, Potentiale für die Infrastruktur von LNG-Bunkerstationen in den größeren Seehäfen in Mecklenburg-Vorpommern (Rostock, Wismar, Saßnitz und Stralsund) zu untersuchen. Hierzu soll eine Analyse der Preisentwicklung von Schiffstreibstoffen und der Infrastrukturentwicklung von LNG in der Region erfolgen, die Nachfrage nach Flächen für LNG-Bebunkerungsstationen in den Häfen in Mecklenburg-Vorpommern untersucht sowie konkrete Maßnahmen für die Landesverwaltung zur zeitnahen Umsetzung einer tragfähigen LNG-Infrastruktur aufgezeigt werden. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Frage nach den rechtlichen Voraussetzungen und Genehmigungen für die Nutzung von LNG als Schiffstreibstoff.

#### **1.5 Minderung des Einschleppens fremder Arten durch Ballastwasser**

Mit Beschluss (BR-Drs. 713/12) vom 14. Dezember 2012 hat der Deutsche Bundesrat dem Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von 2004 zur Kontrolle und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen (Ballastwasser-Gesetz) zugestimmt.

Bei Ballastwasser handelt es sich um Meerwasser, das für die Stabilisierung von Schiffen in große Tanks gepumpt und beim Be- und Entladen wieder abgelassen wird. Beim Befüllen der Tanks gelangen Organismen mit dem Wasser in das Schiff. Wird das Ballastwasser in einem anderen Hafen abgepumpt, gelangen die Lebewesen in das fremde Hafenwasser, wo sie bei geeigneten Umweltbedingungen (Temperatur, Salzgehalt, Nährstoffangebot) überleben, sich rasch vermehren und durch eine Eingliederung in das bestehende Ökosystem oftmals erhebliche negative, ökologische und ökonomische Folgen haben können.

Die Beseitigung dieser gebietsfremden invasiven Arten gelingt oft nur am Anfang der Ausbreitung. Werden Maßnahmen zu spät ergriffen, ist eine vollständige Beseitigung oftmals nicht mehr oder nur mit immensem Aufwand möglich. Der Prävention neuer Einschleppungen kommt daher eine besondere Bedeutung zu. Bei jeder Abgabe von Ballastwasser werden gebietsfremde Organismen freigesetzt. Die Vereinten Nationen haben den Eintrag fremder Arten als eine der vier gefährlichsten Bedrohungen für die Meeresumwelt eingestuft.

Der Ausschuss für den Schutz der Meeresumwelt (MEPC) der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) regelt mit Entschlüssen fortlaufend Verfahren für die Zulassung von Methoden der Ballastwasser-Behandlung. Im Rahmen der nationalen Vorbereitung zu den MEPC-Sitzungen ist das Land Mecklenburg-Vorpommern durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz vertreten. Für die Zulassung von Ballastwasser-Behandlungsanlagen ist das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (Hamburg) festgelegt worden. Das internationale Übereinkommen tritt zwölf Monate nach dem 30 IMO-Mitgliedsstaaten es ratifiziert haben in Kraft. Damit ist spätestens 2014 zu rechnen.

## **1.6 Schadstoffunfallvorsorge im Schiffsverkehr**

Der Transport von Mineralöl und Mineralölprodukten bildet ein knappes Drittel des Gesamttransportaufkommens auf den Seewasserstraßen der Ostsee. Ölprodukte zählen damit zu den wichtigsten Handelsgütern. Der Ausbau des russischen Ölhafens Ust-Luga und die Inbetriebnahme der Ölpipeline BTS-2 wird diesen Trend weiter verstärken. Erfreulicherweise kam es im Bereich der Mecklenburg-Vorpommerschen Ostseeküste zu keinem durch Öl verursachten komplexen Schadstoffunfall und damit zu keiner derartigen Gewässerbelastung. Allerdings gab es im Februar 2012 eine Gewässerverschmutzung durch Paraffin im Bereich Fischland, Darß und Hiddensee, verursacht durch illegales Einleiten von Tankrückständen. Diese Verschmutzung erfüllte die Kriterien eines komplexen Schadstoffunfalls und wurde als solcher unter der Gesamteinsatzleitung des Havariekommandos mit Mitteln des Technischen Hilfswerks (THW) und der Feuerwehren in Zuständigkeit der betroffenen Landkreise und Gemeinden bewältigt. Eine nennenswerte Gewässerbelastung durch Paraffin konnte ausgeschlossen werden.

Nach aktuellen Angaben der HELCOM wurden durch die Luftüberwachung ostseeweit 122 illegale Öleinträge aus Seeschiffen im jährlichen Bezugszeitraum registriert. Lediglich sieben Verschmutzungen lagen in der Größenordnung zwischen einem und zehn Kubikmeter Öl. Hierbei waren die ausgewiesenen Flugstunden im Verhältnis zum Vorjahr um 30 Prozent höher. Dies führte zur Verbesserung der abschreckenden Wirkung der Überwachung aus der Luft.

Trotz aller Erfolge warnt die HELCOM allerdings vor dem Nachlassen im Bemühen um mehr Schiffssicherheit und mehr Schadstoffunfallvorsorge. Aus den Statistiken geht aber auch hervor, dass über 50 Prozent der registrierten Vorfälle durch menschliches Versagen verursacht werden.

In Deutschland ist die Prävention und Bekämpfung von Schadstoffunfällen auf Nord- und Ostsee auf Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem Bund und den Küstenländern gemeinschaftlich organisiert und finanziert. Eine wichtige Rolle spielt hierbei das seit dem 1. Januar 2003 bestehende Havariekommando. Neben den nationalen Maßnahmen sind auch die Aktivitäten aller Ostseeanrainerstaaten und die bestehende Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung, da kein Land alleine über die notwendigen Ressourcen verfügt, um große maritime Schadenslagen erfolgreich bewältigen zu können. Es bleibt jedoch festzustellen, dass in Deutschland eine vergleichsweise vorbildliche Vorsorge besteht, die schrittweise ausgebaut, beziehungsweise den veränderten Erfordernissen angepasst wird.

Da der Präventionsschwerpunkt der Länderpartner im Strand- und küstennahen Bereich liegt, wurde ein gemeinsames Transportkonzept erarbeitet, um den landseitigen Transport von Geräten und Ausrüstungen und die damit verbundene Logistik zu verbessern. Hierdurch werden die Reaktionszeiten entscheidend beeinflusst. Im Zuge der Umsetzung wurde im vergangenen Jahr durch das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern die Optimierung und die Erweiterung des Ölwehrgüterstandortes Stralsund hinsichtlich der Verkehrsflächen, des Zugangs und der Vergrößerung der Hallenkapazität vorangetrieben. Insgesamt werden hier 800.000 Euro investiert. Neu angeschafft wurden unter anderem für die Standorte Heiligendamm und Stralsund zwei Geländefahrzeuge, von denen eins schwimmfähig ausgeführt ist, zwei leistungsstarke küstentaugliche Mehrzweckboote, zwei Tiefladeanhänger und zwei mobile Baustraßensysteme. Der Anteil Mecklenburg-Vorpommerns am Gesamtinvestitionsvolumen der Küstenländer betrug im Haushaltsjahr 2012 402.000 Euro. Für den Betrieb und die Unterhaltung wurden seitens Mecklenburg-Vorpommerns im Jahr 2012 insgesamt 680.000 Euro ausgegeben.

Neben den Meeresverschmutzungen durch Öl, auf die sich die bisherige Vorsorge im Wesentlichen konzentriert, sind auch Verschmutzungen durch Chemikalien in der Folge von Schiffsunfällen nicht zu vernachlässigen. Ein Chemie-Einsatzkonzept für die hohe See besteht bereits seitens des Bundes. Aktuell beschäftigt sich eine ad hoc Arbeitsgruppe „Chemie“ im Auftrag des Havariekommandos und der Küstenländer mit dieser Problematik. Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Mecklenburg-Vorpommern ist daran beteiligt. Ziel ist es, ein Konzept zur Chemieunfallbekämpfung an Ufer/Stränden und im Küstenmeer zu erarbeiten.

Neben den regelmäßigen Routineübungen wurde im April 2012 auf der Rostocker Reede eine internationale Notschleppübung durchgeführt. Unter der Leitung des Havariekommandos übten die Notschlepper „Baltic“ und „Fairplay 25“, sowie das Mehrzweckschiffes „ARKONA“, gemeinsam mit den Schiffen „Poseidon“ und „Triton“ der schwedischen Küstenwache das Notschleppen einer manövrierunfähigen Frachtfähre. Die deutsch-dänische Reederei Scandlines stellte hierfür die RoPax-Fähre „Mecklenburg-Vorpommern“ als Havaristen zur Verfügung. Mit Übungsbeginn wurde ein Boardingteam von einem Helikopter der Bundespolizei auf der Fähre abgesetzt, um eine stabile Schleppverdingung herzustellen. „Boarding-Teams“ bestehen in der Regel aus vier Seeleuten, die speziell für den Einsatz auf manövrierunfähigen und verlassenen Schiffen ausgebildet sind. Die Übung wurde erfolgreich abgeschlossen.

Regelmäßige Notschleppübungen mit den verschiedensten Schiffstypen (Tanker, Containerschiff, Autotransporter, Fähren und andere) sind fester Bestandteil der jährlichen Übungs- und Schulungspläne.

Die größte Übung im Jahr 2013 wird in Mecklenburg-Vorpommern vor Warnemünde stattfinden. Voraussichtlich am 13. Juni 2013 werden eine Vielzahl von internationalen Einsatzkräften und Fahrzeugen auf der Ostsee und erstmals am Strand im Rahmen von BALEX Delta zu einer gemeinsamen Kombi-Übung erwartet.

## **2. Verkehr**

Die Ostsee zählt zu den kleinsten Meeren der Welt. Gleichwohl ist der Ostseeraum ein sich dynamisch entwickelnder Wirtschaftsraum. Die Ostseeanrainerstaaten sind infolge zunehmender internationaler Arbeitsteilung durch intensive Wirtschaftsbeziehungen enger als je zuvor miteinander verbunden.

Aufgrund seiner geographischen Lage, seinen historischen Verbindungen sowie der politischen und wirtschaftlichen Interessen des Landes hat der Ostseeraum eine besondere Bedeutung für Mecklenburg-Vorpommern und ist für Unternehmen unseres Bundeslandes in Bezug auf Kooperationen sowie als Exportmarkt besonders interessant. Der Ostseeraum bildet einen wichtigen Auslandsmarkt für Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2012 gingen 31 Prozent der Gesamtexporte Mecklenburg-Vorpommerns in Ostseeanrainerstaaten, was einem Exportvolumen von zirka 1,8 Milliarden Euro entspricht. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang der Exporte zu verzeichnen (2011: 2,7 Milliarden Euro). Die Ausfuhren entsprechen damit in etwa denen im Jahr 2010 (1,7 Milliarden Euro). Eine wesentliche Ursache hierfür ist der Rückgang der Exporte von Rohren für den Bau des zweiten Strangs der Gaspipeline Nord Stream nach Russland (Warenwert exportierter Rohre 2011: 1,2 Milliarden Euro, 2012: 855 Millionen Euro).

Die Importe aus dem Ostseeraum nach Mecklenburg-Vorpommern betragen im Jahr 2012 mit 46 Prozent (2 Milliarden Euro) fast die Hälfte der Gesamtimporte unseres Bundeslandes (4,4 Milliarden Euro) und bewegen sich auf dem Niveau des Vorjahres (siehe auch Anhang 3).

Ziel des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist es, die Häfen durch einen bedarfsgerechten Ausbau ihrer Hafeninfrastrukturanlagen sowie der see- und landseitigen Hafenanbindungen zu einer dauerhaft leistungs- und wettbewerbsfähigen Logistkdrehscheibe für Verkehre zwischen dem Mittelmeerraum und den nordeuropäischen Ländern, sowie Russland und den baltischen Staaten zu entwickeln.

### **2.1 TEN-Netze**

Im Zuge der Revision der EU-Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze wurden Häfen und Flughäfen sowie Schienen- und Straßenverbindungen in Mecklenburg-Vorpommern in das Gesamtnetz aufgenommen. Von übergeordneter Bedeutung für das Land ist die Aufnahme der Verbindung Rostock-Berlin und des Hafens Rostock in das TEN-Kernnetz sowohl als Bestandteil des Kernnetzkorridors Hamburg/Rostock - Lefkosia als auch des Korridors Helsinki-Valletta. Damit einher geht eine erhöhte Wahrscheinlichkeit zur Förderung der Strecke mit TEN-Mitteln. Zusätzlich bekommen die Kernnetzkorridore einen Koordinator, der den Ausbau der Strecken grenzüberschreitend vorantreibt und somit die transnationale Entwicklung entlang der Korridore fördert. Mit Blick auf die Ostseezusammenarbeit bedeutet diese Entscheidung eine Aufwertung und größere Sichtbarkeit für Rostock und das Land als Verkehrsknotenpunkt und Logistikstandort.

Auch werden die Erreichbarkeit Mecklenburg-Vorpommerns und damit die regionale Wertschöpfung durch die Entwicklung eines Gesamt- und Kernnetzes gefördert. Damit einher geht die Verpflichtung des Landes, die entsprechenden Bestandteile des Kernnetzes bis 2030 und des Gesamtnetzes bis 2050 gemäß den Anforderungen der EU auszubauen beziehungsweise zu erhalten.

## **2.2 Projekte im Bereich Verkehrskorridore**

2012 wurden die INTERREG-Projekte Scandria (Scandinavian-Adriatic Corridor for Growth and Innovation) und EWTC II (East West Transport Corridor II - a green corridor concept within the Northern Transport Axis approach) abgeschlossen. Als Projektpartner in Scandria hat das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern das Konzept eines Skandinavien-Adria-Korridors erfolgreich als wichtiges Thema während der Überarbeitung der TEN-Leitlinien im Verkehrsbereich und auch im Logistiksektor platziert. Eine Studie zum Benchmarking von Fährverkehren ist in der Fachwelt auf großes Interesse gestoßen und hilft, das Image von Fähren zu verbessern. Mit Hilfe von Scandria wurden zwei EU-Meeresautobahn-Projekte (Rostock-Gedser und Rostock-Trelleborg) gestellt und bewilligt. In einer Studie wurde nachgewiesen, dass für bestimmte Relationen die Nutzung des Scandria-Korridors eine grüne, kostengünstige und schnelle Alternative zu anderen Routen ist. Im EWTC II Projekt hat das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern unter anderem das Thema „Hafenentwicklung und Flächenvorsorge“ aufgegriffen. Hierzu fand am 20. und 21. August 2012 ein Workshop statt, dessen Ziel die Vorstellung der Ergebnisse der Flächenvorsorgekonzepte und deren Beratung mit Vertretern aus der Hafen- und Seeverkehrswirtschaft, der Verladerschaft und der Hinterlandtransportlogistik, aus Hafenstädten und Regionen, der Wirtschaftsförderung, Raumordnungs- und Umweltbehörden sowie aus Forschung und Consulting war. Des Weiteren hat sich das Ministerium intensiv in die Debatte um grüne Güterverkehrskorridore und die Entwicklung eines Handbuchs für grüne Korridore eingebracht. Dazu fand am 21. August 2012 ein Fachworkshop „Weiterentwicklung der Grünen Korridore für den Güterverkehr“ statt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung war das Zusammentragen von Informationen zur Flächenerweiterung in Häfen, um gemeinsam mit den Akteuren in Mecklenburg-Vorpommern über die Sicherung der Erreichbarkeit und Funktionalität der Häfen zu diskutieren.

## **2.3 Seeverkehr**

Nach Angaben des Statistischen Amtes Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 2012 rund 25 Millionen Tonnen netto im Seeverkehr über die Häfen in Mecklenburg-Vorpommern umgeschlagen, davon rund 18,6 Millionen Tonnen in der Relation mit den Ostseeanrainern und Norwegen. Mit rund 7,9 Millionen Nettotonnen hatte der Fährverkehr einen Anteil von rund 31 Prozent am gesamten Seegüterumschlag. Im Vergleich zu 2011 sank der Seegüterumschlag um 6,5 Prozent auf 25 Millionen Tonnen. Ursächlich dafür waren die Auswirkungen der anhaltenden konjunkturellen Krise im Einzugsgebiet der Mecklenburg-Vorpommerschen Häfen, die sich insbesondere in Rückgängen bei Fähr-, RoRo- und Schüttgütern widerspiegeln. Lediglich im Seeverkehr mit Polen konnte das Tonnageaufkommen im Vergleich zu 2011 erhöht werden.

Die Häfen in Mecklenburg-Vorpommern sind über zahlreiche Linienverbindungen mit den Ostseeanrainern einschließlich Norwegen verbunden.

Eine Übersicht zur Entwicklung des Seegüterverkehrs (in Tonnen) über die Häfen im Land in den vergangenen fünf Jahren ist dem Anhang 3 zu entnehmen.

Traditionell hat der Seeverkehr mit den Ostseeanrainerstaaten einschließlich Norwegen für die mecklenburg-vorpommerschen Häfen die größte Bedeutung. In 2012 entfielen rund 74,2 Prozent des Gesamtumschlages unserer Häfen auf den Seeverkehr mit diesen Ländern. Die mit Abstand wichtigste Destination ist dabei Schweden mit 28,2 Prozent, gefolgt von den drei baltischen Staaten (11,6 Prozent), Dänemark (9,7 Prozent), Finnland (8,3 Prozent), Norwegen (8,2 Prozent), Russland (5,7 Prozent) und Polen (2,4 Prozent). Vor allem der Seeverkehr mit Russland und Polen unterliegt jährlich größeren Schwankungen.

Die Zahl der Passagiere auf den Fährverbindungen des Landes im Ostseeraum hat sich mit rund 2,88 Millionen Passagieren im Jahr 2012 gegenüber 2,66 Millionen Passagieren in 2011 positiv entwickelt. Im gesamten Passagierverkehr über See wurden im Jahr 2012 zirka 3 Millionen Passagiere in den Häfen des Landes erfasst (2011: zirka 2,9 Millionen Passagiere).

### **3. Zusammenarbeit im Bereich Erneuerbare Energien**

Mit der Energiewende in Deutschland hin zu Erneuerbaren Energien steht auch der Ostseeraum vor großen Herausforderungen und Chancen. Ein Hauptschwergewicht der Landesregierung ist daher der Ausbau des Einsatzes der erneuerbaren Energien im Strom- und Wärmemarkt. Mecklenburg-Vorpommern wird künftig - auch gerade im Hinblick auf seine Ostseeküste - eine größere Rolle in der Versorgung Deutschlands mit Strom aus erneuerbaren Quellen spielen. Auch auf dem Gebiet der erneuerbaren Wärmeversorgung bestehen, auch im Land selbst, noch Optimierungsmöglichkeiten, unter anderem zur Klimaverbesserung im Ostseeraum.

Derzeit entwickelt das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern mit breiter Beteiligung von Experten und Öffentlichkeit ein Energiekonzept, das frühestens im vierten Quartal 2013 beschlossen werden soll. Hinzuweisen ist auch auf das Thema „Energie und Innere Sicherheit“, welches Gegenstand der Danziger Gespräche am 5. und 6. Juni 2013 in Danzig sein wird.<sup>43</sup>

Mit Blick auf die weiteren Aktivitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern unter anderem in den Bereichen Klimaschutz, Offshore-Windparks und -projekte in der Ostsee wird auch auf den Vorgängerbericht verwiesen.

#### **3.1 Offshore-Windenergie und Netzentwicklungsplanung in der Ostsee**

Im Jahre 2013 wird Deutschland erstmals einen Offshore-Netzentwicklungsplan aufstellen, denn Offshore-Energie aus der Ost- und Nordsee wird einen wesentlichen Beitrag zur Energieversorgung leisten. Ziel der Landesregierung ist es deshalb, die in der Planung befindlichen Eignungsgebiete möglichst zeitnah zu realisieren und die Anschlussverbindungen ans Festland sicherzustellen.

---

<sup>43</sup> Zu den Danziger Gesprächen siehe Abschnitt 7.3.

Wie auch bereits beim Netzentwicklungsplan 2012 (festlandseitig) sollen die Maßnahmen des Offshore-Netzentwicklungsplanes mit einer gesetzlichen Bedarfsfeststellung durch ein Bundesbedarfsplangesetz unterlegt werden. Ziel der Landesregierung ist es hier insbesondere folgende Maßnahmen zu platzieren, die für die Entwicklung des Ostseeraumes von Bedeutung sind:

Zum einen handelt es sich hier um die Höchstspannungsleitung zur Anbindung des Offshore-Windpark Kriegers Flak (DK) und des Offshore Windpark Baltic 2 (Combined Grid Solution), die bis Güstrow führen wird. Es handelt sich um ein TEN-E Projekt der Verordnung 1364/2006/EG vom 6. September 2006 und dient insbesondere der Stärkung des Ostseeraumes. In diesem Zusammenhang darf die Vision eines Offshore-Netzes rund um den Ostseeraum nicht aus den Augen verloren werden, denn im Ostseebereich herrschen stete und gleichmäßige Winde zur Energiegewinnung vor. Die Landesregierung setzt sich deshalb für eine verstärkte Zusammenarbeit im Offshore-Bereich in der Ostsee ein.

Der Offshore produzierte Strom bedarf eines leistungsfähigen Transportnetzes hin zu den Verbrauchszentren Deutschlands. Mecklenburg-Vorpommern setzt sich deshalb besonders für zwei festlandseitige Transportschienen ein, zum einen für den Neubau einer Höchstspannungsleitung Güstrow - Lauchstädt - Meitingen im Gleichstromverfahren sowie für die Verstärkung der Höchstspannungsleitung Güstrow - Wolmirstädt - Helmstedt - Wahle im Drehstromverfahren mit 380 kv.

Wind Energy Network hat im März 2013 eine Akquisitionsreise nach Warschau unternommen, um Partner für die Planung und Errichtung von Offshore-Windparks an der polnischen Küste zu gewinnen.

Die Landesregierung unterstützt auch die Bemühungen der Errichtung eines Gasnetzes in der Ostsee. Untersucht werden derzeit in einer Machbarkeitsstudie die Stränge 3 und 4 zum Energiestandort Lubmin.

### **3.2 Zusammenarbeit von (Bio-)Energiedörfern**

Im Rahmen der Entwicklung von (Bio-)Energiedörfern in Mecklenburg-Vorpommern soll die begonnene Zusammenarbeit mit führenden Erneuerbare-Energien-Regionen unter anderem aus Dänemark, Norwegen und der Partnerregion Südwest-Finnland in den kommenden Jahren in Form von konkreten EU-Projekten weiterentwickelt werden. Es soll die europäische Projektpartnerschaft für die Entwicklung eines europäischen (Bio-) Energienetzwerks, das erfolgreiche Coaching in Mecklenburg-Vorpommern und der Garten der Metropolen auf breiterer Basis fortgeführt und die Bildung regionaler Arbeitsgruppen aus Fachinstituten, Politik, Verwaltung und EU-Projektberatung vorgebracht werden. Dieser europäische Ansatz wird auf Initiative der Akademie für Nachhaltige Entwicklung (ANE) angestrebt. Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern steht als Befürworter an der Seite dieses Projektes, das heißt, hier geht es um die entsprechende Signalwirkung an die Regierungen und Behörden der potentiellen Partner-Staaten, um eine mögliche Unterstützung auch von deren Seiten zu initiieren.

Mecklenburg-Vorpommern (Landkreis Ludwigslust-Parchim) nimmt dabei die Rolle des Lead-Partners ein und kann andere EU-Partner ermutigen, besser die Philosophie, die Methode und die Ziele des Coachings zu verstehen und Projekte längerfristig vorzubereiten. Dazu sollen die Erfahrungen Güssings (Österreich) bei der Schaffung von Arbeitsplätzen und eines Öko-Tourismus mit mehreren zehntausend Besuchern, die Erfahrungen Samsös (Dänemark) beim Bau von Wind-Onshore- und Wind-Offshoreanlagen mit Bürgerbeteiligungen sowie die Kenntnisse von Norwegen und Südwest-Finnland beim Erhalt und Ausbau von ruralen Infrastrukturen unter Berücksichtigung des demografischen Wandels einfließen. Das auf die Beantragung von EU-Projekten spezialisierte Steinbeis-Zentrum in Rostock hat zwischenzeitlich den bisher erreichten Stand innerhalb des Intelligente Energie Europa (IEE)-Projekt-Ansatzes analysiert, Kontaktdaten für mögliche weitere Partner sowie die Recherche zu alternativen Projekt- oder Netzwerkförderprogrammen aufgenommen. Die Partner beabsichtigen auf den Dezember 2012-Call im Rahmen des IEE zu reagieren und bis Mai 2013 einen EU-Förderantrag zu stellen.

Der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat den IEE-Projekt-Ansatz im Oktober 2012 in Finnland thematisiert. Es wurden durch die Agentur für nachhaltige Entwicklung (ANE) bereits Kontakte zu potentiellen Partnern in Dänemark, Norwegen, Südwest-Finnland, Österreich und Polen gepflegt, um die Vorbereitung anzubahnen. Erste aktuelle Interessenbekundungen und Bereitschaftserklärungen der oben genannten potenziellen Partner liegen vor. Ob dieses Projekt „Europäisches (Bio-)Energiedorf-Netzwerk“ jedoch Wirklichkeit wird, hängt von der qualitativen Zusammenarbeit der notwendigen Anzahl von europäischen Partnern ab.

### **3.3 Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum im Bereich Erneuerbare Energien**

#### Wirtschaftspräsentation des Landes zum Thema „Erneuerbare Energien“ in Stettin

Die Wirtschaftspräsentation des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird am 19. Juni 2013 in Stettin zum Thema „erneuerbare Energien“ stattfinden. Sie wird von der Staatskanzlei mit der fachlichen Unterstützung des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern, dem Netzwerk enviMV e.V., der IHK Neubrandenburg für das östliche Mecklenburg-Vorpommern und dem Marschallamt der Wojewodschaft Westpommern ausgerichtet.

#### Projekt „RES-CHAINS“

Die Energieversorgung über dezentrale und kleinmaßstäbige Anlagen für Bioenergie, Wasserkraft, Wind- und Solarenergie stehen im Mittelpunkt des Projektes RES-CHAINS (Sustainable RES-CHAINS in the South Baltic Region).<sup>44</sup> Ziel des Projektes ist es, nachhaltige Bereitstellungsketten für erneuerbare Energie zu fördern. Hierzu werden der Stand der Technik und damit einhergehende Risiken, Lebenszyklusanalysen, die Kosteneffizienz und Potentiale für die erneuerbaren Energiequellen im südlichen Ostseeraum analysiert. Untersucht wird auch die aktuelle Situation in Bezug auf Energieversorgung, Strategieentwicklung und die vorhandenen politischen Steuerungsinstrumente zur Förderung der erneuerbaren Energien.

<sup>44</sup> Weitere Informationen zum Projekt RES-CHAINS: <http://www.res-chains.eu>.

Im Ergebnis sollen Handlungsempfehlungen formuliert und Best-practice-Beispiele im Projektgebiet vorgestellt werden. Im Projekt arbeiten zehn Partner aus fünf Ländern aus dem südlichen Ostseeraum unter Führung der Energieagentur für Südost-Schweden zusammen. Es wird durch das EU-Großprogramm „Region Südliche Ostsee“ gefördert, das Projektvolumen beträgt 1,1 Millionen Euro.<sup>45</sup> Partner aus Mecklenburg-Vorpommern sind der Lehrstuhl Abfall- und Stoffstromwirtschaft der Universität Rostock, der sich thematisch um die Bereitstellungskette für Bioenergie kümmert, sowie der Landkreis Nordwestmecklenburg und der Baltische Windverein mit Sitz in Rostock (Baltic Windenergy Association BWA).

### **3.4 Kritische Begleitung des Baus von Kernkraftwerken in Polen**

Im Europa- und Ostseebericht 2011/2012 wurde dargelegt, dass das Land in die Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung zum geplanten Bau von Kernkraftwerken in der Republik Polen einbezogen ist und an weiteren Konsultationen mit der Republik Polen teilnehmen wird. Seitdem setzte sich die Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns im Rahmen der Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung der Republik Polen zum geplanten Bau zweier Kernkraftwerke durch die zweimalige Beteiligung der Öffentlichkeit Anfang 2012 fort. Ende November 2012 hatten Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Ressorts des Landes Gelegenheit, im Rahmen der deutsch-polnischen Konsultationen zu dem Vorhaben auch mündlich Stellung zu nehmen.

Die Landesregierung begleitet den von Polen beabsichtigten Eintritt in die Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung weiterhin kritisch. Mecklenburg-Vorpommern ist aufgrund der geografischen Nähe unmittelbar von der Umsetzung der Pläne betroffen. Es bietet den polnischen Nachbarn daher eine intensive Zusammenarbeit auf dem Gebiet bestehender Alternativen an.

## **4. Tourismus**

Langfristig kann der Tourismus im Ostseeraum nur durch Orientierung auf internationale Märkte weiter wachsen. Das wird nur gelingen, wenn der Ostseeraum als eine Region wahrgenommen wird, ähnlich dem Mittelmeerraum. Dazu sind ganzheitliche Ansätze und abgestimmte Zusammenarbeit notwendig.

Grundsätzlich ist festzustellen: Die Tourismuskoooperation im Ostseeraum hat im Berichtszeitraum weiter an Qualität gewonnen. Dies belegen das zunehmende Engagement von Partnern aus Skandinavien, was sich unter anderem an der Durchführung des 6. Ostsee-Tourismusforums in Dänemark festmachen lässt, und die sich abzeichnende Entwicklung neuer Vorzeigeprojekte in diesem Bereich. Die Landesregierung beteiligt sich aktiv an diesem Prozess und arbeitet hierbei eng mit dem Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e. V. zusammen. Vorrangige Ziele sind der Aufbau von stabilen Kooperationsstrukturen und die Profilierung des Ostseeraums als Tourismusdestination. Die Landesregierung unterstützt daher die Forderung, die Förderfähigkeit von entsprechend ausgerichteten Tourismusprojekten im Ostseeraum ab 2014 zu gewährleisten.

Der Meeres-, Küsten- und Kreuzfahrttourismus ist naturgemäß von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der Tourismuswirtschaft im Land.

---

<sup>45</sup> Zum EU-Großprogramm „Region Südliche Ostsee“ siehe auch Abschnitt A.4.

#### 4.1 Stand der Umsetzung im Schwerpunktbereich Tourismus der EU-Ostseestrategie

Die Aktivitäten im Schwerpunktbereich Tourismus lagen im Berichtszeitraum vor allem auf der Begleitung der Überarbeitung des EUSBSR Aktionsplans, der Vorbereitung des 5. Ostsee-Tourismusforums sowie der Positionierung des Bereichs im Zusammenhang mit der Aufstellung der Operationellen Programme 2014 bis 2020 im Ostseeraum.

##### Überarbeitung des EUSBSR Aktionsplans

Im überarbeiteten Aktionsplan ist der Schwerpunktbereich Tourismus dem Ziel 3 „Steigerung des Wohlstands“ und dort vorrangig dem Unterziel „Verbesserte Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums“ zugeordnet. Diese wirtschaftsorientierte Zuordnung trägt der Bedeutung des Tourismussektors als einem Motor für Wachstum und Beschäftigung Rechnung. Daher wird auch eine Verbindung zum Unterziel „Umsetzung der Europa 2020-Strategie“, der europäischen Wachstumsstrategie, hergestellt. Dieser Bezug ist unter anderem deshalb wichtig, da die EU-Förderprogramme ab 2014 an der Europa 2020-Strategie<sup>46</sup> ausgerichtet werden. Aufgrund der eingeschränkten Förderfähigkeit der Tourismuskoooperation im EU-Rahmen dürfte die Anknüpfung an übergeordnete Strategien und sektorale Ziele etwa in den Bereichen Innovation, Beschäftigung, Gesundheit oder Energie bei der Entwicklung von Kooperationsprojekten im Ostseeraum sinnvoll sein. Entsprechende Querbezüge sind im neuen EUSBSR Aktionsplan herausgearbeitet. Darüber hinaus leistet der Tourismus auch einen Beitrag im Ziel 2 „Verbindung der Region“ zum Unterziel „Verbinden von Menschen“.

Die Überarbeitung des Schwerpunktbereichs war thematisch verschränkt mit dem 5. Ostsee-Tourismusforum (Baltic Sea Tourism Forum, BSTF).<sup>47</sup> So wurden Vorbereitungsworkshops am 14. Mai 2012 in Rostock-Warnemünde und am 6. September 2012 in Riga durchgeführt, bei denen auch Vertreter der Welttourismusorganisation UNWTO und der Europäischen Kommission einbezogen wurden. Die Ergebnisse dieser Workshops wurden auch bei der Anpassung des Schwerpunktbereichs berücksichtigt. Beim Forum selbst trat die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern in ihrer Rolle als Koordinator des Schwerpunktbereichs Tourismus erstmals als Mitorganisator auf. Die enge Zusammenarbeit mit den Schlüsselakteuren, die das Ostsee-Tourismusforum tragen, dient unmittelbar der Umsetzung der Maßnahme („Action“) „Facilitate networking and clustering of tourism stakeholders“ im Schwerpunktbereich Tourismus, die langfristig auf die Etablierung einer stehenden Kooperationsstruktur in diesem Sektor abzielt.

##### Studie zur Online-Darstellung des Ostseeraums als Tourismusdestination

Mit Blick auf die Umsetzung der zweiten Maßnahme „Mobilise the full potential for sustainable tourism of the Baltic Sea Region“, die beispielsweise auch die Unterstützung von Marketing- und Branding-Aktivitäten umfasst, wurde von Seiten des Koordinators eine Studie in Auftrag gegeben, deren Gegenstand die Darstellung des Ostseeraums als Tourismusdestination im Internet war. Analysiert wurden die Online-Inhalte der Internetseiten von ausgewählten Akteuren wie hervorgehobenen regionalen und städtischen Destinationen sowie der nationalen Tourismusorganisationen des gesamten Ostseeraums einschließlich Norwegens.

<sup>46</sup> Weitere Informationen zur Europa2020-Strategie: [http://ec.europa.eu/europe2020/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm).

<sup>47</sup> Weitere Ausführungen zum 5. Ostsee-Tourismusforum s. Abschnitt B.4.2.

Ziel war es, auf Grundlage eines besseren Verständnisses der geografischen, thematischen und produktbezogenen Schwerpunkte, eine Kommunikationsstrategie für die Ostseeregion zu entwickeln. Im Einzelnen wurden die Themenschwerpunkte ländlicher Tourismus, kulturelles und naturräumliches Erbe und maritimer Tourismus unter den Aspekten von Aktualität und Interaktivität des Angebots, etwa in Form von touristischen Nachrichten, Buchungssystemen, Online-Karten mit touristischen Zusatzinformationen oder die Nutzung sozialer Medien untersucht. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Internetpräsenz der Ostseeanrainer noch sehr unausgewogen ist, aber im Allgemeinen eine hohe Nutzerfreundlichkeit aufweist. Transnationale Tourismusprodukte wie etwa das grenzüberschreitende Tourangebot im Bereich Backsteingotik sind kaum feststellbar, die stärksten Verbindungen bestehen demnach zwischen den baltischen Staaten. Zudem wird der Begriff „Baltic“ in der Tourismuswerbung weniger häufig verwendet als „Scandinavian“ oder „Nordic“.

Perspektivisch wird in der Studie auf die gemeinsamen Nenner Kultur, Natur und Geschichte hingewiesen, die als gemeinsames Profil für eine Kommunikationsstrategie herangezogen werden könnten. Vorgeschlagen wird die Etablierung einer übergreifenden Internetplattform mit Informationen zu profilbildenden Themen, Reisemöglichkeiten, Produkten aus ausgewählten Bereichen sowie mit Schnittstellen zu den nationalen Tourismusangeboten und sozialen Medien. Die Ergebnisse der Studie wurden im Rahmen der internationalen Tourismuskonferenz<sup>48</sup> vom 3. bis 4. Mai 2012 in Rostock-Warnemünde präsentiert und bieten zweckdienliche Anhaltspunkte für den weiteren Ausbau von Tourismuskoooperation und -marketing im Ostseeraum.

#### Außendarstellung des Schwerpunktbereichs Tourismus

Wie in den Vorjahren lag ein weiterer Schwerpunkt auf der Außendarstellung des Schwerpunktbereichs, der auf den folgenden Veranstaltungen präsentiert wurde:

- Konferenz „Building A Baltic Sea Tourism Region - Towards a Cooperative Approach of the Council of the Baltic Sea States and the EU Strategy for the Baltic Sea Region“, organisiert durch den Ostseerat und die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern, Rostock-Warnemünde, 3. und 4. Mai 2012;
- Konferenz „Past - Present - and Future: Cooperation along the historical Amber Route“, organisiert von der UNWTO und dem litauischen Wirtschaftsministerium, Wilna, 26. und 27. Juni 2012;
- Seminar „The Baltic Sea Region 2025 - 25th Anniversary Seminar of the Pan-European Institute“, organisiert durch das Pan-European Institute an der Universität Turku, Turku, 25. Oktober 2012;
- Gemeinsame Konferenz der Baltic Sea Tourism Commission (BTC) und des Projektes AGORA 2.0, Sopot, 8. bis 10. November 2012;
- Workshop „Towards a Baltic Sea cluster development knowledge and business hub“ des EU-Projekts Enjoy South Baltic, organisiert durch das Marschallamt der Wojewodschaft Pommern, den Tourismusverband Pommern und das Cluster Development Centre Bornholm, Danzig, 30. und 31. Januar 2013.

---

<sup>48</sup> Weitere Informationen: [http://www.baltic-sea-strategy-tourism.eu/cms2/BSST\\_prod/BSST/en/Downloads/Tourism\\_Conference\\_Warnemuende/index.jsp](http://www.baltic-sea-strategy-tourism.eu/cms2/BSST_prod/BSST/en/Downloads/Tourism_Conference_Warnemuende/index.jsp).

Bei der Außendarstellung des Schwerpunktbereichs wurde eine gute Zusammenarbeit mit dem Interact Point in Turku aufgebaut, der für die Webseite und die Kommunikation der EU-Strategie verantwortlich ist. Beispielsweise standen die Aktivitäten im Rahmen des Schwerpunktbereichs Tourismus im Mittelpunkt der Ausgabe des dort verfassten EUSBSR Newsletters vom September 2012. Darüber hinaus ist geplant, den Internetauftritt des Schwerpunktbereichs im ersten Halbjahr 2013 zu überarbeiten. Auch in diesem Zusammenhang hat der Interact Point Turku beratend unterstützt.

### Umsetzung der Vorzeigeprojekte

Bei der Umsetzung der Vorzeigeprojekte im Berichtszeitraum ist zunächst auf die Entwicklung im Projekt „Förderung des Tourismus im ländlichen Raum und Küstenregionen“ hinzuweisen. Unter anderem aufgrund eines gescheiterten Projektantrags im Rahmen des EU-Ostseeraumprogramms konnte die Region Südwest-Finnland und Turku Touring die Aufgabe als leitende Partner des Vorzeigeprojektes nicht mehr fortführen. Mit dem Ziel der Neuausrichtung des Projektes und der Nachbesetzung der Leitungsfunktion wurde eine Stakeholder-Konsultation durchgeführt, in deren Ergebnis sich eine Mehrheit für eine Aufspaltung in zwei Vorzeigeprojekte zu den Themen „Küsten- und maritimer Tourismus“ und „Tourismus im ländlichen Raum“ aussprachen. Auch gab es Interessenbekundungen für die Übernahme der Leitungsfunktionen. Auf der Grundlage des Konsultationsverfahrens werden weitere Gespräche mit dem Ziel geführt werden, die Folgeprojekte bis zum Ende des dritten Quartals 2013 zu etablieren.

Das Vorzeigeprojekt zur touristischen Nutzung des kulturellen und naturräumlichen Erbes erfolgt in enger Anlehnung an das EU-Projekt „Enjoy South Baltic“ (ESB), in dem Partner aus Litauen, Polen und der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. zusammenarbeiten. Die drei Kernziele dieses Projektes umfassen vergleichbare Marktforschung, länderübergreifende Produktentwicklung und Vermarktung. Bereits fertiggestellt ist eine Marktforschungsanalyse, die auf der Internetseite [www.balticsea.travel](http://www.balticsea.travel) heruntergeladen werden kann.

Im Bereich des Vorzeigeprojektes „Entwicklung von nachhaltigen Tourismusstrategien im Ostseeraum“, welches durch die Universität Greifswald als leitender Partner koordiniert wird, wurde das zugrunde liegende EU-Projekt AGORA 2.0<sup>49</sup> zu Ende 2012 abgeschlossen. Es ist vorgesehen, die Ergebnisse des Vorzeigeprojektes gemeinsam mit den ersten Ergebnissen des Vorzeigeprojektes zur Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards für Landausflüge im Kreuzfahrtssektor im Rahmen des 6. Ostsee-Tourismusforums zu präsentieren.<sup>50</sup>

Darüber hinaus liegen Interessenbekundungen für neue Vorzeigeprojekte vor, die im Laufe des Jahres 2013 entwickelt und bei entsprechender Reife zur Aufnahme in den EUSBSR-Aktionsplan vorgeschlagen werden. Angesprochen werden hier die Bereiche Unterstützung für Tourismusunternehmen, die Zusammenarbeit von Clustern und der kultur- und mobilitätsbezogene Tourismus.

<sup>49</sup> Weitere Informationen zu AGORA 2.0: <http://www.agora2-tourism.net>.

<sup>50</sup> Siehe hierzu Abschnitt B.4.2.

## 4.2 Entwicklung des Ostsee-Tourismusforums

Bereits mit der Initiierung des ersten Ostsee-Tourismusgipfels, der am 2. Oktober 2008 in Rostock stattfand, hatte Mecklenburg-Vorpommern ein Zeichen für sein Engagement für die Stärkung der Tourismuszusammenarbeit im Ostseeraum gesetzt. Mittlerweile hat sich das Land als einer der führenden Partner in diesem Bereich etabliert, nicht zuletzt auch wegen seiner Rolle als Koordinator für den Schwerpunktbereich Tourismus in der EU-Strategie für den Ostseeraum.

Das 5. Ostsee-Tourismusforum fand vom 14. bis 16. November 2012 wiederum in Rostock statt.<sup>51</sup> Organisiert wurde es gemeinsam durch den Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern e. V., den Tourismusverband VisitEastDenmark und die Staatskanzlei Mecklenburg-Vorpommern mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union. Etwa 120 Personen aus dem gesamten Ostseeraum sowie Vertreter der Welttourismusorganisation und der Europäischen Kommission nahmen am Forum teil. In der gemeinsam verabschiedeten Erklärung wird auf die Bedeutung des Tourismussektors für Wachstum und Beschäftigung und somit die Europa2020 Strategie hingewiesen. Mit Blick auf die kommende EU-Förderperiode 2014 bis 2020 wird die stärkere Beachtung des Tourismus in den sektoralen Politiken gefordert, in die er ausstrahlt, wie etwa dem Verkehr, den Informations- und Kommunikationstechnologien, Gesundheit, Unternehmensförderung und Innovation. Unterstrichen wurde auch die Notwendigkeit, einen gemeinsamen Politikrahmen für die Tourismuszusammenarbeit im Ostseeraum sowie eine dauerhafte Kooperationsplattform zu entwickeln und den privaten Sektor in die EU-Programme im Ostseeraum stärker einzubeziehen.

Das 6. Ostsee-Tourismusforum wird voraussichtlich am 25. und 26. September 2013 in Dänemark stattfinden und wiederum von den oben genannten Akteuren organisiert werden. Eine erste Vorbereitungssitzung fand am 7. März 2013 am Rande der ITB in Berlin statt.

Auch auf der Ebene der Universitäten spielt das Thema Tourismuskoooperation eine Rolle. Am 8. und 9. Juni 2012 fand in Greifswald die nunmehr 6. Studentenkonzferenz "Tourism around the Baltic Sea" statt.<sup>52</sup> Diese im zwei- bis dreijährigen Rhythmus stattfindenden Studentenkonzferenzen werden in Zusammenarbeit durch die Universitäten Rostock und Greifswald sowie die Fachhochschule Stralsund an einem der drei Standorte organisiert. Sie bieten Studierenden an Hochschulen des Ostseeraumes die Möglichkeit zur Vorstellung ihrer wissenschaftlichen Arbeiten, zum Wissensaustausch und zur Knüpfung von Netzwerken. In der Vergangenheit haben Studierende aus fast allen Ländern des Ostseeraumes diese Möglichkeit genutzt.

---

<sup>51</sup> 5. Ostsee-Tourismusforum: <http://balticseatourism.net> .

<sup>52</sup> 6. Studentenkonzferenz "Tourism around the Baltic Sea": <http://www.tourismusforschung-mv.de>.

### 4.3 Mecklenburg-Vorpommern als Tourismusdestination im Ostseeraum

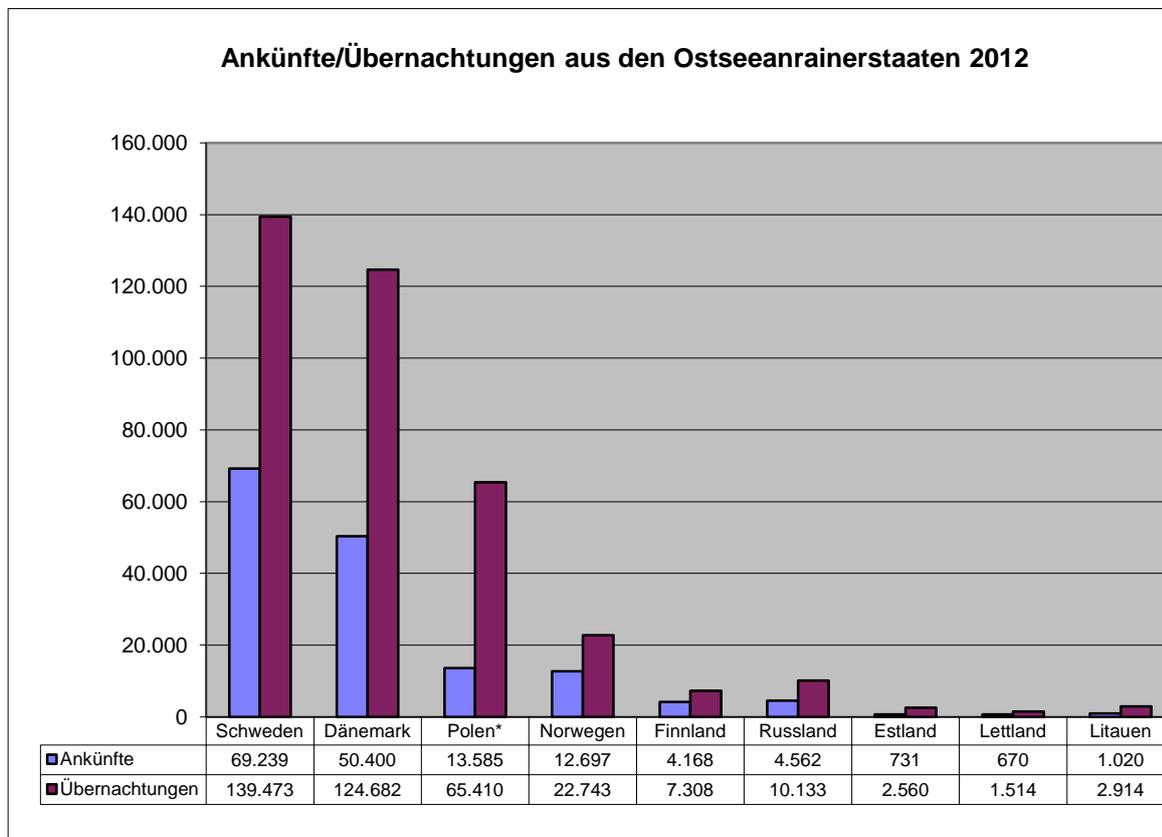
#### Gästeankünfte aus dem Ostseeraum

Der Ostseeraum ist eine dynamische Wirtschaftsregion mit reicher Geschichte, Kultur und unverbrauchter Natur. Der Tourismus gehört zu den wichtigsten Wirtschafts- und Wachstumsbranchen des Landes, das Land verfügt heute über die modernste Urlaubsinfrastruktur Deutschlands. Sieben Millionen Gäste mit fast 28 Millionen Übernachtungen besuchten 2012 Mecklenburg-Vorpommern.

Die Zahl der Besuche von Gästen aus dem Ausland hat im Jahr 2012 zugelegt und sein bestes Ergebnis erzielt. Die Gästeankünfte stiegen um 12,4 Prozent und erreichten erstmals 335.300. Die Übernachtungen erhöhten sich um 15,5 Prozent und überstiegen mit 918.000 erstmals die Grenze von 900.000. Rund 94 Prozent aller ausländischen Gäste in Mecklenburg-Vorpommern kommen aus anderen europäischen Ländern, 41 Prozent aus den Ostseeanrainerstaaten.

Aus den Ostseeanrainerstaaten haben 2012 mit 157.072 Ankünften 14,1 Prozent mehr Gäste unser Land besucht. Die Anzahl der Übernachtungen stieg um 24,3 Prozent auf 376.737. Die größte Gästegruppe bilden die Besucher aus Schweden, gefolgt von den Gästen aus Dänemark und Polen.

Eine tabellarische Übersicht zu den Ankünften und Übernachtungen aus den Ostseeanrainerstaaten (einschließlich Camping) im Jahr 2012 ist dem Anhang 3 zu entnehmen.

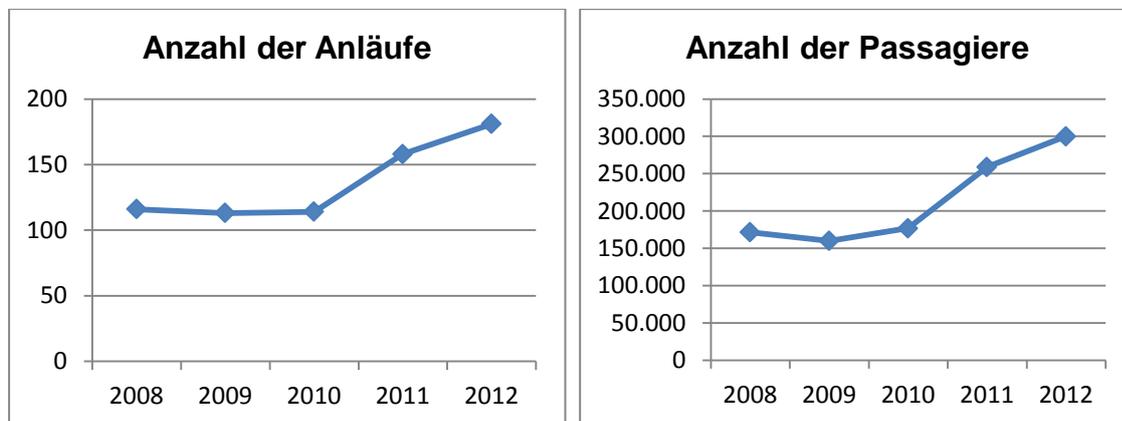


### Entwicklung des Kreuzfahrttourismus in Mecklenburg-Vorpommern

Der Seehafen Rostock ist das Haupteingangstor für Urlauber aus Dänemark, Schweden und Finnland nach Rostock und Mecklenburg-Vorpommern. Darüber hinaus hat sich Warnemünde in den vergangenen Jahren als beliebtestes deutsches Reiseziel für internationale Kreuzfahrttouristen und -reedereien etabliert. Die Bilanz der Kreuzfahrtsaison 2012 ergibt ein positives Bild:

- 181 Anläufe von 40 Hochseekreuzfahrtschiffen von 25 Reedereien;
- 300.000 Seereisende mit mehr als 0,5 Millionen Passagierbewegungen;
- dabei insgesamt 79 Passagierwechselanläufe, davon 33 durch AIDA Cruises.

Damit hatte Warnemünde in 2012 die mit Abstand meisten Schiffsanläufe aller deutschen Kreuzfahrthäfen. Insgesamt ergibt sich somit eine positive Entwicklung bei den Kreuzfahrtanläufen und dem Passagieraufkommen über die letzten fünf Jahre hinweg.



Mit 197 angemeldeten Anläufen von 40 Hochseekreuzfahrtschiffen von 28 Kreuzfahrtreedereien steuert Warnemünde in der Kreuzfahrtsaison erneut auf ein Rekordjahr zu. Von den Schiffsanläufen werden 87 einen Voll- beziehungsweise Teilreisewechsel in Warnemünde vornehmen, was eine deutliche Steigerung dieses wertschöpfungsintensiven Bereiches des Kreuzfahrtgeschäfts zur Folge haben wird.

## 5. Arbeitsmarkt

Die Landesregierung sieht ihre vorrangige Aufgabe in der Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze auf dem sogenannten ersten Arbeitsmarkt.

Ziel ist es, Menschen in Arbeit zu bringen, von der sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Gleichzeitig ist die Deckung des Fachkräftebedarfs von zentraler Bedeutung für die Sicherung des Wirtschaftswachstums und zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Erhöhung der Erwerbspartizipation von jungen Menschen, Frauen und Älteren, die Qualifizierung der Arbeitslosen und viele andere Maßnahmen werden deshalb vorangetrieben. Die Erleichterung der Mobilität im Binnenmarkt der EU - besonders im Ostseeraum - ist eine weitere Chance für die Unternehmen des Landes zur Fachkräftesicherung.

## 5.1 Herausforderungen im Bereich des demografischen Wandels

Die demografische Entwicklung wirkt sich bereits jetzt auf den Arbeitsmarkt aus. So verliert Mecklenburg-Vorpommern monatlich 1.200 erwerbsfähige Personen. Aufgrund des demografischen und strukturellen Wandels kann der hohe Bedarf an qualifizierten Fachkräften langfristig nicht allein durch inländische Kräfte gedeckt werden. Es gilt daher auch, verstärkt Beschäftigungspotentiale im Ostseeraum zu erschließen. Diese Absicht steht auch im Einklang mit der Resolution der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 in St. Petersburg.

Das Institut für Volkswirtschaftslehre der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock hat in diesem Zusammenhang gemeinsam mit 18 weiteren Partnern aus sieben baltischen Ländern und Großbritannien über die Potentiale der "Best Ager", also der Altersgruppe 55+, für den Arbeitsmarkt, für Wissensproduktion, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung geforscht, einer Altersgruppe, der im Rahmen der demografischen Alterung der Gesellschaft eine immer größere Rolle zukommt. Die Rostocker Gruppe hat im Rahmen dieses Projekts „Best Ager“ einen umfangreichen Forschungsbericht "Work Participation and Employability of Best Ager in the Baltic Sea Region" erstellt, in dem die Arbeitsmarktbeteiligung und Beschäftigungspotentiale der „Best Ager“ im baltischen Raum vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen für den Zeitraum 2008 bis 2030 analysiert werden.

Das Projekt „Best Ager" wurde aus Mitteln des INTERREG IV B Ostseeraumprogramms 2007 bis 2013 gefördert und wurde von 2010 bis 2012 durchgeführt. Ein follow-up des Projekts ist nicht geplant. Es wird einen Antrag auf eine einjährige Verlängerung geben, aber mit einem Schwerpunkt, der für die Universität Rostock und das gesamte Arbeitspaket, in dem sie involviert ist, nicht interessant ist. Die Universität Rostock setzt die thematische Arbeit für Deutschland im Rahmen anderer Projekte fort, zum Beispiel das „Work & Age Projekt“ mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

## 5.2 Abbau von Mobilitätshemmnissen

Das EURES-Netzwerk der Bundesagentur für Arbeit bietet im Ostseeraum Informations-, Beratungs- und Vermittlungsdienstleistungen für die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberschaft an. Die EURES-Berater arbeiten entweder in den regionalen Zentren der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung oder in den Arbeitsagenturen in Grenznähe wie in Greifswald, Neubrandenburg und Pasewalk. In den Grenzregionen mit größerem Mobilitätspotential sind EURES-Grenzpartnerschaften aktiv, deren Aufgabe es ist, die Grenzpendlerinnen und Grenzpendler und ihre Arbeitgeber zu unterstützen. Das EURES-Netzwerk arbeitet in Deutschland in der Zuständigkeit der Bundesagentur für Arbeit. Seitens der Landesregierung ist keine direkte Beteiligung vorgesehen.

Für Mecklenburg-Vorpommern steht die deutsch-polnische Grenzregion im Fokus der Mobilitätsentwicklung. Die Agentur für Arbeit Neubrandenburg hat seit dem 6. November 2006 eine Kooperation mit dem Wojewodschaftsarbeitsamt in Stettin/Polen geschlossen. In dem Wojewodschaftsarbeitsamt in Stettin werden seit dem 10. Mai 2011 regelmäßig gemeinsame Beratungstage durchgeführt. Im Jahr 2012 erfolgte die Ausweitung der Beratungstage auf Kreisarbeitsämter.

Fachkräftesicherung heißt auch Nachwuchsgewinnung. Mit dem Projekt „Cleveres Köpfchen - Berufsausbildung in meiner Region“ sollen polnische Jugendliche für eine Ausbildung in deutschen Unternehmen gewonnen werden. Der Projektbeginn war im Sommer 2011 für das Ausbildungsjahr 2012/2013. Die Federführung liegt bei der Agentur für Arbeit Greifswald. Mangelnde Deutschkenntnisse erweisen sich häufig als Mobilitätshindernis. Deswegen sind in dem Projekt Deutschsprachkurse dem Ausbildungsbeginn vorangestellt.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat ein Sonderprogramm aufgelegt, mit dem ab 2013 junge Menschen aus EU-Staaten für vakante Ausbildungs- und Fachkraftarbeitsplätze in Deutschland gewonnen werden sollen. Es unterstützt Jugendliche und junge Erwachsene, die mindestens 18 und bis zu 35 Jahre alt sind. Die Förderinstrumente des Sonderprogramms konzentrieren sich auf die Überwindung von Hemmnissen und vorhersehbaren Problemen, die den Rekrutierungs- und Einstellungsprozess beeinträchtigen können. Zu den möglichen Förderleistungen gehören unter anderem die Finanzierung von Deutschsprachkursen, Reisekostenpauschalen, Unterstützungsleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sowie die Bereitstellung einer sozial- und berufspädagogischen Ausbildungsbegleitung. Mit dem Programm ist eine weitere Möglichkeit eröffnet, Mobilitätshemmnisse im Ostseeraum zu überwinden.

Eine thematisch internationale Kooperation besteht im Rahmen des Projekts „South Baltic Training Programme“ (SBTP). Die Projektpartner aus Mecklenburg-Vorpommern, Schweden, Dänemark, Litauen und Polen haben sich seit Mai 2012 zum Ziel gesetzt, die Internationalisierung des Ausbildungssystems sowie das grenzüberschreitende Unternehmertum im südlichen Ostseeraum voranzutreiben. Die Projektlaufzeit endet im Dezember 2014. SBTP wird im Rahmen des EU-Programms „Südliche Ostsee“ gefördert<sup>53</sup>.

### **5.3 Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit**

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit kommt in Mecklenburg-Vorpommern voran. Die Lage am Ausbildungsmarkt hat sich nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit weiter verbessert. Aus der Ausbildungsplatzkrise der früheren Jahre ist ein deutliches Bewerberdefizit entstanden.

Gleichwohl gehört die Unterstützung junger Menschen beim Übergang von der Schule in das Arbeitsleben zu den Themenschwerpunkten sowohl des aktuellen Fachkräftebündnisses als auch der im Juli 2012 geschlossenen Vereinbarung der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit und dem Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern zur Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik. Demnach sollen Jugendliche optimal auf das Berufsleben vorbereitet und in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integriert werden. Hierzu gibt es eine große Zahl von Maßnahmen, um den Übergang von Schule zum Beruf erfolgreich zu gestalten. Dennoch wird hier Optimierungsbedarf gesehen. Konsistente und transparente Wege sind zu schaffen.

---

<sup>53</sup> Zum EU-Großprogramms „Südliche Ostsee“ siehe Abschnitt A 4.1.

Die Landesregierung erarbeitet deshalb zurzeit ein Landeskonzept für die systematische Ausgestaltung des Übergangs der Jugendlichen von der Schule in den Beruf, welches im laufenden Jahr verabschiedet werden soll. Berücksichtigung sollen hierbei auch die besonderen Bedingungen des Arbeits- und Ausbildungsmarktes in den Grenzregionen Mecklenburg-Vorpommerns finden.

Im Rahmen der 21. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 26. bis 28. August 2012 kamen die Teilnehmenden überein, dass sowohl Mobilitätshemmnisse abgebaut als auch die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft werden müssen.

## **6. Jugend, Bildung, Wissenskooperation und kulturelle Zusammenarbeit**

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schulen wird bestimmt durch die Wertentscheidungen, die im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern niedergelegt sind. Interkulturelle Bildung und Erziehung gehören zur Allgemeinbildung und ist die pädagogische Antwort auf das Zusammenrücken der Kulturen der Welt. Die Beschäftigung mit der Kulturenvielfalt, die Befähigung zu kulturübergreifender Kommunikation und die Auseinandersetzung mit den Fragen der globalen Gerechtigkeit sind notwendig, damit junge Menschen in der globalen und multi-kulturellen Welt von heute und morgen zurechtkommen.

### **6.1 Zusammenarbeit im Bereich Jugend und Bildung**

#### COMENIUS

Für den schulischen und vorschulischen Bereich bietet das EU-Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen mit der Aktion COMENIUS vielfältige Möglichkeiten der europäischen Kooperation und des Austausches. Unter COMENIUS werden multilaterale und bilaterale Schulpartnerschaften, die Mobilität von Schülerinnen und Schülern, Partnerschaften zur Zusammenarbeit im Schulbereich auf der Ebene von Regionen und Gemeinden, Fremdsprachenassistenten von Studierenden der Lehramtsfächer an Schulen im Ausland, Fortbildungskurse für Lehrkräfte im europäischen Ausland, Projekte für die Zusammenarbeit von Einrichtungen der Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung sowie thematische Netzwerke von Bildungseinrichtungen gefördert.

Im Rahmen des Programms für lebenslanges Lernen/COMENIUS werden seit 2011 sieben Schulprojekte (Laufzeit bis 2013) mit 26 europäischen Partnern in 15 Ländern gefördert, darunter acht Partner aus Ostseeanrainerstaaten. Seit 2012 werden sieben neue Schulprojekte (Laufzeit bis 2014) gefördert. Partnereinrichtungen sind 27 Schulen in 17 Ländern, darunter acht Partner in Ostseeanrainerstaaten (siehe Anhang 3). Die Tabelle beinhaltet die Anzahl der derzeit geförderten Projekte. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Trend rücklaufend. Schulen des Landes nutzen die finanziellen Möglichkeiten des Programms noch nicht ausreichend. Hier ist weiterhin aktiv zu informieren und zu begleiten, damit mehr Einrichtungen partizipieren.

Die Projekte befassen sich mit Themen wie Leben in der Ostseeregion, Umwelt, europäische Identität, Schulbildung in Europa, Jugend und Wissenschaft oder Inklusion.

„Plattform“-Netzwerk für europäischen Jugendaustausch<sup>54</sup>

Der Landesjugendring beteiligte sich auch 2012 an der Neuausrichtung der Plattform-Aktivitäten und initiierte vier EU-Projekte innerhalb der Netzwerkarbeit mit estnischen, finnischen, griechischen, polnischen und slowenischen Partnern. Alle Projekte wurden erfolgreich umgesetzt und boten Jugendlichen aus Mecklenburg-Vorpommern vielfältige Angebote. Durch die Teilnahme der Jugendlichen in Workshops und Projekten, wurden auch damit verbundene Lerneffekte erzielt, wie zum Beispiel das Erlernen interkultureller Kompetenzen.

Ende 2012 wurde die Selbstdarstellung von Plattform unter Mitarbeit des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern überarbeitet und von allen Netzwerkpartnern, zu denen auch Partner in den Ostseeanrainerstaaten gehören, akzeptiert. Diese ist auf den Internetseiten des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern veröffentlicht<sup>55</sup>.

Deutsch-Polnisches Jugendwerk

Aus Mitteln des Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW) wurde im Jahr 2012 die gleiche Anzahl an Projekten im außerschulischen Jugendaustausch beantragt wie im Jahr zuvor. Es wurden 18 Projekte im außerschulischen Jugendaustausch gefördert, davon fanden 16 in Deutschland und zwei in Polen statt.

Die Schwerpunkte bei der Durchführung der Begegnungsmaßnahmen lagen in den Bereichen der gemeinsamen Jugendberufsbildung und der beruflichen Qualifikation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie des interkulturellen Austausches und anderen jugendrelevanten Themen.

Vom 12. bis 14. November 2012 organisierte die Stowarzyszenie Gmin Polskich Euroregionu Pomerania und die Kommunalgemeinschaft Pomerania e.V. eine Fortbildung im Internationalen Dietrich Bonhoeffer Studien- und Begegnungszentrum in Stettin. An dieser Fortbildung zum Thema „Interkulturelles Lernen“ mit den Schwerpunkten: Erlebnispädagogik, Sprachanimation, Gruppenintegration, Antrags- und Abrechnungsverfahren nahmen 15 polnische und acht deutsche Fachkräfte des schulischen und außerschulischen Jugendaustausches teil.

Förderung von grenzüberschreitenden Jugendbegegnungen aus Mitteln des Landesjugendplans

Vom 3. bis 19. Februar 2012 fand in Enontekiö/Finnland die Internationale Jugendbegegnung in Finnland 2012 statt. Durch gemeinsame Wintersportaktivitäten der deutschen und finnischen Jugendlichen wurde einerseits der Kontakt untereinander weiter ausgebaut und andererseits der Gruppenzusammenhalt gestärkt. Das recht enge und nicht alltägliche Zusammensein der jugendlichen Teilnehmerschaft diente dabei der Bildung sozialer Kompetenzen sowie der Erkennung eigener individueller Fähigkeiten. Da die strukturellen Bedingungen (Flächenland) der finnischen Pfadfinderschaft sich sehr denen des Pfadfinderbundes Mecklenburg-Vorpommerns ähneln, erfolgte ein guter Erfahrungsaustausch zwischen den beiden Gruppen. Elf Mitglieder des Pfadfinderbundes Mecklenburg-Vorpommern nahmen daran teil und erhielten dafür eine Förderung in Höhe von 990 Euro.

<sup>54</sup> [www.platform-network.com](http://www.platform-network.com).

<sup>55</sup> Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern: <http://jugend.inmv.de/ljr>:

Die 15. Deutsch-Lettische Jugendbegegnung fand vom 26. Juni bis 4. Juli 2012 in Güstrow statt. Zwölf Teilnehmende des Kreisjugendrings Güstrow e. V. nahmen daran teil und wurden aus dem Landesjugendplan mit einer Summe von 1.320 Euro gefördert. Hauptschwerpunkt war die Auseinandersetzung mit der vollzogenen Kreisgebietsreform, unter dem Thema Jugendbeteiligung und Möglichkeiten bei der Mitgestaltung von Jugendpolitik im neuen Landkreis. Zentral wurde das Thema Ausländerpolitik in Deutschland und auch Lettland aufgegriffen.

### Kooperation mit Wojewodschaft Westpommern und Danzig

Die Kooperation mit der Nachbarwojewodschaft Westpommern besteht kontinuierlich zwischen dem Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern und dem Sekretariat für Jugend. Im August 2012 nahmen ehrenamtlich Aktive aus Mecklenburg-Vorpommern an einem bilateralen Jugendleitertraining in Stettin teil. Für 2013 wurde ein Seminar zur Neuausrichtung der europäischen Jugendprogramme in Mecklenburg-Vorpommern vereinbart. Vom 21. bis 23. März 2012 befassten sich rund 30 deutsche und polnische Mitarbeitende aus der Jugend- und Sozialarbeit während einer gemeinsamen Betzavta Fortbildung in Polen auch mit der aktuellen Situation der Jugendarbeit und Jugendbildung in beiden Regionen. Das Seminar wurde durch das Jugendherbergswerk Mecklenburg-Vorpommern organisiert. Ein Fazit des Seminars war, dass Konzepte und Methoden von Nichtregierungsorganisationen mit gemeinnütziger Anerkennung viel stärker genutzt und auch bekannter gemacht werden müssen, um deren Potential auch für originäre staatliche Aufgabenstellungen anwenden zu können. Für den Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern eröffnete sich die Perspektive der Kooperation mit dem Europäischen Solidaritätszentrum der "Solidarnosc" in Gdansk. Eine trilaterale Betzavta<sup>56</sup>-Fortbildung mit deutschen, litauischen und polnischen Teilnehmenden fand vom 20. bis 22. November 2012 in Greifswald statt.

Praxisprojekt des Landesjugendrings Mecklenburg-Vorpommern war ein bilaterales Seminar in Kooperation mit dem Jugendherbergswerk Mecklenburg-Vorpommern zu Betzavta vom 21. bis 24. November 2011 in Stralsund. Das Seminar veranschaulichte Wege und Methoden in Konfliktfeldern und vermittelte theoretische Grundlagen. Teilnehmende kamen aus den Wojewodschaften Pommern und Westpommern sowie Mecklenburg-Vorpommern.

### Politische Bildung

Im Bereich der politischen Bildung führte die Landeszentrale für politische Bildung im Jahr 2012 zahlreiche Veranstaltungen zum Themenschwerpunkt ‚Nachbar Polen‘ durch. Thematisch waren diese Veranstaltungen zum Beispiel im Bereich Rechtsextremismus, Nationalsozialismus und regionale Presselandschaft angesiedelt. Für die 5. Deutsch-Polnischen Medientage in Schwerin (14. bis 16. Mai 2012) ließ die Landeszentrale die Ausstellung „Deutsch-polnische Medienköpfe“ erstellen. Auf 20 Tafeln im Format A0 wurden bedeutende Vertreter der deutsch-polnischen Medienkooperation mit Fotografien und Kurztexten vorgestellt.

---

<sup>56</sup> Betzavta ist eine Methode zum Erlernen und Begreifen eines demokratischen Miteinanders in der Gesellschaft. Durch meist spielerische Übungen werden in sehr eindrucksvoller Weise demokratische Prinzipien für den Alltag erfahrbar gemacht.

Für 2013 plant die Landeszentrale für politische Bildung die Fortführung gemeinsamer Projekte zur Geschichte Pommerns mit der Pommerschen Bibliothek (Książnica Pomorska) in Stettin. Weiterhin ist die Durchführung einer Studienreise für Multiplikatoren nach Westpommern im September 2013 in Kooperation mit dem Institut für Politikwissenschaften und Europastudien der Stettiner Universität geplant. Schwerpunkte des Programms sind die Vorstellung der Institutionen der Wojewodschaft Westpommern und ihrer Zuständigkeiten, Information über deutsch-polnische Projekte auf kommunaler und Landesebene sowie landeskundliche Informationen zur Region, Überblick über Geschichtsaufarbeitung in Polen.

Seit 2008 findet am Innerstädtischen Gymnasium in Rostock die BALMUN (Baltic Model United Nations)<sup>57</sup> statt. Der Name drückt die Nähe des Projekts zum Baltikum aus. Politik, Umwelt, Abrüstung, Menschenrechte, Sicherheit, Wirtschaft und Soziales werden dabei thematisiert. Seit 2010 werden im Rahmen einer Special Conference für diesen Raum relevante Themen debattiert, so 2012 die Themen „Inklusive Bildung“ und „Fischfangquoten unter Berücksichtigung einer ökologischen Ausgewogenheit“.

Voraussichtlich vom 23. bis 26. Mai 2013 befasst sich die Special Conference mit den Themen „Jugend und Jugendarbeitslosigkeit“ sowie „Kinderschutz“. Zirka 200 Delegierte, davon rund 150 ausländische Jugendliche aus dem europäischen und nichteuropäischen Raum, nehmen jährlich an der BALMUN teil. Als Ostseeanrainerstaat ist Polen jeweils mit einer eigenen Schülerdelegation vertreten.

## 6.2 Wissenschaftskooperation

### EU-Projekte aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm mit Partnern aus dem Ostseeraum

Die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern sind mit insgesamt 53 Projekten am 7. EU-Forschungsrahmenprogramm (FP7) beteiligt, davon werden acht Projekte durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Mecklenburg-Vorpommern koordiniert. Ein thematischer Fokus liegt in den Bereichen Medizin/Gesundheit, Biowissenschaften und Meereswissenschaften. Des Weiteren sind die Forschungsgebiete Geowissenschaften, Energie, Physik/Elektrotechnik, IT und Demographie vertreten.

Es finden Kooperationen mit 675 Partnern aus 45 Ländern statt. Bezogen auf den gesamten Förderzeitraum 2007 bis 2013 sind an 36 der 53 Projekte Partner aus dem Ostseeraum beteiligt (siehe Anhang 1). In 2012 wurden sieben neue FP7 Projekte bewilligt, die mit Partnern aus dem Ostseeraum stattfinden (siehe Anhang 1).

Die Möglichkeiten der geeigneten Vorbereitung auf das neue Forschungsrahmenprogramm HORIZONT 2020 in Mecklenburg-Vorpommern werden mit den Hochschulen und außerhochschulischen Einrichtungen diskutiert. Dazu gehört auch die Meinungsbildung über eine geeignete Form einer Auftaktveranstaltung für HORIZONT 2020 unter Einbeziehung von Partnern aus Mecklenburg-Vorpommern.

---

<sup>57</sup> Model-United-Nations-Konferenzen (MUNs) sind Planspiele, bei denen die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer in die Rolle von Delegierten bei den Vereinten Nationen schlüpfen. In simulierten Gremien debattieren sie als Delegierte verschiedener Staaten über weltpolitische Themen, handeln Kompromisse aus und verabschieden Resolutionen. MUNs finden weltweit statt. In Deutschland gibt es zahlreiche, in der Regel jährlich stattfindende Konferenzen für Schülerinnen und Schüler oder Studierende. Eine in Deutschland etablierte MUN ist die BALMUN.

## Hochschulen

### Universität Greifswald

Die Universität Greifswald (einschließlich das Universitätsklinikum) war in dem Zeitraum 2011/2012 federführend unter anderem am "EPAMA - Enterprise Performance Analysis Management Assessment"- Forschungsprojekt in Kooperation mit den Universitäten Visby/Gotland, Stockholm School of Economics, Riga/Lettland, Tartu/Estland, Nowgorod/Russland beteiligt.<sup>58</sup>

Weiterhin ist die Universität Greifswald in das Projekt „ViFaNord - Virtuelle Fachbibliothek Nord- und Osteuropa“ involviert. ViFaNord bündelt Informationen und Fakten zu Literatur und Forschungsergebnissen über Skandinavien, Finnland und die baltischen Länder. Mit dem Ostseeraum berücksichtigt sie auch die historisch gewachsenen Kontakte innerhalb dieses Kulturkreises und mit dem Norden Europas.<sup>59</sup>

Im Bereich des Internationalen Graduiertenkollegs (GRK, Nr. 1540) „Grenzräume in der Ostseeregion: Der Wandel kultureller und mentaler Grenzen im Ostseeraum (Baltic Borderlands: Shifting Boundaries of Mind and Culture in the Borderlands of the Baltic Sea Region)“ stehen insgesamt rund zwei Millionen Euro von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für viereinhalb Jahre (1. Oktober 2009 bis 31. März 2014) zur Verfügung. Dieses Internationale Graduiertenkolleg ist das erste Kolleg in Deutschland, das zusammen mit einer baltischen Universität durchgeführt wird. Neben der Universität Tartu in Estland arbeitet die Universität Greifswald in diesem Projekt auch mit der Universität Lund in Schweden zusammen. Im Rahmen dieses Internationalen Graduiertenkollegs wird eine gemeinsame Doktorandenausbildung ermöglicht.<sup>60</sup> Das Internationale Graduiertenkolleg untersucht die kulturelle und mentale Perzeption des Wandels von Grenzräumen und Grenzen innerhalb des Ostseeraumes vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Das Untersuchungsgebiet umfasst die Ostseeanrainer sowie ihr weiteres Hinterland. Dabei reicht der Bedeutungsrahmen des Begriffs „Grenzraum“ weit über eine territoriale Dimension hinaus, und umfasst mentale wie kulturelle Interaktion im abstrakten Raum. Die komplementären Schwerpunkte der Partneruniversitäten eröffnen ein breites und innovatives Spektrum an makro- und mikroperspektivischen Herangehensweisen. Das GRK untersucht in diesem Zusammenhang vier übergreifende und interdisziplinäre Themenfelder: (1) Die Entstehung und Transformation historischer Grenzräume; (2) die kulturellen Zusammenhänge von grenzüberschreitenden Handlungen in Grenzregionen; (3) die ökonomische Durchlässigkeit und Beständigkeit von Grenzen; und (4) neue Grenzregimes: die politische Dimension von Grenzenbildung und -auflösung.

Die Universität Greifswald bleibt ein engagierter Akteur der Zusammenarbeit im Ostseeraum. Dies zeigt sich in der Vielzahl der Projekte, in denen die Universität auch als Partner mit anderen Institutionen aus dem Ostseeraum kooperiert, ob im Rahmen der regionalen INTERREG-Programme oder des Europäischen Forschungsrahmenprogramms. Vor diesem Hintergrund fördert die Universität Greifswald die Wissenschaftskooperation im Ostseeraum durch den Wettbewerb des Rektors Forschungsnetzwerk Ostseeraum, der für 2013 zum siebten Mal ausgeschrieben wurde. Jährlich werden Fördermittel in Höhe von zirka 100.000 Euro für Ostseeraum-Projekte in allen Fakultäten vergeben.

<sup>58</sup> <http://www.rsf.uni-greifswald.de/matschke/projekte/epama.html>.

<sup>59</sup> <http://www.vifanord.de/index.php?id=9>.

<sup>60</sup> <http://www.phil.uni-greifswald.de/fk/borderlands.html>.

### Universität Rostock

Im November 2011 fand die Abschlusskonferenz des Projektes „Bioenergy Promotion“ an der Universität Rostock statt, an der Vertreterinnen und Vertreter der 34 Projektpartner und weiterer Einrichtungen aus baltischen Ländern anwesend waren. Um die Erfahrungen aus den Projekten effektiv zu bündeln, entstand im gleichen Programm in der sogenannten „cluster initiative“ der Verbund „Fighting pollution of the Baltic Sea waters“, der 2012 seine Arbeit aufnahm und an dessen Beantragung der Lehrstuhl Pflanzenbau maßgeblich beteiligt war. Eine Mitarbeiterin des Lehrstuhls ist Mitglied des Council of Baltic Sea States (CBSS Expert Group on Sustainable Development - Baltic 21). Ziel der Universität Rostock ist es, die Zusammenarbeit im Baltischen Raum auszubauen und die Bedeutung der Universität in der Region weiter zu stärken. In diesem Zusammenhang wurde der Baltische Raum für die weitere Internationalisierung als Schwerpunktregion hervorgehoben.

### Hochschule Neubrandenburg

Die Hochschule Neubrandenburg entwickelt in Zusammenarbeit mit der Technical University of Koszalin/Polen einen deutsch-polnischen Masterstudiengang Geoinformatik und Geodäsie. Der zu entwickelnde dreisemestrige Masterstudiengang soll die Stärken und Fachkompetenzen der Hochschule Neubrandenburg und der Technischen Universität Koszalin mit dem Ziel nutzen, Studierende auf ein sich zunehmend internationales Berufsfeld und insbesondere länderübergreifende Tätigkeiten im Ostseeraum vorzubereiten. Es sollen insbesondere Themenfelder umfassend berücksichtigt werden, die sich aus der Nähe zur Ostseeregion sowie der gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte ergeben und länderübergreifend gemeinsame Standards und Lösungsansätze erfordern.

Das Projekt wird finanziert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des DAAD-Programms „Integrierte Internationale Studiengänge mit Doppelabschluss (Vorbereitungsphase vom 1. September 2012 bis 31. August 2013).

Weiterhin entwickelt die Hochschule Neubrandenburg zusammen mit der Laurea University of Applied Sciences in Finnland ein internationales Modul im Masterstudiengang Soziale Arbeit. Ziel des geplanten englischsprachigen Moduls ist es, das Wissen und das Verständnis über die Entwicklung der Sozialarbeitswissenschaft als Profession beziehungsweise wissenschaftliche Disziplin zu vertiefen. Das Kennenlernen anderer Modelle und Diskurse verdeutlicht die Kontextabhängigkeit der jeweiligen Entwicklungslinien der Sozialarbeitswissenschaft, vertieft das komparative Wissen und weitet den Blick für alternative Ansätze und Methoden.

### Hochschule Wismar

Im Rahmen des binationalen deutsch-polnischen Bachelor/Master Studiengangs Wirtschaftsinformatik der Hochschule Wismar mit der Universität Stettin/Polen wurden im Rahmen des Alumni-Programms bereits vier Veranstaltungen seit 2009 durchgeführt. Das fünfte Alumni-Treffen ist bereits für das Frühjahr 2013 geplant.

### **6.3 Kulturelle Zusammenarbeit**

#### Hochschule für Musik und Theater Rostock (HMT)

Im Jahr 2012 fand das Brücken-Festival vom 25. November bis zum 2. Dezember in Nürnberg statt.

Eine weitere Rostocker Initiative startete im Februar 2012. Zwei Professoren der HMT Rostock gaben Konzerte und Meisterkurse in Tallinn. Ziel der Initiative war es, den Kontakt zur Kollegenschaft und zu Studierenden zu suchen, sie zu einem Gegenbesuch in Rostock einzuladen und damit den Austausch zu fördern. Dieses Projekt soll in den kommenden Jahren auf die übrigen baltischen Länder erweitert werden.

#### Nordischer Klang

Der Kulturverein Nordische Klang führt in diesem Jahr zum 22. Mal das gleichnamige Kunst- und Kulturfestival in Greifswald durch. Zu diesem Anlass werden die Partnerstädte Lund, Kotka und Hamar kulturelle Beiträge entsenden. Die Schirmherrschaft übernehmen Island und der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommerns. Aus den Bereichen Musik, Kunst, Theater, Film, Literatur und Wissenschaft sind zirka 40 Einzelveranstaltungen geplant. Das Festival 2012 wurde von 290 Akteuren gestaltet und von zirka 9.000 Gästen besucht. Der dänische Kulturminister und der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommerns hatten die Schirmherrschaft inne.

Der Nordische Klang in Mecklenburg-Vorpommern ist auch ein Beitrag zur Europawoche.

#### 20 Jahre Usedomer Musikfestival

Ziel des Usedomer Musikfestivals ist die Förderung eines anspruchsvollen Musiklebens und die Pflege der deutschen und internationalen Klassik sowie die Präsentation junger Künstler. Vor diesem Hintergrund begeht der Kulturverein Usedomer Musikfreunde e. V. in 2013 sein 20jähriges Bestehen. Anlässlich des Jubiläums gastieren daher Musikfestivals des Landes Mecklenburg-Vorpommern wie der Schönberger Sommer, der Neubrandenburger Jazzfrühling und die Greifswalder Bachwoche beim diesjährigen Usedomer Musikfestival.

### **7. Kooperation im Bereich Sicherheit und Justiz**

In diesem Abschnitt soll eine kurze Bilanz der grenzüberschreitenden polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum gezogen werden. Gemeinsame Projekte zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch wurden und werden durchgeführt, um Möglichkeiten künftiger justizseitiger und operativer Zusammenarbeit zur Optimierung von Informations- und Kommunikationswegen erkennen und umsetzen zu können.

#### **7.1 Projekte im Bereich Sicherheit und Justiz**

Beim Projekt „Grenzüberschreitende Kriminalität - Bekämpfungsstrategien und Strafverfolgung“ nahmen im Oktober 2012 in Polen die Generalstaatsanwaltschaft Rostock, die Staatsanwaltschaften, Polizeipräsidien und das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern teil. Nach einem vom 17. bis 19. September 2012 an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Mecklenburg-Vorpommern (FHöVPR) in Güstrow durchgeführten gemeinsamen Vorbereitungsseminar wurde vom 8. bis 12. Oktober 2012 eine Projektwoche in Stettin durchgeführt, an denen ein Staatsanwalt der Generalstaatsanwaltschaft, eine Staatsanwältin der Staatsanwaltschaft Neubrandenburg sowie ein Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Stralsund beteiligt waren.

Weiterhin beteiligte sich im November/Dezember 2012 das Landeskriminalamt als Partnerbehörde bei dem Projekt „Bekämpfung der Cyberkriminalität, unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftskriminalität und Kinderpornografie“. Die Polizei Pommern war Antragsteller.

Beide Projekte sind im Rahmen des Leonardo da Vinci - Programms für lebenslanges Lernen umgesetzt worden. Für das Jahr 2013 sind im Programm weitere Projekte zum Beispiel im Bereich „Tatort/Tötungsort - Nutzung von technischen Errungenschaften“ mit dem Landeskriminalamt als Partnerbehörde geplant.

Das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern wird ebenfalls zusammen mit dem Polizeipräsidium Neubrandenburg und der Polizei Stettin von Februar 2013 bis Mai 2014 im Projekt „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung im Bereich der Migration, des Terrorismus, der Sklavenarbeit und des Menschenhandels“ ISEC - Prevention of and fight against crime im Rahmen des EU-Generalprogramms "Sicherheit und Schutz der Freiheitsrechte" zusammen arbeiten.

Weiterhin sind Initiativen im Bereich Terrorismusbekämpfung und grenzüberschreitende Polizeizusammenarbeit in den Schlüsselbereichen der organisierten Kriminalität in Mitteleuropa geplant.

Das etablierte deutsch-polnische Gemeinschaftsprojekt „Sicherheit im Nachbarland-Bezpiecznie u sasiada“ des Landeskriminalamtes Mecklenburg-Vorpommern, der Wojewodschaftskommandantur der Polizei in Stettin, des Bundespolizeiamtes Rostock und der damaligen Polizeidirektion Anklam wurde auch im Jahr 2012 fortgesetzt. Neben einer Aktualisierung der Inhalte steht 2013 eine starke Präsenz auf touristischen Großereignissen in Deutschland und Polen im Vordergrund (beispielsweise Dominikanerjarmarkt in Danzig, Hanse Sail in Rostock). Das Projekt richtet sich mit hilfreichen Hinweisen (Faltblätter) und rechtlichen Informationen an Touristen und Besuchende, die sich im Nachbarland aufhalten beziehungsweise eine Reise dorthin beabsichtigen.

Das Justizministerium führt seit November 2012 gemeinsam mit Projektpartnern aus Estland (Gefängnis Tallinn), Finnland (Justizministerium), Irland (Bewährungshilfe) und Italien (Pixel) das durch die Generaldirektion Justiz im Programm „Strafjustiz“ geförderte Projekt „European treatment and transition management of high risk offenders - Justice cooperation network (JCN)“ durch. Die Evaluation hat ein weiterer Projektpartner, die Universität Greifswald, übernommen. Weitere assoziierte Partner sind das Bundesministerium für Justiz, Partner aus Belgien (Generaldirektorat Houses of Justice), der Slowakei (Strafvollzugsverwaltung im Justizministerium) und Slowenien (Justizministerium) sowie die Europäische Bewährungshilfeorganisation CEP. Das Projekt verfolgt das Ziel, ein europäisches Justiznetzwerk und eine „best practice“ Datenbank für das Übergangsmanagement von Straftätern, insbesondere Hoch-Risiko-Straftätern zu schaffen. Dieses beinhaltet die Entwicklung von Mindeststandards und eines modularen Systems, um eine ganzheitliche und kontinuierliche Integration des Straftäters in die Gesellschaft zu ermöglichen. Das gemeinsame Lernen, der Austausch von „best practice“ Strategien und die Netzwerkarbeit von Praktikern ermöglicht die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Identität und die Anwendbarkeit der Methode in ganz Europa. Wegen der kulturellen und historischen Besonderheiten der einzelnen Partnerländer können einheitliche europäische Rechtsnormen nur im Austausch und mit gegenseitigem Verständnis entstehen. Mit dem Projekt wird daher auf lange Sicht die justiziable Zusammenarbeit gefördert und der Weg für einheitliche Rechtsnormen bereitet.

## 7.2 Deutsch-dänische Steuerungsgruppe

Im Rahmen der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung „Schengen-Ost“ wurden im Jahr 2012 die gegenseitigen Hospitationen von Leitstellenpersonal (aus dem Bereich des Polizeipräsidiums Rostock) fortgeführt.

Regelmäßige Beratungen zu Themen der multilateralen Zusammenarbeit und auch Arbeitsbesuche sind fester Bestandteil der Kooperation mit den dänischen Sicherheitsbehörden.

2012 wurde der Fanreiseverkehr zur Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine über die Fahrrouten in den Fokus gemeinsam abgestimmter polizeilicher Maßnahmen gerückt.

Neben den regelmäßigen Arbeitstreffen erfolgte im März 2012 ein gemeinsamer mehrtägiger Einsatz aller beteiligten Behörden des Kooperationsverbundes zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität. Mehrere dänische Verbindungsbeamte unterstützten im gesamten Zeitraum die Kontrollmaßnahmen. Weitere gemeinsame Transitkontrollen sollen 2013 folgen. Das Novum wird dabei sein, dass sich erstmals auch polnische Polizeibehörden beteiligen.

## 7.3 „Danziger Gespräche“

Seit nunmehr dreizehn Jahren veranstaltet das Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern in Zusammenarbeit mit dem Pommerschen Wojewodschaftsamt die internationale Sicherheitskonferenz „Danziger Gespräche“. Ursprünglich im Jahr 2000 als einmalige Konferenz konzipiert, wurde die Idee der „Danziger Gespräche“ wegen des Erfordernisses eines regelmäßigen Forums für den Erfahrungsaustausch auf internationaler Ebene im Bereich der Inneren Sicherheit zu einem Konferenzzyklus weiterentwickelt.

Nachdem 2012 die Konferenz in Mecklenburg-Vorpommern (Boltenhagen) zu dem Thema „Public Private Partnership zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit“ stattfand, soll die Veranstaltung im Jahr 2013 wieder in der Wojewodschaft Pommern (5. und 6. Juni in Danzig) zum Thema „Energie und Innere Sicherheit“ ausgerichtet werden.

Im Zuge der Konferenz soll der Frage nachgegangen werden, welche Auswirkungen die jüngsten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen für die Gewährleistung der Inneren Sicherheit mit sich bringen. Im Bereich der Energieversorgung ist in den vergangenen Jahren ein weltweiter Umbruch zu verzeichnen. Die Erforschung und Nutzung erneuerbarer beziehungsweise alternativer Energiequellen, die Steigerung der Energieeffizienz und der weltweit wachsende Energiebedarf beinhalten enorme Herausforderungen und Chancen für Wissenschaft und Wirtschaft. Sowohl der Ausbau versorgungssichernder Infrastruktur als auch die Energiepreise sind dauerhafte Themen des politischen und gesellschaftlichen Diskurses.

#### **7.4 Maßnahmen zur Verhinderung und Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität**

Mit Unterstützung polnischer Polizeibeamter wurden gemeinsame Einsätze wie kombinierte Anhalte- und Verkehrskontrollen auf Transitwegen, länderübergreifende Verkehrskontrollen, Linienüberwachungen und gemeinsame Verkehrskontrollen zur Verhinderung von Straftaten und gemeinsame Übungen im deutsch-polnischen grenznahen Raum durchgeführt.

Regelmäßig findet jährlich seit 2010 im Dezember im Landeskriminalamt ein deutsch-polnischer Erfahrungsaustausch zwischen Polizei und Staatsanwaltschaften zu aktuellen Kriminalitätserscheinungen statt, um ein gemeinsames Vorgehen von Justiz und Polizei in geeigneter Weise abstimmen zu können. Im Jahr 2012 fokussierte sich der Austausch auf die justizielle und operative Zusammenarbeit sowie auf Lagebilder und deren Informationsaustausch.

#### **7.5 Aus- und Fortbildung**

Seitens des Fachbereiches Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHöVPR) sind im Rahmen der Bachelorstudiengänge nach § 12 Polizeiaufbahnverordnung Mecklenburg-Vorpommern im Modul 14 gegenseitige Auslandsstudienaufenthalte mit entsprechenden Bildungseinrichtungen der Polizei in Norwegen, Dänemark, Polen, Litauen und Estland durchgeführt worden.

Die Zusammenarbeit mit den Bildungseinrichtungen der Polizei der genannten Staaten zum gegenseitigen Studierendenaustausch wurde 2012 ausgebaut. Im Oktober 2012 haben der Leiter der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege und der Leiter der Politihogskolen (Norwegian Police University College (PHS)) eine „Gemeinsame Absichtserklärung über das Studentenaustauschprogramm im Rahmen des Bachelor-Studiums zwischen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege in Güstrow und der Norwegischen Polizeihochschule in Oslo (Kooperationsvereinbarung)“ unterzeichnet. Die estnische Polizeihochschule ist ebenfalls an einer derartigen Kooperationsvereinbarung interessiert. Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen für die entsprechenden Verhandlungen.

#### **7.6 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Justizbehörden**

Die Gerichte und Staatsanwaltschaften des Landes Mecklenburg-Vorpommern arbeiten weiterhin eng mit den Justizbehörden der Republik Polen zusammen.

Die Partnerschaft zwischen dem Bezirksgericht Stettin und dem Landgericht Rostock wurde 2012 weiter ausgebaut, indem zum Beispiel feste Ansprechpartner in rechtlichen Angelegenheiten wechselseitig benannt wurden und gegenseitige Delegationsbesuche beim jeweiligen Partnergericht erfolgten. Voraussichtlich Mitte des Jahres 2013 wird eine Delegation des Landgerichts Rostock das Bezirksgericht Stettin besuchen.

Die vom Präsidenten des Oberlandesgerichts Rostock und dem Präsidenten des Appellationsgerichts Stettin anlässlich einer deutsch-polnischen Tagung am 19. und 20. Dezember 2011 in Rostock vereinbarte gemeinsame Fortbildungsveranstaltung mit Vorträgen zu aktuellen Entwicklungen des europäischen Rechts, zur EU-Dienstleistungsrichtlinie und einem Erfahrungsaustausch deutscher und polnischer Richterinnen und Richter soll 2013 durchgeführt werden.

Auch die bestehenden Kontakte zu Staatsanwaltschaften der Republik Polen konnten 2012 weiter vertieft werden. So fanden zum Beispiel am 15. Juni 2012 (Stettin) und am 28. September 2012 (Rostock) Arbeitstreffen der Generalstaatsanwaltschaft und der Appellationsstaatsanwaltschaft Stettin statt, an denen auch die Behördenleitungen der Staatsanwaltschaften Stralsund und Neubrandenburg teilnahmen. Themen waren unter anderem die grenzüberschreitende Verfolgung von Kraftfahrzeugdiebstahl, Transitzriminalität sowie der zunehmende Reiseverkehr zwischen beiden Ländern, insbesondere im Hinblick auf die seinerzeit bevorstehende Fußball-Europameisterschaft.

Am 22. und 23. Oktober 2012 fand in Frankfurt/Oder eine deutsch-polnische Sicherheitstagung statt, an der ein Abteilungsleiter der Generalstaatsanwaltschaft sowie die Behördenleitungen der Staatsanwaltschaften Stralsund und Neubrandenburg teilnahmen. Gegenstand der Erörterungen waren die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den polnischen und deutschen Strafverfolgungsbehörden, Möglichkeiten der Verbesserung des Informationsmanagements sowie Fragen der Taktik und der Methoden bei Kontroll- oder Fahndungsmaßnahmen und Ermittlungen.

Darüber hinaus wurde das wechselseitige Hospitationsprogramm fortgesetzt, wobei die Rechtshilfe im Vordergrund stand.

Am 14. November 2012 fand auf Initiative des kreisdiakonischen Werks Greifswald-Vorpommern e. V. im Justizministerium ein Austausch zwischen einer polnischen Delegation mit Vertreterinnen und Vertretern des Ministeriums der Justiz in Warschau sowie der Fachabteilung Strafrecht des Justizministeriums Mecklenburg-Vorpommern statt. Den Delegierten aus Polen wurde dabei das bundesweit erste Projekt der Justiz zur Psychosozialen Prozessbegleitung vorgestellt.

2013 sollen die Arbeitstreffen mit dem Leiter der Appellationsstaatsanwaltschaft der Wojewodschaft Westpommern fortgesetzt werden. Die Kontakte zwischen den Staatsanwaltschaften in Stralsund und Neubrandenburg sowie Stettin sollen weiter vertieft werden. Zudem ist die Weiterführung des Hospitationsprogramms geplant, wobei auf polnischer Seite auch die zum Geschäftsbereich des Bezirksstaatsanwalts in Stettin gehörende Kreisstaatsanwaltschaft Swinemünde und auf deutscher Seite die Staatsanwaltschaften in Rostock und Schwerin einbezogen werden sollen.

**Geförderte Projekte im Bereich der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit sowie Forschung und Entwicklung**

Übersicht der in 2012 befürworteten Projekte mit Beteiligung aus Mecklenburg-Vorpommern

**Großprogramm „Region Südliche Ostsee“ (INTERREG IV A)**

Projekttitel	Partner aus Mecklenburg-Vorpommern	Kurzzusammenfassung
<b>REGFOOD</b>	Universität Rostock	Verbesserung des gegenseitigen/gemeinsamen Verständnisses von Herausforderungen, Chancen, Stärken und Schwächen regionaler Lebensmittelproduktion in der Region Südliche Ostsee; Förderung hochschulischer Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften/Fachkräfteentwicklung und -sicherung.
<b>SBTP</b> <sup>61</sup>	ITC Innovations und Trendcenter GmbH  Gesellschaft zur Förderung des Hanseatic Institute for Entrepreneurship and Regional Development e. V.	Mit Hilfe des Projekts "SBTP" sollen Berufsschülerinnen und Berufsschüler aus den beteiligten Regionen erste praktische, internationale Erfahrungen in Unternehmen der südlichen Ostseeregion sammeln. Anbieter für Berufsausbildungen erhalten über eine Kooperationsplattform die Möglichkeit sich über entsprechende Methoden auszutauschen, wobei Modelllösungen entwickelt werden, um die internationale Ausbildung von Berufsschülerinnen und Berufsschülern zu fördern.
<b>HERRING</b>	EUCC - Die Küsten Union Deutschland e.V. (Leitender Partner)  Johann Heinrich von Thünen Institut - Institut für Ostseefischerei	Zu den Projektzielen gehören die verbesserte transnationale Kooperation des Bestandsmanagements sowie gemeinsam erarbeitete Empfehlungen für eine nachhaltigere Managementpraxis des Küstenmeeres, insbesondere der Laichgebiete. Zentrale Akteure werden durch das Projekt auf zukünftige Herausforderungen und Bedrohungen küstenbezogener Ressourcen (z. B. durch Eutrophierung, veränderten Nutzungsdruck) am Beispiel des Herings vorbereitet.

<sup>61</sup> <http://www.sbtp.eu>

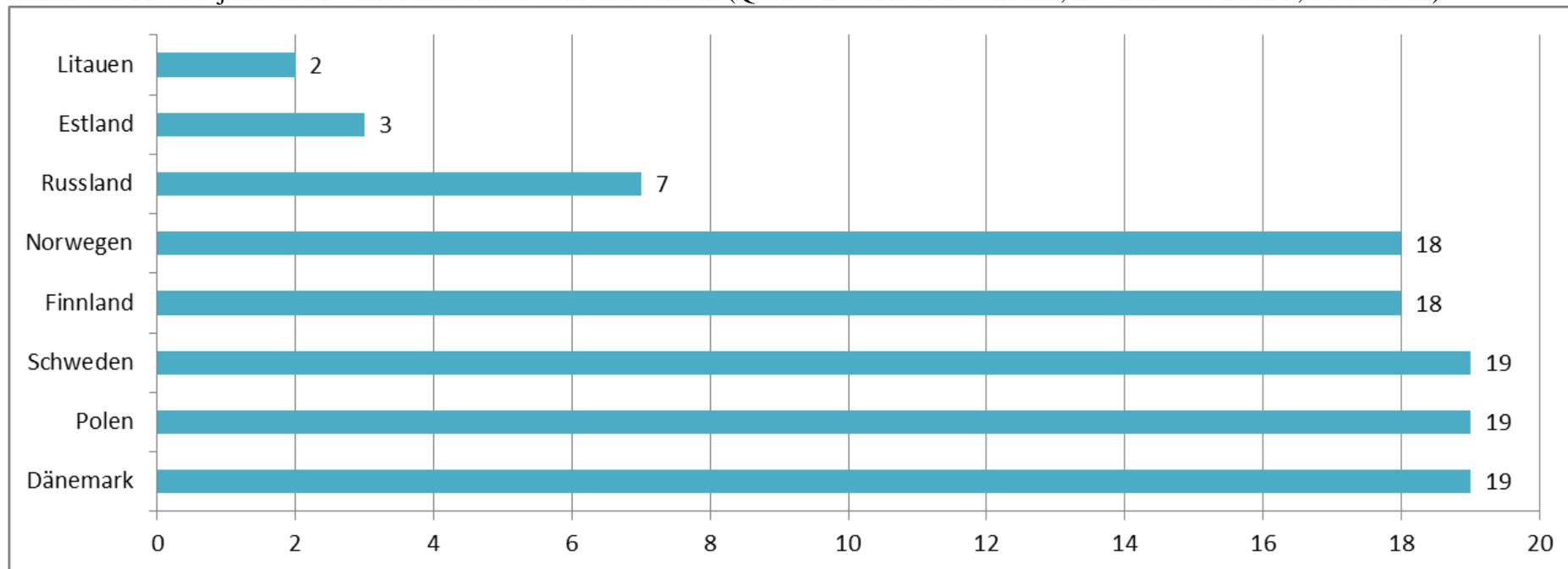
<b>Projekttitle</b>	<b>Partner aus Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>Kurzzusammenfassung</b>
<b>Ciconia</b>	CUBUS - Culture-Business.Science. e. V.	Im Fokus des Projekts steht die Unterstützung der künstlerischen Mobilität von Gruppen der darstellenden Kunst (Theater, Tanzgruppen, Orchester) im Südlichen Ostseeraum. Mit Hilfe des Projekts soll ihnen Zugang zu neuen Veranstaltungsorten und Publikumskreisen ermöglicht werden, um so zu einem überregionalen künstlerischen Diskurs so beizutragen, wie sie es aufgrund ihrer künstlerischen Kapazitäten könnten.
<b>Mobile Together</b>	de DROM e.V. PferdemarktQuartier e. V.	Das Projekt „Mobile together“ möchte Mitfahrgemeinschaftsinitiativen in den Partnerregionen etablieren ohne „das Rad neu zu erfinden“, weshalb am Beginn der Projektarbeit das gemeinsame Lernen von hier schon erfolgreich arbeitenden Regionen (Skåne) steht.
<b>SoBaTo</b>	ATIerc gGmbH Agentur für Bildung, Forschung und Kooperation	Das Projekt beinhaltet eine Internationalisierung der bereits in M-V etablierten und seit Jahren erfolgreich durchgeführten Technolympiade®. Dabei handelt es sich um einen Wettbewerb, der Aufgaben aus den Bereichen Technik/ IT/ Logistik/ Maritime Studien umfasst und dabei Teenager auf ihre Fähigkeiten aufmerksam macht und sie darin bestärkt.

**Ostseeraumprogramm (INTERREG IV B)**

<b>Projekttitle</b>	<b>Partner aus Mecklenburg-Vorpommern</b>	<b>Kurzzusammenfassung</b>
<b>BSR TransGovernance</b>	Hansestadt Rostock Regionaler Planungsverband Region Rostock	In Anlehnung an den Schwerpunkt 11 der EU-Ostseestrategie (Verkehrsverbindungen) zielt das Projekt auf einen besseren Abgleich der bestehenden Transportrichtlinien im Ostseeraum auf verschiedenen Verwaltungsebenen ab. Die Wirtschaft soll besser in diese Prozesse eingebunden werden.
<b>PartiSEApate</b>	Assoziierter Partner: Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landes- entwicklung Mecklenburg- Vorpommern	Ziel des Projekts PartiSEApate ist es, pan-baltische Lösungsansätze für Themen zu entwickeln, deren räumliche Dimension Nationalgrenzen überschreitet (z. B. Naturschutzgebiete, Netzverbindungen, Schifffahrtswege). Die Partner werden ein Konzept für einen institutionellen Rahmen sowie ein Governance-Modell für Meeresraumplanung entwickeln. Beides soll in Entscheidungen der VASAB-Ministerkonferenz einfließen. Das VASAB-Compendium zu Systemen der Meeresraumplanung im Ostseeraum soll aktualisiert werden. Ferner werden die für das Erarbeiten von Meeresraumplänen zuständigen Gremien im gesamten Ostseeraum Instrumente und Modelle zur Einbindung transnationaler Multi-Governance-Ansätze in der Meeresraumplanung entwickeln und testen.

**zu B 6.2 Wissenschaftskooperationen**

Anzahl der FP7 Projekte in MV mit Partnern aus dem Ostseeraum (Quelle: ECORDA-Datenbank, EU-Büro des BMBF, 31.10.2012)



## Projekte FP7 mit Beteiligung von Forschungseinrichtungen aus MV in 2012 (Quelle: ECORDA-Datenbank, EU-Büro des BMBF, 31.10.2012)

<b>Projekt Akronym</b>	<b>Projektname</b>	<b>Laufzeit</b>	<b>Projektbudget Partner M-V in EUR</b>	<b>Forschungseinrichtung/ Fachbereich</b>	<b>Kontakt</b>
<b>COCONET</b>	Towards Coast to Coast NETWORKS of marine protected areas, coupled with sea-based wind energy potential	01.02.2012 - 31.01.2016	120.133,33	Uni Rostock, ehem. Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Umweltrecht und Öffentliches Wirtschaftsrecht	Prof. Detlef Czybulka
<b>ANDANTE</b>	Multidisciplinary evaluation of the cancer risk from neutrons relative to photons using stem cells and the induction of second malignant neoplasms following paediatric radiation therapy	01.01.2012 - 31.12.2015	767.000,00	Uni Rostock, Klinik und Poliklinik für Strahlentherapie	Prof. Guido Hildebrandt
<b>CATO</b>	CATO - CBRN crisis management: Architecture, Technologies and Operational procedures	01.01.2012 - 31.12.2014	393.200,80	Uni Greifswald, Lehrstuhl für Gesundheit und Prävention	Prof. Silke Schmidt
<b>RAPID</b>	Rheumatoid Arthritis and Periodontal Inflammatory Disease (RAPID)	01.04.2012 - 31.03.2016	226.625,01	Uni Greifswald, Poliklinik für Zahnerhaltung, Parodontologie und Endodontologie	Prof. Thomas Kocher
<b>MUNIN</b>	Maritime Unmanned Navigation through Intelligence in Networks	01.09.2012 - 31.08.2015	658.880,00	Hochschule Wismar, Bereich Seefahrt	Prof. Karsten Wehner
<b>FAROS</b>	Human Factors in Risk-Based Ship Design Methodology	01.10.2012 - 30.09.2015	266.041,60	Hochschule Wismar, Bereich Seefahrt	Prof. Knud Benedict
<b>ECO-FCE</b>	A whole-systems approach to optimizing feed efficiency and reducing	01.02.2013 - 31.01.2013	941.911,20	Leibniz-Institut für Nutztierbiologie, Forschungsbereich Molekularbiologie	Dr. Klaus Wimmers

### Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans im Bereich Eutrophierung und Maßnahmen in Mecklenburg-Vorpommern<sup>62</sup>

Mit dem 2007 von den Ostseeministern verabschiedeten Ostseeaktionsplan und den dort festgelegten ökologischen Qualitätszielen, Reduktionszielen und maßnahmenrelevanten Empfehlungen für die vier „Segmente“ Eutrophierung, Schadstoffe, Biodiversität/Naturschutz und Maritime Aktivitäten hat HELCOM im Meeresschutz auch in Hinblick auf die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) eine Vorreiterrolle übernommen und leistet wichtige Vorarbeiten für die Umsetzung dieser EU-Richtlinie. Mit Hilfe der beschlossenen Ziele und Maßnahmen im Einzugsgebiet, also auch in Mecklenburg-Vorpommern, soll die Ostsee bis 2021 wieder einen guten Umweltzustand erreichen. Die Zielerreichung soll anhand von gemeinsam für den Ostseeraum entwickelten Indikatoren und Bewertungsverfahren überprüft werden.

#### Verminderung der Eutrophierung/Nährstoffreduktionsziele

Für das Segment Eutrophierung wurden folgende Qualitätsziele und Indikatoren benannt (Tabelle 1):

**Tabelle 1: Qualitätsziele und Indikatoren für das Segment Eutrophierung (nach BSAP)**

Qualitätsziel	Indikator zur Überprüfung der Zielerreichung
Nährstoffkonzentrationen nahe den natürlichen Werten	Nährstoffkonzentrationen im Winter
Klares Wasser	Sichttiefe im Sommer
Algenblüten treten in natürlichem Ausmaß auf	Chlorophyll a-Konzentration
Vorkommen und Verteilung der Pflanzen und Tiere entsprechen den natürlichen Verhältnissen	Tiefengrenze von Seegras und Makroalgen
Natürliche Sauerstoffverhältnisse	Fläche und Dauer des saisonalen Sauerstoffdefizits

Um diese Qualitätsziele zu erreichen, wurden auf dem Ministertreffen 2007 maximal zulässige Nährstoffeinträge in die Ostsee und Reduktionsziele für Nährstoffeinträge festgelegt (Tabellen 2 und 3), die allerdings als vorläufig anzusehen sind und derzeit im Auftrag von HELCOM auf wissenschaftlicher Grundlage nochmals überprüft und überarbeitet werden. Diese Überarbeitung wurde bereits im HELCOM BSAP (2007) angelegt und ist nicht zuletzt aufgrund der konstruktiven Kritik Mecklenburg-Vorpommerns an der damals zugrunde gelegten und unsicheren Methodik erfolgt.

<sup>62</sup> Bericht gemäß Beschluss zur Landtags-Drs. 6/1485 (16. Januar 2013) und 6/1536 (30. Januar 2013)

Die ursprüngliche Festlegung der maximal zulässigen Nährstoffeinträge und der daraus resultierenden Reduktionsziele nach BSAP (2007) erfolgte über einen Soll/Ist-Vergleich in mehreren Schritten. Zunächst wurden von den Vertragsstaaten Indikatoren festgelegt, anhand derer sich das Erreichen der Qualitätsziele messen lässt (Tabelle 1). Für diese Indikatoren wurden Zielwerte festgelegt, die den guten Zustand in den verschiedenen Ostseegebieten repräsentieren, und mit dem Ist-Zustand verglichen. Im nächsten Schritt wurde mit Hilfe eines Modells berechnet, welche Nährstoffmengen maximal eingetragen werden dürfen, um bis 2021 den Zielwert für die Sichttiefe und damit den guten Zustand erreichen zu können. Die Sichttiefe wurde als Hauptparameter herangezogen, da sie verschiedene Eutrophierungseffekte integriert, während die übrigen Indikatoren aus Tabelle 1 als zusätzliche Kriterien zur Überprüfung der Zielerreichung genutzt wurden. Aus der Differenz zwischen dem maximal zulässigen Eintrag und den bereits erfolgten Einträgen im Zeitraum 1997 - 2003 ergibt sich das Reduktionsziel für die einzelnen Ostseegebiete (Tabelle 2). In einem letzten Schritt wurden die Reduktionsziele nach dem Verursacherprinzip anteilig auf die Vertragsstaaten umgelegt (Tabelle 3).

**Tabelle 2: Vorläufige maximal zulässige jährliche Einträge in die Ostsee bis 2021 und hierfür erforderliche Reduktionsziele gemäß HELCOM-Ostseeaktionsplan (2007). Mecklenburg-Vorpommern hat Anteil an den fettgedruckten Seegebieten.**

Ostseegebiet	Maximal zulässiger Eintrag		Einträge 1997-2003 (normalisiert)		Benötigte Reduktion	
	Phosphor (t)	Stickstoff (t)	Phosphor (t)	Stickstoff (t)	Phosphor (t)	Stickstoff (t)
Bottnische Bucht	2.580	51.440	2.580	51.440	0	0
Bottnisches Meer	2.460	56.790	2.460	56.790	0	0
Finnischer Meerbusen	4.860	106.680	6.860	112.680	2.000	6.000
<b>Zentrale Ostsee mit Arkonasee und Bornholmbecken</b>	<b>6.750</b>	<b>233.250</b>	<b>19.250</b>	<b>327.260</b>	<b>12.500</b>	<b>94.000</b>
Golf von Riga	1.430	78.400	2.180	78.400	750	0
<b>Beltsee mit Mecklenburger Bucht</b>	<b>1.410</b>	<b>30.890</b>	<b>1.410</b>	<b>45.890</b>	<b>0</b>	<b>15.000</b>
Kattegat	1.570	44.260	1.570	64.260	0	20.000
<b>Gesamt</b>	<b>21.060</b>	<b>601.720</b>	<b>36.310</b>	<b>736.720</b>	<b>15.250</b>	<b>135.000</b>

**Tabelle 3: Reduktionsziele für Nährstoffeinträge bis 2021 pro HELCOM-Vertragsstaat gemäß HELCOM-Ostseeaktionsplan (2007).**

Vertragsstaat	Phosphor (Tonnen)	Stickstoff (Tonnen)
Dänemark	16	17.210
<b>Deutschland</b>	<b>240</b>	<b>5.620</b>
Estland	220	900
Finnland	150	1.200
Lettland	300	2.560
Litauen	880	11.750
Polen	8.760	62.400
Russland	2.500	6.970
Schweden	290	20.780
Grenzübersch. Pool	1.660	3.780

Im HELCOM-Ostseeaktionsplan (2007) wurde festgelegt, dass die Vertragsstaaten bis spätestens 2016 geeignete Maßnahmen treffen werden, um das Reduktionsziel durch Verringerung der Nährstoffeinträge über den Wasserpfad und die Atmosphäre zu erreichen.

Für Deutschland bedeutet dies auf Grundlage der vorläufigen Zahlen, dass bis 2021 eine Reduktion der Einträge gegenüber denen des Zeitraums 1997 - 2003 um insgesamt 240 Tonnen Phosphor (etwa 80 Prozent) und 5.620 Tonnen (etwa 10 Prozent) Stickstoff zu erreichen ist. Der wasserbürtige Reduktionsanteil ist vor allem von den Küstenländern Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in ihren Ostseeinzugsgebieten zu leisten. Bei der Minderung von atmosphärischen Einträgen liegt die Pflicht bei Deutschland insgesamt. Die jeweiligen Anteile wurden im Ostseeaktionsplan (2007) noch nicht berechnet. Deshalb und aufgrund der unrealistisch hohen Reduktionsanforderungen für Phosphor und der fehlenden Harmonisierung mit WRRL (Wasserrahmenrichtlinie)-Zielen konnte Deutschland nach Intervention Mecklenburg-Vorpommerns bereits mit der Verabschiedung des Ostseeaktionsplans (2007) erreichen, dass eine Überprüfung der BSAP-Reduktionsziele auf wissenschaftlicher Grundlage und mit aktuellen Daten erfolgen muss. Die im Rahmen des wissenschaftlichen HELCOM-Projektes Target Review (TARGREV) überarbeiteten Zielwerte werden zurzeit überprüft. Nach Festlegung der neuen Zielwerte für Sichttiefe, Sauerstoff und Nährstoffe werden diese erneut in das Ostseeumweltmodell (BALTSEM, Universität Stockholm) einfließen, auf dessen Grundlage die maximal zulässigen Nährstoffeinträge und die daraus resultierenden Reduktionsanforderungen für die Ostseegebiete und die einzelnen Vertragsstaaten ermittelt werden. Die neuen Zahlen - es ist davon auszugehen, dass es signifikante Veränderungen gegenüber den Zahlen des BSAP (2007) geben wird - werden dem HELCOM-Ministertreffen am 3. Oktober 2013 zur Verabschiedung vorgelegt werden.

### Umsetzungsstand der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (EG MSRL)

Seit 2008 gilt in Europa mit der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie ein neuer Ordnungsrahmen für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt. Die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie bildet einen umfassenden, rechtlich verbindlichen Rahmen für ein Management der Auswirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Meeresumwelt. Ziel ist das Erreichen des „guten Umweltzustands“ der Meeresumwelt bis 2020 durch Schutzstrategien und Schutzmaßnahmen, basierend auf dem Ökosystemansatz und einem integrierten Politikansatz. Weitere Ziele sind unter anderem die Einrichtung geschützter Meeresgebiete, Schutz vor Verschmutzung, Sicherung der biologischen Vielfalt der Meere.

Die erste Etappe der MSRL-Umsetzung ist mit der rechtlichen Umsetzung und Benennung der zuständigen Stellen (2010), der Übergabe der Berichte zu Anfangsbewertung, zur erforderlichen Beschreibung des „guten Umweltzustands“ nach MSRL und zur Festlegung von Umweltzielen und Indikatoren an die EU-Kommission in Schriftform (Juli 2012) und in elektronischer Form (15. Oktober 2012) von Bund und Küstenländern fristgerecht und nach Beteiligung der Öffentlichkeit abgeschlossen worden. Die schriftlich übergebenen Berichte mit Stand 16. Juli 2012 sind auf der Webseite [www.meeresschutz.info](http://www.meeresschutz.info) einsehbar.

Die Anfangsbewertung nach MSRL entspricht der Bestandsaufnahme nach WRRL. Grundlagen für die Anfangsbewertung des ökologischen Zustands der Ostsee waren unter anderem die Ergebnisse der Bewertungen nach EU-Wasserrahmenrichtlinie, EU-Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-RL), EU-Vogelschutz-Richtlinie, nach HELCOM und im Falle der kommerziell genutzten Fischbestände nach den Bewertungen des Internationalen Rats für Meeresforschung (ICES). Damit konnten bereits wesentliche Aspekte berücksichtigt werden, wengleich zu einzelnen Themenbereichen noch inhaltliche und räumliche Lücken bestehen. Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung des von der MSRL explizit geforderten Vorsorgeansatzes wurden in dieser Anfangsbewertung die Zustände der wesentlichen Eigenschaften und Merkmale als „überwiegend nicht im guten Umweltzustand nach MSRL“ eingeschätzt. Die Kontamination durch gefährliche Stoffe und die Anreicherung mit Nährstoffen und organischem Material ist weiterhin zu hoch. Keine der in der Anfangsbewertung betrachteten menschlichen Aktivitäten mit den von ihr ausgehenden Belastungen und Auswirkungen auf die Ostsee kann als gut beziehungsweise den guten Umweltzustand gewährleistend eingestuft werden.

Die nächsten Etappenziele sind die Meldung mariner Schutzgebiete (2013), die Aufstellung von Überwachungsprogrammen (2014) und Maßnahmenprogrammen (2015) sowie die Umsetzung der Maßnahmenprogramme (2016). Bis 2020 soll nach den Vorgaben der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie der gute Umweltzustand erreicht sein.

Die Ziele des HELCOM-Ostseeaktionsplans und die unter HELCOM ostseespezifisch entwickelten Maßnahmen, Indikatoren und Monitoringprogramme gehen bereits auf verschiedene Anforderungen der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) ein und bieten sich daher auch als Grundlage für die MSRL-Umsetzung in der deutschen Ostsee an. Allerdings gibt es insbesondere bei den Bewertungsverfahren noch Anpassungs- und Entwicklungsbedarf. Daneben werden auf EU-Ebene analog zur Vorgehensweise bei der Wasserrahmenrichtlinie in einer Common Implementation Strategy Empfehlungen und Leitlinien für die europaweite Umsetzung der MSRL erarbeitet, die ebenfalls berücksichtigt werden müssen.

## **Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern: Meeresschutz beginnt im Binnenland**

Für Mecklenburg-Vorpommern sind als an die Ostsee angrenzendes und für das Küstenmeer zuständiges Bundesland sowohl die Ziele des HELCOM-Ostseeaktionsplans als auch die gesetzlichen Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL) der EU, die alle den guten ökologischen Zustand der Ostseegewässer zum Ziel haben, von großer Bedeutung und erfordern erhebliche Anstrengungen, die in kohärenter Art und Weise erfolgen müssen.

Die unter HELCOM laufenden Arbeiten und Maßnahmen zur Verringerung der Eutrophierung werden auch zur Verbesserung der Situation in dem WRRL-relevanten Teil der deutschen Ostsee führen. Ebenso werden die unter der WRRL im Einzugsgebiet der Ostsee, also im Binnenland, getroffenen Maßnahmen zur Reduzierung der Nährstoffeinträge dazu beitragen, die Ziele des Ostseeaktionsplans zu erreichen. Gleiches gilt für die Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL). Der Schutz der Ostsee beginnt im Binnenland; daher verfolgen HELCOM, MSRL und WRRL dasselbe Ziel und sind eng miteinander verknüpft.

Die Hauptbelastungen der Ostsee gehen von Land aus. Dabei ist zwischen Einträgen aus Punktquellen (Kläranlagen, Industriebetriebe und andere) und diffusen Quellen (Einträge aus der Fläche über den Wasser- oder Luftpfad) zu unterscheiden.

Eine große Rolle für die erfolgreiche Bewältigung der Reduktionsanforderungen spielen jetzt - nach erfolgter Ertüchtigung der Kläranlagen - die diffusen Stickstoffeinträge aus der Fläche in die Gewässer (Abbildung 1). Dies wird deutlich aus den Ergebnissen der ersten Bestandsaufnahme nach WRRL von 2004, wonach zu erwarten ist, dass rund 90 Prozent der Fließgewässer, 30 Prozent der Seen, 84 Prozent der Wasserkörper in Küstengewässern (darunter alle Boddengewässer) und rund 30 Prozent der oberflächennahen Grundwasserkörper bis 2015 nicht der Zielvorgabe „guter Zustand“ der WRRL entsprechen werden [Quelle: Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern (LUNG)].

Ursachen für das Nichterreichen des „guten Zustands“ nach WRRL sind in den Küstengewässern:

- Nährstoffeinträge aus einmündenden Fließgewässern;
- Ferntransport aus anderen Gebieten (zum Beispiel Oder-Einfluss);
- Belastungen durch interne Nährstoffquellen („interne Düngung“: Rücklösung aus den Sedimenten, insbesondere in den Boddengewässern).

In den Fließgewässern:

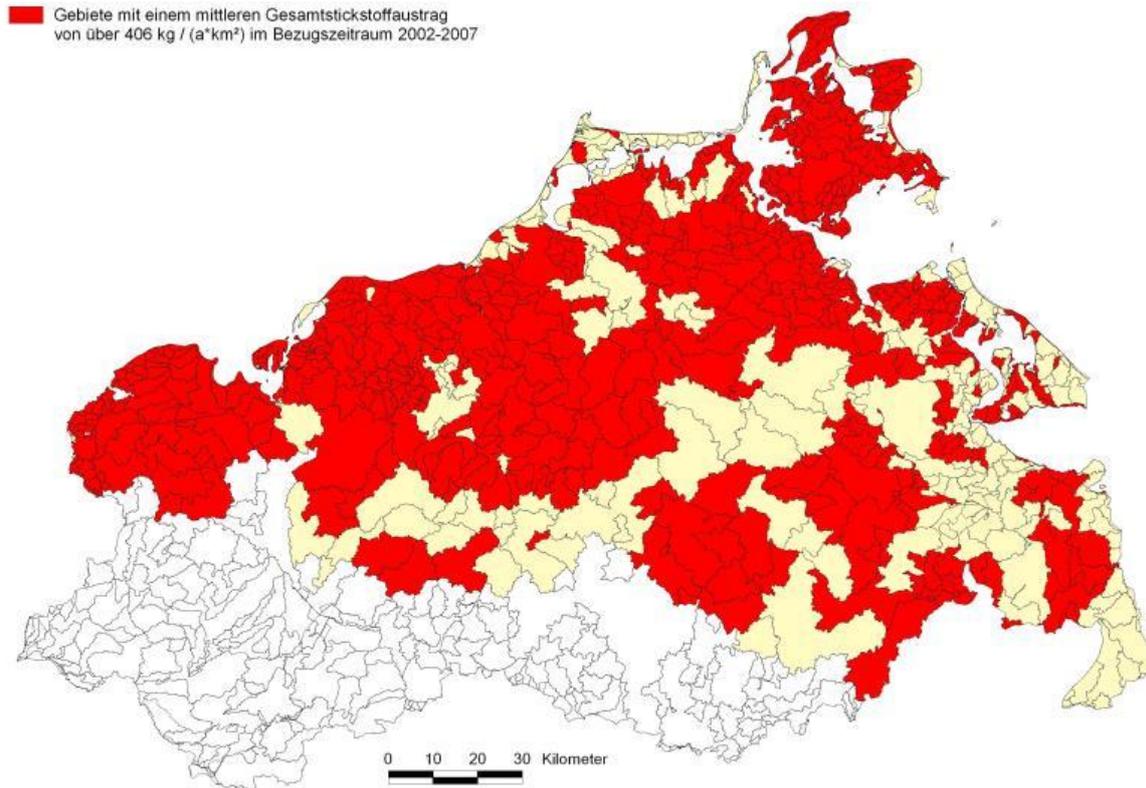
- diffuse Nährstoffeinträge, vor allem aus der Landwirtschaft;
- hydromorphologische Veränderungen (schlechte Strukturgüte durch Verbau und Melioration, mangelnde Durchgängigkeit für Fische und andere Fauna).

In den Seen:

- Nährstoffeinträge durch Zuflüsse;
- Belastung durch interne Nährstoffquellen (Rücklösung bereits eingetragener Nährstoffe aus dem Sediment).

Im Grundwasser:

- Diffuse Nährstoffeinträge mit dem Sickerwasser



**Abbildung 1:** Einzugsgebiete in Mecklenburg-Vorpommern, in denen Anforderungen des HELCOM Ostseeaktionsplans (2007) für Stickstoff-Austräge überschritten werden (Quelle: Biota 2009)

Im ersten Bewirtschaftungsplan 2009 wurden Bewirtschaftungsziele und Maßnahmenprogramme aufgestellt, um die Situation zu verbessern und zur Zielerreichung beizutragen. Die Fristverlängerung für die nächste Etappe bis 2021 muss für die meisten Wasserkörper in Anspruch genommen werden.

### Erarbeitung von regionalisierten Nährstoffreduktionszielen für die Ostsee

Um eine bessere Auflösung des Reduktions- und Maßnahmenbedarfs für unsere Küstengewässer und eine stärkere Harmonisierung mit den Arbeiten unter der WRRL zu erreichen, wurde auf Initiative Mecklenburg-Vorpommerns hin im Jahre 2012 eine BLANO-Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der Ostsee-Küstenländer, des Bundes und des Instituts für Ostseeforschung beauftragt, feiner aufgelöste Nährstoffreduktionsziele für die Küstengewässer der Ostsee zu erarbeiten, die der Umsetzung der BSAP-, MSRL- und WRRL-Vorgaben dienen. Das LUNG hat den Vorsitz dieser Arbeitsgruppe übernommen.

Im Zuge der Arbeiten wird in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Ostseeforschung (IOW Warnemünde) auf Grundlage der neuen Zahlen des BSAP, die voraussichtlich im Frühjahr 2013 vorliegen, mit Hilfe von Modellrechnungen ermittelt werden, welcher Reduktionsbedarf für das Küstenmeer besteht, um den guten Zustand erreichen zu können. Das verwendete Modell des IOW liefert eine feine Auflösung (Rastergröße 1 x 1 Seemeile), sodass im Falle der äußeren Küstengewässer nach WRRL eine wasserkörperscharfe Auftrennung möglich wird.

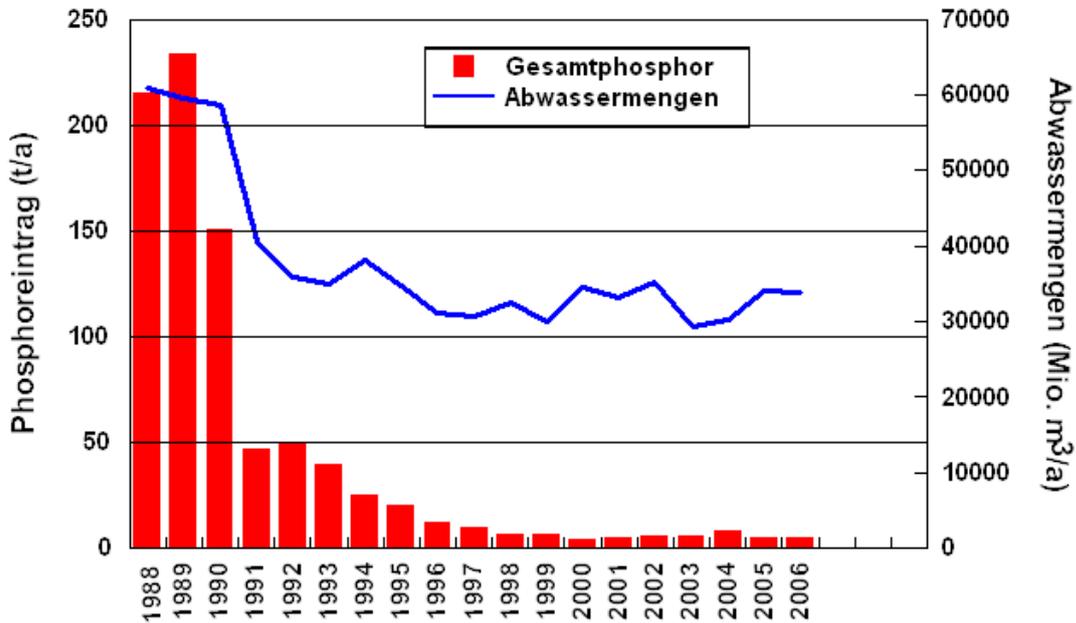
Die Vorgehensweise zur Ableitung der Nährstoffreduktionsziele in Kooperation mit dem IOW wurde im September 2012 auf einem Workshop im LUNG abgestimmt und von der neu gebildeten BLANO-Arbeitsgruppe „Nährstoffreduktionsziele Ostsee“ bestätigt.

Die Ergebnisse der Modellierungen des IOW werden auch in ein Projekt einfließen, das vom LUNG von Landseite aus (WRRL) in Hinblick auf Nährstoffeinträge in die Binnengewässer durchgeführt wird. In Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Jülich wird für Mecklenburg-Vorpommern unter Anwendung von Modellen eine flächendeckende und zugleich räumlich hoch auflösende (Rastergröße 100 x 100 Meter) Analyse und Bewertung der Stickstoff- und Phosphor-Einträge in Grund- und Oberflächenwasser unter besonderer Berücksichtigung diffuser landwirtschaftlicher Quellen durchgeführt. Gleichzeitig wird die Bedeutung unterschiedlicher Eintragspfade untersucht. Die feine Auflösung dieser Modelle und die Einbeziehung des Grundwasserpfadens ermöglichen eine regional differenzierte Quantifizierung der Nährstoffeinträge in die Binnengewässer, die über die Fließgewässer letztendlich wieder das Meer erreichen. Durch die Regionalisierung wird deutlich, wo Maßnahmen zuerst zu ergreifen sind und die größten Erfolge bringen (Kosteneffizienz).

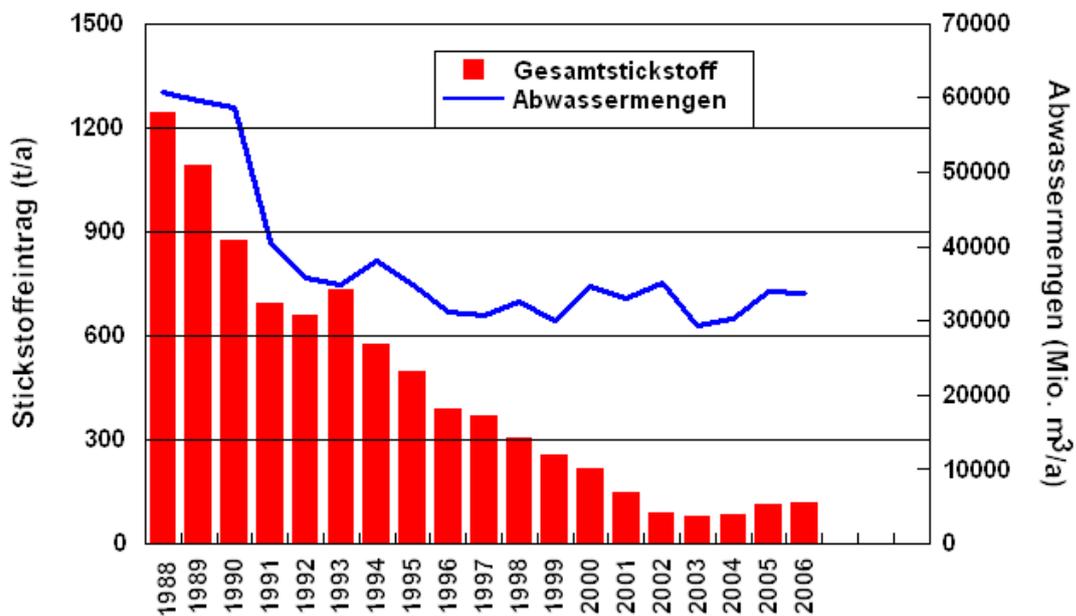
### **Eintragsreduzierungen in Mecklenburg-Vorpommern: Bisherige Erfolge im Bereich der Punktquellen**

In Mecklenburg-Vorpommern konnten bereits wesentliche Minderungen der Einträge aus Punktquellen erreicht werden. Dies ist vor allem auf die Sanierung und den Ausbau von Kläranlagen seit 1990 zurückzuführen. In etwa 2.200 Einzelmaßnahmen wurden rund 2,2 Milliarden Euro in die zentrale Abwasserbeseitigung investiert. Im Ergebnis wurde unter anderem der Phosphoreintrag aus den sieben großen Kläranlagen in Mecklenburg-Vorpommern mit Direkteinleitung in die Ostsee (beispielsweise Rostock, Stralsund, Greifswald, Wismar) zwischen 1990 und 2008 um 98 Prozent verringert (Abbildung 2). Der Stickstoffeintrag ging im gleichen Zeitraum um 89 Prozent zurück. Weitere Anstrengungen müssen erfolgen, um auch kleinere Kläranlagen besser auszurüsten und den Anschlussgrad weiter zu verbessern (zum Beispiel von Kleingärten). Nur so lässt sich im Binnenland die vielerorts noch vorhandene saprobielle Belastung gerade der kleinen Fließgewässer verringern, die neben der schlechten Strukturgüte (begradigte und eingetiefte Gewässer, fehlende Durchgängigkeit für Fische) Hauptursache für das Verfehlen des guten ökologischen Zustands nach WRRL in Fließgewässern ist. Gleichzeitig wird die Selbstreinigungskraft dieser Gewässer verbessert und der Abtransport der Nährstoffe über das Fließgewässernetz in die Ostsee weiter verringert.

### 7 Kläranlagen MV



### 7 Kläranlagen MV

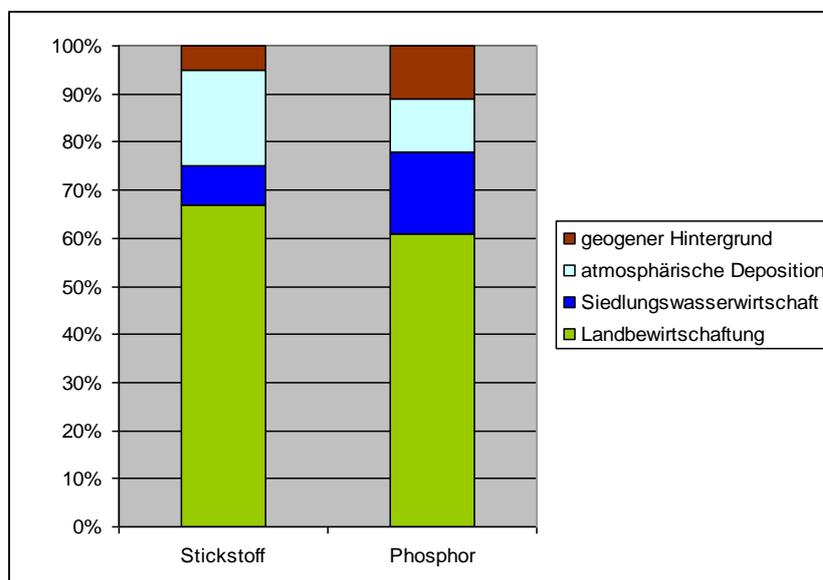


**Abbildung 2:** Reduktion der Phosphor- und Stickstoffeinträge aus 7 direkt in die Ostsee einleitenden Kläranlagen Mecklenburg-Vorpommerns (Kläranlagen Rostock, Stralsund, Greifswald, Wismar, Bergen, Wolgast, Körkwitz; Quelle: LUNG)

## Eintragsreduzierungen in Mecklenburg-Vorpommern: Aufgaben im Zusammenhang mit diffusen Quellen

Nachdem die Einträge aus Punktquellen (in Mecklenburg-Vorpommern vor allem Kläranlagen) bereits erheblich reduziert werden konnten, rücken die diffusen Stoffeinträge aus der Fläche in den Fokus der Anstrengungen, die erforderlich sind, um in der Ostsee die Anforderungen der WRRL, MSRL und HELCOM erfüllen zu können.

Am Beispiel des Einzugsgebiets Warnow/Peene wird deutlich, dass verschiedene Emissionsquellen für die Einträge von Stickstoff und Phosphor verantwortlich sind, nämlich neben der Siedlungswasserwirtschaft auch Einträge über den Luftpfad (atmosphärische Deposition) und der natürliche geogene Hintergrund. Den Hauptanteil bildet jedoch die Landwirtschaft (Abbildung 3).



**Abbildung 3:** Stickstoff- und Phosphoremissionen aus dem Einzugsgebiet Warnow/Peene - woher kommen sie? (Quellen: UBA 2009, LUNG 2009)

## **Konzept zur Minderung der diffusen Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern**

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz beauftragte die Einrichtungen Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG), Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei (LFA) und LMS Landwirtschaftsberatung GmbH mit der Zuständigen Stelle für landwirtschaftliches Fachrecht und Beratung (LFB) mit inhaltlichen Abstimmungen zur Erarbeitung eines an den fachlichen Notwendigkeiten und finanziellen Möglichkeiten ausgerichteten Konzepts zur Minderung der diffusen Nährstoffbelastungen von Oberflächengewässern und Grundwasser. Die Federführung für die Konzepterarbeitung und -umsetzung obliegt dem LUNG. Das Konzept wurde am 19. Dezember 2011 vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz als Herausgeber veröffentlicht und steht auf der Internetseite des Ministeriums unter Publikationen zum Download oder zum Bestellen bereit. Mit diesem Konzept legen die Landwirtschafts- und Wasserwirtschaftsverwaltungen Mecklenburg-Vorpommerns eine gemeinsame Strategie zur Umsetzung der Anforderungen an die Minderung der Nährstoffbelastung in den Gewässern vor, die auch in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit dem Naturschutz und der Forstwirtschaft erarbeitet wurde. Die Strategie beinhaltet die folgenden wesentlichen Punkte:

- 1. Reduzierung der diffusen Quellen hat erste Priorität.** Hierzu ist es erforderlich, die grundlegenden Maßnahmen ordnungsgemäß umzusetzen (Düngeverordnung, Bodenschutz, Klärschlammverordnung, gute fachliche Praxis und andere) und zusätzlich freiwillige ergänzende Maßnahmen zu treffen. Diese umfassen Landwirtschaftsberatung (LFB), Landwirtschaftsforschung (LFA), Agrarumweltmaßnahmen und die Umsetzung des für Mecklenburg-Vorpommern erarbeiteten Maßnahmenkatalogs vom 10. November 2010. Allerdings werden diese Maßnahmen allein voraussichtlich nicht ausreichen, um die Ziele der WRRL, MSRL und HELCOM umzusetzen.
- 2. Nährstoffausträge sind nicht völlig vermeidbar.**
- 3. Reduzierungsmöglichkeiten durch landwirtschaftliches Wassermanagement werden geprüft.** Hierzu gehören unter anderem die Anlage von Retentionsflächen, kontrollierte Dränung, standortgerechte Gewässergestaltung und Gewässerunterhaltung, Gewässerrandstreifen, Maßnahmen zum Moorschutz, Maßnahmen der Wald- und Forstwirtschaft wie Renaturierungen von Mooren und Nassstandorten, Neuaufforstung/Waldumbau mit Hilfe der forstlichen Förderung, und anderes mehr. Grundlage dieses Ansatzes ist die Erkenntnis, dass die Summe der natürlichen Reinigungsprozesse desto höher und die Belastung der Binnengewässer und der Ostsee desto geringer ist, je natürlicher der Wasserhaushalt im Einzugsgebiet ist.

Im Rahmen der Konzeptumsetzung wurden bislang fünf Demonstrationsvorhaben zum Wassermanagement und zum Rückhalt von Nährstoffen in der Fläche konzipiert und teilweise umgesetzt. Das Vorhaben Dränmanagement/Controlled drainage wurde in 2012 abgeschlossen. Die bisherigen Ergebnisse können als Hinweis auf ein Nitratreduktionspotenzial ohne nachteilige Beeinflussung des Pflanzenbestandes am Standort gewertet werden, sodass eine Weiterentwicklung des Verfahrens geplant wird.

Die Ziele des Gewässer- und Meeresumweltschutzes lassen sich nicht allein durch die Umsetzung der grundlegenden Maßnahmen erreichen. Dies belegen die bisherigen, im Konzept dargestellten Kenntnisse zur Belastungssituation der Gewässer. Ziel ist die Ableitung kosteneffizienter ergänzender Maßnahmen. Das Vorgehen bis zum Jahr 2015 basiert auf dem Freiwilligkeitsprinzip. Es gilt, das Verständnis und die Bereitschaft der Landwirtschaftsbetriebe und der Interessenvertreter zu verstärken, ihren Beitrag zur Minderung der Nährstoffeinträge zu leisten.

So wie die Erarbeitung erfolgt auch die Umsetzung der Konzeptbausteine in enger Zusammenarbeit der Beteiligten kontinuierlich seit Anfang 2010. Die Facharbeitsgruppe „Wasserrahmenrichtlinie und Landwirtschaft“ mit LUNG, LFA und LFB trifft sich monatlich, um Abstimmungen über die Einzelvorhaben vorzunehmen. Durch entsprechende Fachinformationen und -veranstaltungen werden die Landwirtschaftsbetriebe aktuell über die notwendige Maßnahmenumsetzung informiert. Ein gemeinsamer Internetauftritt <http://www.wrrl-mv-landwirtschaft.de/> wurde eingerichtet.

Die Finanzierung der Einzelthemen ist zunächst bis Ende 2014 gesichert. Insgesamt sind für die Arbeiten im 5-Jahreszeitraum 2010 bis 2014 rund 1,6 Millionen Euro vorgesehen. Erklärtes Ziel des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz ist die Sicherung der Konzeptumsetzung auch über 2015 hinaus.

Von der Zielerreichung ist das Land trotz bereits ergriffener Maßnahmen sowohl im Oberflächengewässer- als auch im Grundwasserbereich noch weit entfernt. Die Nährstoffverlagerungsprozesse sind sehr langsam ablaufende Vorgänge, entsprechend lange dauert es, bis sich Ergebnisse in den Gewässern zeigen werden.

### **Weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Zustands der Binnengewässer und der Ostsee**

Im Rahmen des Moorschutzprogramms des Landes wurden seit 2000 zirka 14.000 Hektar Moorstandorte wiedervernässt. Bis 2015 sollen zirka weitere 50.000 Hektar wiedervernässt werden. Dies ist nur ein kleiner Teil der landesweit rund 300.000 Hektar Moorfläche, trägt aber deutlich zum Gewässerschutz bei: bewirtschaftete Moore sind aufgrund der Degradation des Moors Nährstoffquellen. Nur intakte Moore bieten Rückhalt und langfristige Festlegung von Nährstoffen. Daher ist die Renaturierung von Mooren wichtig, und renaturierte Moore dienen als Senken für klimarelevante Gase.

Zur Verbesserung der Gewässerstruktur (Durchgängigkeit, Rückbau von Wehren und Begradigungen) werden bis 2015 insgesamt 400 Millionen Euro an investiven Mitteln bereitgestellt. Allein 2010 und 2011 wurden für diese Aufgabe 90 Millionen Euro ausgegeben. Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerstruktur fördern gleichzeitig die Selbstreinigungskraft der Gewässer und tragen hierüber mit zu einer Verringerung von Nährstoffeinträgen in die Ostsee bei.

Zur weiteren Reduzierung der Nährstoffeinträge aus Abwässern werden bis 2013 zirka 88 Millionen Euro in Kleinkläranlagen investiert.

## **Zusammenfassung und Ausblick**

Die Gesamtbelastung der Meeresumwelt hat sich seit 1990 hinsichtlich einiger gravierender Belastungsfaktoren deutlich verbessert. Die größten Entlastungen wurden erzielt durch Maßnahmen des Immissionsschutzes, stark verbesserte Abwasserreinigung sowie verschiedene Stoff- und Einleitungsverbote.

Die Zustandsbewertungen von HELCOM, WRRL und MSRL zeigen jedoch, dass trotz der teilweise deutlich verminderten Schad- und Nährstoffeinträge weiterhin Handlungsbedarf besteht. Größter Reduzierungsbedarf besteht bei diffusen Nährstoffeinträgen aus der Landwirtschaft.

Die unter HELCOM laufenden Arbeiten und Maßnahmen zur Verringerung der Eutrophierung werden auch zur Verbesserung der Situation in dem WRRL-relevanten Teil der deutschen Ostsee führen. Ebenso werden die unter der WRRL im Einzugsgebiet der Ostsee, also im Binnenland von Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, getroffenen Maßnahmen zur Reduzierung der Nährstoffeinträge dazu beitragen, die Ziele des Ostseeaktionsplans zu erreichen. Gleiches gilt für die Umsetzung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie (MSRL). Der Schutz der Ostsee beginnt im Binnenland, daher verfolgen HELCOM, MSRL und WRRL dasselbe Ziel, nämlich den guten Umweltzustand der Ostsee, von zwei Seiten - der Land- und der Ostseeseite -, und sind eng miteinander verknüpft. Auch die Fauna-Flora-Habitat(FFH)-Richtlinie zielt auf einen günstigen Erhaltungszustand der Lebensraumtypen und Arten der Ostsee ab und profitiert von den Arbeiten unter HELCOM, MSRL und WRRL zur Reduzierung der Nährstoffeinträge.

Wichtige Themen der nächsten Jahre im Zusammenhang mit dem Erreichen der Ziele des Meeresschutzes liegen auch in der Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik 2014. Darunter fallen die Ausgestaltung des Greening, die Festlegung ökologischer Vorrangflächen, das Auflegen von Agrarumweltprogrammen, die Förderung und Durchführung von Landwirtschaftsforschung einschließlich Praxisüberleitung der Ergebnisse und Landwirtschaftsberatung sowie landwirtschaftliches Wassermanagement.

**Anhang 3****Statistischer Anhang**Außenwirtschaft

Die wichtigsten Außenhandelspartner Mecklenburg-Vorpommerns 2012 (in Mio. Euro)

Rang	Land	Export	Import	∑ Ex- und Import	Anteil am Außenhandel M-V insgesamt
1	Niederlande	348	475	823	8 %
2	Polen	381	435	816	8 %
3	Russische Föderation	274	516	790	8 %
4	Dänemark	317	471	788	8 %
5	Schweden	520	104	624	6 %
6	Vereinigtes Königreich	343	181	524	5 %
7	Frankreich	301	164	465	4 %
8	China	218	197	415	4 %
9	Italien	259	153	412	4 %
10	Norwegen	187	176	363	3 %
11	Finnland	135	227	362	3 %
12	Österreich	154	187	341	3 %
13	Belgien	159	132	291	3 %
14	USA	203	79	282	3 %
15	Spanien	165	94	259	2 %
MV		6.053	4.428	10.481	100 %

Quelle: Statistisches Amt MV

**zu B.1.4 „Minderung der Schadstoffemissionen im Schiffsverkehr“**

Tabelle: NOx-Grenzwerte für Schiffe (IMO, Tier I-III)

Tier	Datum	NOx Limit, g/ kWh		
		n < 130	130 ≤ n < 2000	n ≥ 2000
Tier I	2000	17	45 . n	9,8
Tier II	2011	14,4	44 . n	7,7
Tier III	2016 <sup>63</sup>	3,4	9 . n	1,96

<sup>63</sup> In NOx- Kontroll-Bereichen; Tier II-Vorgaben gelten außerhalb von Emissions-Kontroll-Bereichen.

**zu B.2.3 „Seeverkehr“**

Die Entwicklung des Seegüterverkehrs (in Tonnen) über die Häfen im Land verlief in den vergangenen fünf Jahren wie folgt:

	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>2012</b>
Dänemark	2.648.055	2.134.522	2.449.667	2.463.546	2.439.918
Schweden	9.724.804	7.490.747	7.937.710	8.414.509	7.073.520
Finnland	2.588.844	1.786.228	2.117.963	2.184.749	2.090.929
Russland (Ostsee)	2.377.869	1.636.887	2.719.691	1.689.819	1.428.750
balt. Staaten	2.455.150	2.419.843	2.362.156	3.240.629	2.895.454
Polen	555.888	250.769	1.115.684	211.649	600.498
Norwegen	1.307.946	1.513.676	1.910.091	2.230.017	2.062.537
<b>M-V - Ostsee</b>	<b>21.658.556</b>	<b>17.232.672</b>	<b>20.612.962</b>	<b>20.434.918</b>	<b>18.591.606</b>
<b>M-V - Gesamt</b>	<b>29.314.318</b>	<b>24.916.700</b>	<b>28.164.883</b>	<b>26.790.343</b>	<b>25.066.770</b>

**zu B.4.3 „Der Ostseeraum als Quellmarkt für Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern“**

<b>Ankünfte/Übernachtungen aus den Ostseeanrainerstaaten (einschl. Camping) 2012</b>				
<b>Land</b>	<b>Ankünfte</b>	<b>Veränderung zum Vorjahr in %</b>	<b>Übernachtungen</b>	<b>Veränderung zum Vorjahr in %</b>
Schweden	69.239	14,7	139.473	13,5
Dänemark	50.400	18,9	124.682	16,8
Polen <sup>64</sup>	13.585	44,5	65.410	141,0
Norwegen	12.697	10,4	22.743	13,4
Finnland	4.168	-36,8	7.308	-29,2
Russland	4.562	4,1	10.133	5,0
Estland	731	47,4	2.560	138,4
Lettland	670	-4,4	1.514	-16,3
Litauen	1.020	18,2	2.914	40,6
<b>Gesamt</b>	<b>157.072</b>	<b>14,1</b>	<b>376.737</b>	<b>24,3</b>

<sup>64</sup> Es wird davon ausgegangen, dass ein hoher Anteil an Geschäftsreisenden/Saisonarbeitern die Ankünfte/Übernachtungen dominieren.

zu B.6.1 „Zusammenarbeit im Bereich Jugend und Bildung“

Projekte 2011/2013		Partnerländer																							
		E	EST	PL	LV	GB	NL	CY	I	TR	S	AT	F	GR	CZ	BG	IE	FI	BE	NO	H	RO	LT	P	
KGS Altenpreptow	Intercultural and alternative methods of teaching subjects and competences	x	x	x																					
Jahn-Gymnasium Greifswald	At the shore of the Baltic Sea			x	x x																				
Evangelische Schule Hagenow	Caring for me - caring for my world	x				x x	x	x	x	x															
KGS Rövershagen	Auf dem Sofa durch Europa										x	x													
Hansa-Gymnasium Stralsund	Wir bauen Brücken für die Zukunft										x		x												
Hansa-Gymnasium Stralsund	Bilder sprechen lassen - Nationen verbinden											x	x												
Berufliche Schule Wolgast	The Youth Video Museums		x						x	x			x	x	x	x									

Zugeleitet mit Schreiben des Chefs der Staatskanzlei vom 15. Mai 2013 gemäß Beschluss des Landtages vom .... (Drucksache 6/...); federführend ist ....

Projekte 2012/2014		Partnerländer																							
		E	EST	PL	LV	GB	NL	CY	I	TR	S	AT	F	GR	CZ	BG	IE	FI	BE	NO	H	RO	LT	P	
Brinckman-Gymnasium Güstrow	Edumedia	x							x		x			x			x								
Carolinum Neustrelitz	Youth and Science			x	x				x									x							
Carolinum Neustrelitz	European Youth Lifestyle								x										x	x					
Evangelische Kita Penzlin	Útonegym ás felé a népmese szárnyán																				x	x			
R.-Wossidlo-Gymnasium Ribnitz-Damgarten	Home in Europe								x				x								x				
Förderzentrum am Wasserturm Rostock	Ways into Inclusion				x					x													x		
Gymnasium Teterow	Let's film it and share it with a european friend	x								x				x		x							x	x	x